Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kreb, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, den 28. April 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 99

Am 1. Mai Massen heraus für den Volksentscheid!

Das Fürstenenteignungsgesetz vor dem Reichstag

Die parlamentarische Lage

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 28. April.

Unter dem Druck der KPD. hat der Aeltestenrat des Reichstages gestern beschlossen, daß die **erste und zweite Lesung des dem Volke begehrten Fürstenenteignungsgesetzes heute im Reichstag beginnen** sollen.

Es ist nunmehr möglich, daß der Reichstag das Gesetz bereits bis zum Donnerstag endgültig erledigen kann. Da der Rechtsausschuß des Reichstages den Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, bereits zweimal abgelehnt hat, kommt eine Ueberweisung des Gesetzes an einen Ausschuß jetzt nicht mehr in Frage. Da außerdem gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß der Reichstag das Enteignungsgesetz in erster und zweiter Lesung **ablehnen** wird, so verfällt nach parlamentarischen Bestimmungen die dritte Lesung überhaupt. Der Reichstag und die Luther-Regierung haben also **der weiteren Verschleppung keinerlei verfassungsmäßige Mittel mehr in der Hand.**

Die Demokraten, die vor ihren Anhängern den Schacher um Regierungskompromiß **nicht mehr verteidigen können**, wollen nun allerdings einen **Abänderungsantrag zu dem Enteignungsgesetz einbringen, demzufolge die Länder das Recht erhalten sollen, den früheren Fürstenfamilien eine Abfindungssumme zu zahlen.** Dieser Antrag soll als Abänderungsantrag zum Volksentscheid gelten, er müßte mit zum Volksentscheid gestellt werden, wenn er im Reichstag mit einfacher Mehrheit angenommen würde. **Die Kommunisten werden alles einsetzen, damit durch diesen Winkelzug die Behandlung des Enteignungsgesetzes im Reichstag nicht verzögert werden kann.** Die Ablehnung von Abfindungssummen müßte auch für die SPD.-Vertreter eine Selbstverständlichkeit sein, so daß der demokratische Antrag glatt zu Boden fallen müßte.

Ansetzung des Volksentscheids bis zum 13. Juni?

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 28. April.

Der „Vorwärts" schreibt zu der Behandlung des Volksbegehrens im Reichstag:

Es läßt sich voraussehen, daß der Reichstag morgen den Enteignungsentwurf ablehnen wird und daß er zunächst auch kein von ihm abweichendes Gesetz beschließen wird. Dann ist mit der Ansetzung des Volksentscheids in kurzer Frist zu rechnen. Wir glauben nicht, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien an einer Hinausögerung des Termins ein Interesse haben, viel eher ist mit der Ansetzung des Volksentscheids in kürzester Frist zu rechnen, da die Regierung den Wunsch haben wird, **die Agitation so wenig Zeit wie möglich zu** haben.

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 28. April.

Die bürgerliche Presse rechnet mit der Hinausschiebung des Volksentscheids bis zum 13. Juni.

*

Der diesjährige 1. Mai wird neben den bekannten wirtschaftlichen Parolen der Arbeiterschaft vor allen Dingen auch die Massenlosung bringen müssen: **Her mit dem sofortigen Volksentscheid gegen das Fürstengesindel!**

Der geschlossene Aufmarsch einer einheitlichen Klassenfront ist die beste Gegenwehr gegen die Sabotage und Verschleppungsversuche der Luther-Regierung und bürgerlichen Parteien. Der **gemeinsame Maiaufmarsch von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern** ist aber auch gleichzeitig die **beste Sicherung gegen alle Versuche rechtsstehender sozialdemokratischer Führer, doch noch im letzten Moment** — wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Absichten der Demokraten, in den Enteignungsgesetzentwurf doch noch kleine Abfindungen hineinzuschmuggeln — **irgendeinen faulen Kompromiß zuzustimmen und so den Volksentscheid unmöglich zu machen.**

Es gibt kein kuhhandeln, die Massen stehen fest zu der Losung: **Nicht einen roten Pfennig den Fürsten!** Und dafür werden auch die Maidemonstrationen, die diesmal stärker als bisher den **einheitlichen Kampfcharakter der Arbeiterschaft** zum Ausdruck bringen müssen, mit aller Deutlichkeit Stellung nehmen.

Arbeiter der SPD., zurück zum revolutionären Klassenkampf!

In der gestrigen gut besuchten Massenversammlung im „Volkspark" Halle, in der der Genosse Paul Böttcher über den Sachsenkonflikt sprach, wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute im „Volkspark" anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen aus Halle, darunter auch eine Reihe sozialdemokratischer Arbeiter, sind mit größtem Interesse den Ausführungen des Gen. Böttcher (Leipzig) über den Sachsenkonflikt gefolgt.

Sie sind einmütig der Ueberzeugung, daß die politische Kurzel des Konflikts in der sächsischen Sozialdemokratie, in der **Koalitionspolitik der SPD. mit dem Bürgertum** zu suchen ist und daß diese Politik der SPD. **das Grundübel für die Spaltung der Arbeiterklasse überhaupt ist.**

Wenn das Proletariat Deutschlands nicht vollkommen wehrlos dem internationalen Kapitalismus ausgeliefert werden soll, muß es sich **in der kämpfenden Einheitsfront gegen die Bourgeoisie zusammenfinden.** Diesem Zusammenschluß zum Kampfe gegen die Kapitalistenklasse, selbst für die minimalsten Wirtschafts- und politischen Forderungen der Arbeiterklasse stellen sich die rechten Führer der SPD. und der Gewerkschaften im ganzen Reich entgegen.

Die 23 Rechten, deren Ausschluß die sozialdemokratischen Arbeiter nicht nur in Sachsen, sondern auch im ganzen Reich verlangen, sind **die konsequentesten Vertreter der Koalitionspolitik mit dem Bürgertum.** Diese Rechten haben aber auch die Führung der deutschen Gewerkschaften in der Hand. Darum muß vor allen Dingen **die Beseitigung dieser Rechten aus der Führung der Gewerkschaften erzwungen** werden, weil in erster Linie diese es sind, die immer aufs neue **durch die Arbeitsgemeinschaften mit der Bourgeoisie die Arbeiterklasse an Händen und Füßen gebunden dem Klassenfeind ausliefern.**

Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen Halles geloben diesen Kampf gegen die Koalitionspolitik, mit der Bourgeoisie im festen Zusammenstehen mit allen sozialdemokratischen Arbeitern zu führen.

Dieser Kampf muß mit offenem Visier geführt werden. Nicht wie die linken sozialdemokratischen Führer diesen Kampf zu führen gedenken, die alles tun, den Kampf gegen die 23 Rechten in Sachsen auf **das organisatorische Gebiet abzulenken, um dem politischen Kernproblem der Frage auszuweichen.** Wenn die Arbeiterklasse kämpft, so kann dieser Kampf nur dann erfolgreich sein, wenn er dazu dient,

die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden und eine einheitliche rote Klassenfront herzustellen.

Darum muß dieser gemeinsame Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter ein **scharfer politischer Kampf gegen das Grundübel der Spaltung der Arbeiterklasse, gegen die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie sein:**

Nieder mit den 23 Rechten und ihren Helfershelfern im Reich!

Es lebe der Kampf aller Arbeiter gegen den Kapitalismus!

Es lebe die kämpfende Einheitsfront des Proletariats!

(Versammlungsbericht 3. Seite.)

Die Abstimmung beim Volksentscheid

Von Max Engel, Berlin

Bei der Diskussion, die zurzeit in der ganzen deutschen Presse über die mit dem Volksentscheid zusammenhängenden Probleme geführt werden, spielen auch die **technischen Fragen**, die Art und Form der Abstimmung eine gewisse Rolle. **Seitens der Regierung** ist zu diesen Fragen **noch keine Stellung genommen.** Die Luther-Regierung hat kein Interesse an einer schnellen Klärung. Für sie ist das **Hinauszögern** ein **wichtiges Sabotagemittel.** Aber in der bürgerlichen Presse sind verschiedene Auffassungen vertreten worden, die den gesetzlichen Bestimmungen über die Durchführung des Volksentscheides in wesentlichen Punkten widersprechen. Wir halten es deshalb für notwendig, daß schon jetzt Klarheit geschaffen wird über die Durchführung der Abstimmung, wie sie in der Verfassung und in verschiedenen Reichsgesetzen festgelegt worden ist.

Die Regierung ist nach der Verfassung (Artikel 73) verpflichtet, das durch Volksbegehren angenommene Gesetz **„unter Darlegung ihrer Stellungnahme** dem Reichstag zu unterbreiten. **Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag unverändert angenommen worden ist".** Der Reichstag wird natürlich **nicht** zustimmen, so daß der **Volksentscheid durchgeführt werden muß.** Irgendeine verfassungsmäßige oder gesetzliche Bestimmung über den Zeitpunkt der Durchführung besteht nicht.

So hängt von dem außer- und innerparlamentarischen Druck der beteiligten Organisationen und der Unterzeichner des Volksbegehrens ab, wann die Regierung ihre entsprechenden Anweisungen herausgibt.

In dem „Gesetz über den Volksentscheid" vom 27. Juni 1921 sind über die Durchführung des Volksentscheids ganz klare Bestimmungen festgelegt.

„Gegenstand des Volksentscheids ist im Falle des § 1 Nr. 3 (nach einem Volksbegehren) das begehrte **und** ein vom Reichstag beschlossenes **abweichendes Gesetz"** (§ 3).

Daraus geht klar hervor, daß nicht nur der Gesetzentwurf, der zum Volksbegehren stand, zur Abstimmung gestellt wird, sondern **außerdem noch ein vom Reichstag beschlossenes abweichendes Gesetz.**

Die Auffassung, die manche bürgerliche Zeitungen äußerten, daß zum Volksentscheid nur das Volksbegehren gestellt wird, über das dann mit Ja oder Nein abzustimmen sei, widerspricht dem klaren Wortlaut des Gesetzes, das außerdem noch in der Erläuterung des Ministerialrats Dr. Kaisenberg im Reichsministerium des Innern in dem von uns gezeigten Sinne ausgelegt worden ist.

Nach der Behandlung im Reichstag muß die Regierung sowohl unser Enteignungsgesetz, wie auch die Abänderungen des Reichstags, resp. den Kompromißentwurf zur Abstimmung stellen. Die Abstimmung wird wie eine Reichstagswahl geregelt, sie ist **unmittelbar und geheim**, die Abstimmungshandlung und die Ermittlung des Ergebnisses öffentlich. Abstimmungstag ist ein **Sonntag.** Die Abstimmung erfolgt auf amtlichen Stimmzetteln, auf denen mit Ja oder Nein gestimmt wird. Ueber die Einzelheiten der Ausfüllung des Stimmzettels muß die Reichsregierung entsprechende Anweisungen herausgeben.

Wir zweifeln nicht, daß die Regierung wie auch der Reichstag alle möglichen Mittel anwenden werden, um die Abstimmung zu erschweren, aber es wird auch ihr nicht möglich sein, selbst durch die gewiegtesten juristischen Saltos, dem klaren Wortlaut des Gesetzes einen anderen Sinn zu unterschieben, als den von uns gezeigten.

Eine andere Frage, die jetzt im Mittelpunkt der Diskussion steht, ist die Frage — ob das Enteignungsgesetz **verfassungsändernd** ist. In diesem Falle müßten sich beim Volksentscheid nicht nur etwa 20 Millionen Wahlberechtigte beteiligen, sondern auch mit Ja stimmen. Das bedeutet natürlich eine große Erschwerung des Volksentscheids.

Die Entscheidung darüber wird im Reichstag gefällt. Aber der Reichstag und die Reichsregierung können nur durch **einen offenen Verfassungsbruch** beschließen, daß **unser Enteignungsgesetz verfassungsändernd ist.** Der in Frage kommende Artikel 153 der Verfassung lautet:

„Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, **soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt.** Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen."

Wir müssen untersuchen, ob die Voraussetzung für eine verfassungsrechtliche Enteignung in diesem Falle gegeben ist.

1. „Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit" ist durch unser Gesetz vorgesehen, wonach die Kriegsbeschädigten, Erwerbslosen, landarmen Siedler und Bauern, sowie teilweise die Länder in Besitz des enteigneten Vermögens kommen sollen.

2. „Angemessene Entschädigung" fällt weg, weil unser Gesetzentwurf, der nach Annahme ein Reichsgesetz ist, „etwas anderes bestimmt".

3. „Der Rechtsweg bei ordentlichen Gerichten" braucht nicht offengehalten zu werden, weil wieder das Enteignungsgesetz etwas anderes bestimmt.

Wir sind es gewohnt, daß Regierung und Reichstag nicht über die Verfassungsparagraphen stolpern. Wir wissen, daß wesentliche Bestandteile der Verfassung zerrissen und durchlöchert sind.

Die Regierung, die in unzähligen Fällen nicht für die Durchführung der Verfassung eintritt, sondern selbst vor einem Bruch einzelner Artikel nicht zurückschreckt, verlangt von den Werktätigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0001

strikteste Einhaltung der Gesetze und Verfassungsartikel. Wir werden nicht schweigen, wenn die Regierung ihre eigenen Gesetze bricht, wenn sie ihre eigene Verfassung umbiegt, um ihrem diktatorischen Vorgehen einen Rechtsmantel umzuhängen. Wir werden den breiten Massen an Hand dieser Tatsachen beweisen, daß sich die herrschende Klasse den Teufel um die Verfassung schert, wenn sie ihr unbequem wird.

Auch in der sogenannten demokratischen Republik entscheiden nicht die Paragraphen und Verfassungsartikel, sondern die Kanonen und Gefängnisse, die Justiz und Polizei, die zwalen Machtmittel.

Mag auch das Vorgehen der Regierung unserem Kampf erschweren, so wird es aber auch dazu beitragen, daß in den Köpfen der Werktätigen die platten bürgerlich-demokratischen Illusionen zerstört werden.

Genosse Peter Maslowski zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt

Gestern land vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig, der nur die Fortsetzung des berüchtigten Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist, unter dem Vorsitz des nicht minder berüchtigten Niedner, ein Hochverratsprozeß gegen den Genossen Maslowski statt. Der Anklage des Klassengerichts lag zugrunde ein Artikel, den der Genosse Maslowski zum 7. November im „Klassenkampf" veröffentlicht hatte. Obgleich der Reichsanwalt selbst zugeben mußte, daß sich der betreffende Artikel auf historischem Boden bewegt und „sehr vorsichtig abgefaßt" sei, beantragte er sieben Monate Gefängnis. Dem Vorsitzenden Niedner war das zu wenig. Erstens sei der „Klassenkampf" die revolutionärste Zeitung Deutschlands, zweitens sei die Intelligenz des Angeklagten besonders gefährlich und drittens sei jeder, der in der Kommunistischen Partei irgendeine Funktion ausübe, und sei es nur die eines Schriftstellers, erwiesenermaßen auf Grund der ganzen Parteiziele der KPD. strafbälig im Sinne des Hochverrats. Dem entsprechend erhielt der Genosse Maslowski 9 Monate Gefängnis.

(Ausführlicher Bericht auf der 3. Seite.)

SPD. und Russen-Vertrag

Der „Todesstoß für den Völkerbund"

Der „Vorwärts", der zwei Wochen lang gegen den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages Stimmung zu machen versuchte, hat nach Abschluß erklärt, der Vertrag enthalte „nur von der SPD. Gewolltes". Wie aber von der SPD. gegen die Sowjetunion gehetzt wird, besagt ein Artikel des „Pazifisten" Heinrich Ströbel in der Zeitschrift „Das andere Deutschland" Nr. 16 vom 24. April 1926, betitelt: „Die Aushöhlung des Völkerbundes". Wir entnehmen daraus nachstehende Stellen:

„... Das deutsch-russische Abkommen aber ist ein solches Attentat gegen den Völkerbund! Mit ihm haben sich also Sozialisten und Pazifisten schleunigst und nachdrücklichst auseinanderzusetzen. Wenn es erst der Geheimdiplomatie gelungen sein sollte, diesen neuen Anschlag gegen den Völkerbund zur Ausführung zu bringen, kommen Kritik und Bedauern zu spät ...

... Mit dem § 16 aber steht und fällt der Völkerbund. Ohne ihn wird er zum Schatten, zum Popanz. Selbst wenn er nach der Preisgabe des § 16 noch weiter vegetierte, wäre er höchstens noch eine fromme Täuschung für politische Kinder. Niemand weiß das besser, als die Geheimdiplomaten, Machtpolitiker, Wehrverhändler!

Darum bedeutet der Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und Rußland, der in jedem Falle Deutschlands Neutralität zusicherte, den Todesstoß für den Völkerbund. Es wäre also gerade die Sache der deutschen Pazifisten zu fordern und den Abschluß eines verhängnisvollen Vertrages mit äußerster Kraft zu verhindern!"

Auch in der sozialdemokratischen Provinzpresse hat Ströbel in ähnlicher Weise gegen den Vertrag als „eine Bombe gegen den Völkerbund" Stellung genommen.

Die Deutschnationalen stoßen vor

Auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen von Potsdam II erklärte der deutschnationale Parteivorsitzende Graf Westarp am Sonntag:

„Unser Ziel kann nicht durch den Eintritt in die jetzige Regierung erreicht werden. Die jetzigen Regierungsparteien werden gar nicht gewillt sein, ihnen zugewiesene Ministerposten an uns abzutreten. Auch eine Unterstützung der jetzigen Regierung führt nicht zum Ziele."

Diese Erklärung Westarps bedeutet nichts anderes, als daß die Deutschnationalen nicht eine Regierungsumbildung, sondern eine Regierungsneubildung erstreben. Die Deutschnationalen beanspruchen die Führung in diesem neu zu bildenden Kabinett und sie haben die Absicht, die Enteignung der Fürsten mit verfassungswidrigen Mitteln zu verhindern und den brutalsten Scharfmacherkurs gegen die Erwerbslosen und Werktätigen einzuschlagen. Die Deutschnationalen fühlen sich zu diesem Vorgehen um so mehr berechtigt, als sie gesehen haben, wie sie in der Frage des Fürstenkompromisses das Luther-Kabinett bereits fest in der Hand hatten und wie wenig Widerstand diese bankrotte Regierung ihnen leisten konnte.

Als Beispi[illegible] Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft ergriffen wer[illegible] wir nur an, daß Schiele auf dem Parteitag [illegible]en Westsachsen in Leipzig ganz offen die [illegible]ung der Erwerbslosenunterstützung forderte. Da[illegible] der Unterstützung sollen die Arbeitslosen dazu genötigt werden, sich auf dem Lande den Junkern zu jedem Preise zur Verfügung zu stellen.

In diesem Vorgehen werden die Deutschnationalen von der Bayrischen Volkspartei öffentlich unterstützt.

Die sozialdemokratischen Führer tun nichts, um wirksam diesem Vorgehen der Deutschnationalen zu begegnen. Durch versteckte Sabotage des Volksentscheides, durch parlamentarische Manöver stärken sie die Kampfkraft der Deutschnationalen. So hätte z. B. der Reichstagspräsident Löbe es in der Hand gehabt, den von Volk begehrten Entwurf zum Volksentscheid auf die gestrige Tagesordnung des Reichstages zu setzen, statt dessen wurde der Entwurf dem Aelltestenrat überwiesen.

Die Kommunistische Partei sagt der gesamten arbeitenden Bevölkerung, daß sie den Kampf aufnehmen muß gegen die Bestrebungen der Deutschnationalen, gegen den reaktionären Kurs der Luther-Regierung, für den Sturz der Luther-Regierung, für die Auflösung des Reichstages.

SPD.-Führer wollen Spitzel in der KPD. werden

Geld spielt keine Rolle

Die „Arbeiter-Zeitung", unser Gelsenkirchener Parteiblatt, veröffentlicht, mit Dokumenten und Photographien belegt, einen Fall der Bespitzelung unserer Partei durch führende Funktionäre der SPD. im Auftrag der Polizei. Der Genosse Hans Pütz wurde eines Tages durch den Kriminalbeamten Albert Witkowski zu einer angeblich dringenden Besprechung in eine Wirtschaft eingeladen, bei der Witkowski äußerst spendabel auftrat und an den Genossen Pütz das Ansinnen stellte, ihm gegen Zahlung eines tausenden Monatsgehalts ständig die internen Rundschreiben der Partei und des Roten Frontkämpfer-Bundes zu liefern. Pütz erbat sich Bedenkzeit und unterrichtete die Partei von diesem Vorfall, die ihm darauf den Auftrag gab, zum Schein auf das Angebot einzugehen, zu welchem Zweck eigens ein „Parteirundschreiben" fabriziert wurde.

Zu der zweiten Besprechung erschien zusammen mit Witkowski der Chef der Gelsenkirchener politischen Polizei, der Sozialdemokrat Janßen. Dieser „Arbeitervertreter" versuchte ihm klar zu machen, daß es sich nur um einen „kleinen Freundschaftsdienst" handele, den er ihm erweisen müsse, da die Gelsenkirchener politische Polizei in den Verdacht der Kommunistenfreundlichkeit geraten sei und er leicht seine Stellung verlieren könne, wenn er nicht genügend Material bringe. Es wurde wieder eine große Zeche gemacht, die diesmal Janßen bezahlte, der ihm ein monatliches Gehalt von 200 Mark und eine evtl. weitere Gehaltserhöhung bei entsprechender Materiallieferung versprach. Die dritte Verhandlung fand im Freien, im Gelsenkirchener Stadtpark, statt, bei der es unserem Genossen gelang, Witkowski und Janßen während der Unterredung zu photographieren. Pütz lieferte dabei verabredungsgemäß das falsche Rundschreiben und erhielt dafür 200 Mark, die er der Roten Hilfe zur Unterstützung von Opfern dieser Spitzelbanditen überwies.

Das „Volksblatt" fühlt sich bes öfteren berufen, über „Spitzelverleumdung" in der KPD. zu schreiben. Es ist klar, daß die revolutionäre Partei des Proletariats, die allein dem bestehenden Staat gefährlich ist, am ehesten der Gefahr ausgesetzt ist, von dem Staatsapparat ausgehaltene Subjekte in ihren Reihen zu beherbergen. Die KPD. führt den schärfsten Kampf für eine Säuberung ihrer Reihen, um so verwerflicher aber ist es, wenn, wie obiges Beispiel zeigt, namhafte SPD.-Funktionäre zu den korrupten Methoden der Beurgeoisie greifen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen erkennen, daß diese Tatsachen nur der Ausdruck sind für die enge Verbundenheit der SPD.-Führer mit der Bourgeoisie. Nur wenn die SPD.-Arbeiter sich von diesen ihren Führern freimachen werden sie imstande sein, gemeinsam mit den Kommunisten das herrschende System zu stürzen.

Internationale Unterstützungsaktion für die englischen Bergarbeiter!

Die englischen Bergarbeiter stehen vor dem größten und schwersten wirtschaftlichen Kampf der letzten Jahre. Die Erklärungen der englischen Regierung und die Stellungnahme der englischen Grubenbesitzer lassen den Kampf als unvermeidlich erscheinen.

Die englischen Bergarbeiter rufen zu diesem Kampf die englischen Gewerkschaften und alle Bergarbeiter der Welt auf, Maßnahmen zu treffen, um ihre Kollegen im Bergbau mit allen Mitteln zu unterstützen. Aber der Kampf, den die englischen Bergarbeiter auszukämpfen haben, ist kein englischer Kampf, sondern ein Kampf von internationaler Bedeutung und mit

Folgen für die gesamte internationale Arbeiterklasse.

Eine Niederlage der englischen Bergarbeiter würde katastrophale Auswirkungen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter anderer Länder und dadurch auf die

Arbeiterklasse aller Länder

hervorrufen.

Das erkennend, hat die Exekutive der Internationalen Bergarbeiter-Föderation sofort Maßnahmen ergriffen, um den Kampf der englischen Bergarbeiter international zu unterstützen.

Die unterzeichnete Organisation, die wiederholt bei schweren und die gesamte Arbeiterklasse interessierenden Kämpfen tatkräftig eingegriffen hat, wird ebenfalls alles tun, um die internationale Hilfsaktion für die englischen Bergarbeiter zu fördern.

Die Internationale Arbeiter-Hilfe

ruft alle ihre Sektionen, insbesondere die englische auf, sofort mit den Bergarbeiterverbänden und Gewerkschaftszentralen Fühlung zu nehmen, um in allen Ländern eine gemeinsame Hilfsaktion unter Beteiligung der Arbeiter

aller Parteien und Gewerkschaftsrichtungen

in die Wege zu leiten. Nur dort, wo den Gewerkschaftszentralen oder Bergarbeiterverbänden keine Sammlungen eingeleitet werden, sollen diese von der

Organisation der IAH.

durchgeführt und die eingegangenen Beiträge auf dem raschesten Wege der englischen Bergarbeiterzentrale zugeführt werden.

Das unterzeichnete Zentralkomitee lenkt die Aufmerksamkeit und das Interesse aller Organisationen, Mitglieder und Freunde der Arbeiterklasse der ganzen Welt auf den bevorstehenden gewaltigen Kampf in England.

Das Zentralkomitee ruft alle mit ihm verbundenen Organisationen und Freunde auf,

Maßnahmen zu einer sofortigen praktischen Unterstützung

der englischen Bergarbeiter bei Ausbruch des Kampfes zu treffen.

Es lebe die Unterstützung der englischen Bergarbeiter durch die gemeinsame Front aller Werktätigen!

Es lebe die internationale Solidarität!

Berlin, den 27. April 1926.

Zentralkomitee der Internationalen Arbeiter-Hilfe.

•

Der Appell an die proletarische Hilfsbereitschaft der mitteldeutschen Arbeiter zur Unterstützung ihrer englischen Arbeitsbrüder wird nicht vergeblich sein. Als der Landesausschuß Halle-Merseburg der Internationalen Arbeiter-Hilfe im vorigen Jahre zur Unterstützung der ausgesperrten Bauarbeiter aufforderte, wurden in Halle-Merseburg über 8000 Mk. aufgebracht, die den Bauarbeitern in Form von Lebensmitteln überwiesen wurden. Achnliche Beweise der proletarischen Solidarität kamen zum Ausdruck bei den proletarischen Weihnachtsfeiern, der Einrichtung von Nähstuben, der Unterstützung gemaßregelter und ausgesteuerter Erwerbsloser.

Die Arbeiter in den Betrieben und in den Gewerkschaften, besonders alle der IAH. korporativ angeschlossenen Organisationen, müssen schon jetzt zu vorstehendem Aufruf Stellung nehmen, um zur gegebenen Zeit die dritten Massen der Werktätigen für den Kampf der englischen Bergarbeiterschaft zu mobilisieren. Dazu gehört auch, viel stärker als bisher, an dem Ausbau der Internationalen Arbeiter-Hilfe mitzuarbeiten, neue Ortsgruppen zu schaffen, Einzel- und Korporativmitglieder zu gewinnen, damit bei diesem Riesenkampf, wie auch bei folgenden die proletarischen Hilfsorganisationen in der Lage sind, wirksam in diesem Kampfe zugunsten der Ausgebeuteten einzugreifen.

Zu die SPD. eine Arbeiterpartei?

Uns wird gemeldet:

Die sozialdemokratische „Essener Arbeiterzeitung" stellt am 1. Mai d. J. ihr Erscheinen ein. Ab Mai erscheint ein neues Organ der Sozialdemokratischen Partei des Bezirksvereins Essen unter dem Titel „Volkswacht". Diese Maßnahme wird in einem Reklameflugblatt der Geschäftsleitung der „Essener Arbeiterzeitung", das dieselbe an die Geschäftswelt zwecks Insertion gerichtet hat, wie folgt begründet:

„Die Bestreitung unseres Organs (gemeint ist die „Essener Arbeiterzeitung") in immer weitere Kreise der werktätigen Bevölkerung des Stadt- und Landkreises Essen, welche nicht direkt dem Arbeiterstande, sondern den Kreisen der Angestellten, Beamten, der Intellektuellen, der Geschäftswelt usw. angehören, hat es zweckmäßig erscheinen lassen, den neuen Titel: „Volkswacht" für unsere altbewährte „Essener Arbeiterzeitung" zu wählen."

Das ist das offene Eingeständnis, daß die SPD. keine Arbeiterpartei mehr ist. Die wirkliche Arbeiterpresse, die kommunistische Presse, ist natürlich auch bemüht, in die Kreise der Angestellten, Beamten, des Mittelstandes einzudringen. Sie wird das aber niemals auf dem Wege versuchen, daß sie ihren Charakter als Arbeiterpresse verwischt.

Die Arbeiter Thüringens für gemeinsame Maidemonstrationen

Jena. In der thüringischen Arbeiterschaft wird die Bewegung für gemeinsame Maikundgebungen immer stärker. In der Sozialdemokratischen Partei wehren sich wachsende Teile gegen die Zersplitterung der Maidemonstration durch die rechten Gewerkschaften, die ein gemeinsames Aufmarschieren mit den Kommunisten verhindern wollen.

Bisher sind gemeinsame Kundgebungen der Gewerkschaften, SPD. und der KPD. angesetzt worden in Neuhaus, Apolda, Ilmenau, Kranzburg, Zella-Mehlis, Bürgel, Suhl, Tambach, Großbreitenbach, Waltershausen, Dorndorf, Gotha, Gera, Stadtsulza, Hildburghausen, Ruhla, Langewiesen, Greiz, Gräfenroda u. a.

In einer Anzahl von größeren Orten schweben jetzt noch Verhandlungen.

Sehr wichtig sind die Forderungen oppositioneller Leitungen Reichsbanners nach gemeinsamen Maidemonstrationen. Es ist [illegible] des Reichsbanners hat seinen Willen zum Ausdruck gebracht, [illegible] den Kommunisten und roten Frontkämpfern gemeinsam zu marschieren, wenn gemeinsame Maidemonstrationen nicht zustande kommen werden. Mitglieder des Reichsbanners haben es abgelehnt, [illegible] Uniform zu erscheinen, sowie den Ordnerdienst zu stellen. [illegible] Sozialdemokratische Partei eigene Kundgebungen zur Zersplitterung des einheitlichen Auftretens am 1. Mai veranstaltet.

Zehn Massenkundgebungen für den Volksentscheid in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. [illegible]

Gestern abend fanden in Berlin zehn wuchtige Kundgebungen für den sofortigen Volksentscheid, für die restlose Fürstenenteignung für Auflösung des fürstenfreundlichen Reichstages statt. Sie waren sehr gut besucht.

Nachklänge zur Reichsgesundheitswoche

(Eig. Drahtm.) Suez, 28. [illegible]

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde festgestellt, daß in der Stadt 2400 (!) Zimmer gibt, von denen jedes einzelne mindestens zehn Personen zur Wohnung dient. Für die auf Grund von Räumungsurteilen obdachlos Werdenden hat die Stadtverwaltung zum Preise von 10 000 Mark zwölf Eisenbahnwaggons besorgt, die an der Gladbeckerstraße aufgestellt worden sind.

Bei solchen Wohnungsverhältnissen kann man sich vorstellen, [illegible] Vorträge und Filme gegen die Volkskrankheiten ausrichten [illegible]

Deutsche und polnische Landarbeiter

Dem Verlangen der Agrarkapitalisten folgend, hat die [illegible] burg-Luther-Regierung die Werbung von 130 000 polnischen Wanderarbeitern beschlossen. Die polnische Regierung hat [illegible] Einwilligung dazu gegeben. Der größte Teil obiger Anzahl [illegible] durch wirtschaftliche Not, durch Arbeitslosenelend zur Auswanderung bereiten — polnischen Arbeiter ist bereits auf den [illegible] Gütern untergebracht.

Die Anwesenheit der polnischen Arbeiter in Deutschland [illegible] von der gesamten bürgerlichen Presse zu einer nationalistischen Hetze ausgenützt. Die deutsche Regierung, die die Beschäftigung der polnischen Arbeiter beschloß, läßt gleichzeitig durch ihre Funktionäre unter demagogischem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit [illegible] Geheul über den „volkswirtschaftlichen Unsinn" der Ausländerbeschäftigung und über die „nationale Gefahr" anstimmen.

Dieselben Agrarkapitalisten, die polnische Arbeiter zu Ausbeutungsobjekte benutzen, schreien in ihrer Presse [illegible] Mordio über die Unsicherheit auf dem Lande durch die „polnischen Wegelagerer" und verlangen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung die Vergrößerung des Polizeiapparates.

Ist es richtig, wenn sich das deutsche Proletariat zum nationalistischen Geschrei betören läßt? Soll die deutsche Landschaft, dem Ruf der sozialdemokratischen Presse über „nationale Gefahr" und „Landplage" folgend der nationalistischen Demagogie Vorschub leisten? Nein, und abermals nein!

Wem dient die nationalistische Hetze?

Die deutsche Regierung nützt die polnischen Arbeiter im [illegible] polnischen Handelskrieg durch ständige Drohung mit Wiederverweisung zu einem Druckmittel im Interesse des Finanzkapitals aus.

Die Agrarkapitalisten wollen durch die Verbezung der [illegible] gegen die polnischen Arbeiter verhindern, daß sie gemeinsam bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfen. Ihr Prinzip: Teile und herrsche. Je größer der Gegensatz der deutschen gegen die beschäftigten polnischen Arbeiter ist, um so besser können die polnischen Arbeiter zu Lohndrückern und Streikbrechern gemacht werden. Um so mehr können auch die deutschen Landarbeiter unter die Knute gehalten werden.

Die polnische Regierung glaubt durch Abstoßen eines Teiles ihres Arbeitslosenheeres die revolutionäre Bewegung in Polen zu schwächen. Die Verhetzung der deutschen gegen die polnischen Arbeiter ist ihr willkommen, weil dadurch die polnischen Arbeiter leichter von den die Regierung stützenden nationalistischen Parteien Polens eingefangen werden können.

Im eigenen Klasseninteresse und im Namen der internationalen Solidarität muß sich das deutsche Proletariat gegen die nationalistische Verhetzung wenden, muß den polnischen Wanderarbeitern die Hand reichen, sie für ihre in Deutschland zuständige freigewerkschaftliche Organisation, den DVB., gewinnen, um im gemeinsamen Front gleiche und höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, menschenwürdige Wohnverhältnisse, unbeschränkte Freizügigkeit und [illegible] Koalitionsfreiheit zu erkämpfen.

Schon haben polnische Arbeiter auf deutschen Gütern gegen ihnen gebotenen niedrigen Löhne von 18 und 14 Pf. pro Stunde mit Arbeitsverweigerung geantwortet. So muß es allerorts [illegible] Polnische Wanderarbeiter, setzt Euch zur Wehr gegen die Gier Eurer deutschen Klassengenossen ausbeutenden Kapitalisten. [illegible] muß durch Herstellung einer gemeinsamen Front der Gutsbesitzer plan auf Herabdrückung der Lohnverhältnisse mittels der polnischen Arbeiter vereitelt und die völlige Gleichstellung bei polnischen den deutschen Arbeitern in der Lohnfrage, auf arbeiter- und [illegible] rechtlichem Gebiet erreicht werden.

Polnische und deutsche Klassengenossen!

Durch den engsten Zusammenschluß mit den deutschen Landarbeitern im DVB. durch den gemeinsamen Kampf [illegible] Lebensverhältnisse dient Ihr, polnische Wanderarbeiter, [illegible] nur Euch selbst, sondern auch dem Befreiungskampf des [illegible] Proletariats!

Mittels der gemeinsamen Front kann und muß das [illegible] Proletariat erreichen, daß die polnischen Wanderarbeiter als [illegible] hunderttausendköpfige Armee klassenbewußter Revolutionäre [illegible] Polen zurückkehren und mitwirken am Sturz der kapitalistischen Herrschaft in Polen. Dem schlimmsten Terror der Regierung gesetzt, muß heute die Kommunistische Partei Polens unter [illegible] schwierigen Verhältnissen die Sammlung der revolutionären Kräfte, die Verbreiterung der revolutionären Front [illegible] stellen. Das deutsche Proletariat kann bei dieser Aufgabe helfen, indem es seiner internationalen Pflicht sich bewußt, den polnischen Wanderarbeitern agitiert und sie zu einer Armee revolutionärer Kämpfer und Agitatoren formiert!

Es gilt die Pläne der deutschen und polnischen Kapitalisten [illegible] die Kampfeinheit der deutschen und polnischen Arbeiter zu machen!

Es gilt gemeinsam bessere Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkämpfen und gemeinsam die Macht der Kapitalisten zu brechen!

Hoch die gemeinsame Kampffront des deutschen und polnischen Proletariats! Nieder mit der kapitalistischen Herrschaft in Deutschland und Polen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0002

Genosse Böttcher über den Sachsenkonflikt der SPD.!

Die Entscheidungsfrage: Koalitionspolitik oder Klassenkampf

Gestern abend sprach im großen „Volkspark"-Saal der sächsische Landtagsabgeordnete der KPD., Genosse Paul Böttcher, über den Sachsenkonflikt der SPD. Nachdem der Genosse Härtel die Versammlung eröffnet hatte, ergriff der Genosse Paul Böttcher das Wort zu einer **persönlichen Bemerkung. Es handelt sich** um einen verleumderischen Unwurf, den man ihm in der letzten Zeit seitens der KAP.-Presse gemacht habe, indem man ihn dort als Fäustenknecht bezeichnete. **Genosse Böttcher wies kurz an Hand** von Tatsachen darauf hin, daß im Jahre 1923 der damalige Abgeordnetenstatz für den sächsischen König zwar vor dem Landtagsplenum gestanden habe, wo von kommunistischer Seite aufs schärfste gegen diesen Abfindungsvertrag Sturm gelaufen wurde, daß aber **dieselbe Vertrag erst im Jahre 1924** von der sächsischen Regierung unter Dach und Fach gebracht worden sei. Dies geschah mit Hilfe der damals gerade neu gebildeten Koalitionsregierung. Der Vertrag wurde angenommen mit Hilfe der rechten SPD. bis zu den sächsischen Deutschnationalen. Jeder, der diese Tatsachen anders darstelle, verdrehe bewußt die geschichtliche Wahrheit.

Nach dieser Vorbemerkung ging der Genosse Böttcher zum eigentlichen Thema über, indem er zuerst in großen Umrissen den politischen Hintergrund des Sachsenkonflikts aufzeigte, der nichts anderes als ein besonders drastisches Zeichen für jenen Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung, der auf eine Formel gebracht, folgendermaßen lautet: **Soll die Arbeiterschaft nur im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung politisch wirksam sein oder soll sie außerhalb dieses Rahmens den revolutionären Kampf aufnehmen?** Diese beiden Pole, Opportunismus und revolutionärer Klassenkampf, waren schon in Friedenszeiten jene großen Streitpunkte, die ihren Ausdruck fanden in den beiden Namen: Rosa Luxemburg-Bernstein. Der erst durch den Krieg kristallisierten sich diese Gegensätze in aller Schärfe heraus, und es ist das besondere Verdienst der Bolschewiki, am klarsten und am schärfsten die revolutionär-marxistische Linie herausgearbeitet zu haben. Wir sind, so fuhr der Genosse Böttcher fort, hier in einem **historischen Saal, in dem vor beinahe** 5 Jahren eben dieselbe Frage innerhalb der USP. ausgetragen wurde. Trotzdem damals hier im Saale **Crispien, Dittmann und Breitscheid** Stein und Bein schworen, daß eine Welt sie von den Bolschewisten trenne, daß sie **grundsätzliche Gegner der Koalitionspolitik** seien und in der revolutionären Lösung die einzige Möglichkeit für das Proletariat sähen, **vereinigten sie sich mit Moscow**, wie es der damalige Offene Brief der Komintern vorgeschlagen hatte. Genosse Böttcher führte eine Reihe Zitate von Crispien, Däumig usw. aus seiner Rede, die er vor fast sechs Jahren hier gehalten hatte, um daran diese seine Reden mit der Wirklichkeit des Nürnberger Parteitages, wo sich SPD. und USP. verschmolzen, gegenüberzustellen.

Über mit dem Nürnberger Parteitag war der **Umgruppierungsprozeß**: Reformismus oder revolutionärer Klassenkampf, **nicht beendet**. Diese Umgruppierungen sind abhängig von der sozialen Frage, und es ist klar, daß in einem Dawes-Deutschland, und besonders heute innerhalb der deutschen Arbeiterschaft und nicht nur der deutschen Arbeiterschaft, große innere Prozesse vor sich gehen, die heute ihren klarsten Ausdruck im Sachsenkonflikt gefunden haben. **Die Arbeiterschaft drängt wieder zum revolutionären Klassenkampf**, und durch die gleichzeitige Führung der KPD. muß es möglich sein, die revolutionären Kräfte für den Kommunismus zu gewinnen.

Der Sachsenkonflikt ist keine sächsische Erscheinung. In Sachsen findet er lediglich seinen schärfsten Ausdruck. Wenn auch heute die Spaltung innerhalb der SPD. die vollzogene Spaltung in Sachsen lediglich als eine **Absplitterung von 23** Renegaten bezeichnen, so täuscht das doch nicht darüber hinweg, daß die Spaltung von der parlamentarischen Spitze bis in die Basis der sächsischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft reicht und den ganzen Körper der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen in zwei Teile zerrissen hat. Man dürfe sich darüber hinwegtäuschen, daß **die Rechten starke Positionen** haben. Sie sind nicht nur die ausgesprochenen Freunde **der ganzen sächsischen Bourgeoisie**, sondern sie haben auch die **Gewerkschaften und Genossenschaften** in der Hand und versuchen, von diesen letzten Machtpositionen aus Einfluß auf die sozialdemokratischen Arbeiter auszuüben. Die 23 Rechten verschmähten nicht die schmutzigsten Mittel der Bestechung den sächsischen Arbeitern gegenüber. Bei der vor kurzem stattgefundenen Sonderkonferenz der 23 Zweigstellen Dreiteil bei Dresden gab es neben den Einladkarten sogar — Freifahrkarten für Treibler.

Genosse Böttcher gibt sodann ein kurzes Bild über die parlamentarischen Verhältnisse in Sachsen in der Vor- und Nachkriegszeit. Bereits im Jahre 1912 hatte die SPD. in Sachsen die **parlamentarische Mehrheit**, obwohl sich diese parlamentarische Mehrheit im sächsischen Parlament nicht **widerspiegeln** konnte, da das sächsische Klassenwahlrecht noch reaktionärer war als das preußische Wahlrecht. Die erste Landtagswahl nach dem Kriege brachte der SPD. und USP. **65 Prozent aller Stimmen** und auch in den nachfolgenden Jahren ist diese **Prozentzahl der KPD. und SPD.-Stimmen nie unter 55 Prozent heruntergegangen.**

Nachdem der Genosse Böttcher kurz die Ereignisse in Sachsen im Jahre 1923 geistreich hatte, beleuchtete er die Taten der **Fellisch-und Held-Regierung**. Besonders die Heldt-Regierung hat dem sächsischen Proletariat den Bem is erbracht, daß sie **von allen deutschen Regierungen die reaktionärste** ist. Ja, sie übertrumpfe in manchen Punkten sogar die bayrische **Heldt-Regierung**. Genosse Böttcher führt die reaktionäre Steuerpolitik der Heldt-Regierung an, ihre Politik bezüglich der **Abschaffung des Achtstundentages** in den staatlichen und kommunalen Betrieben, ihre **Wohnungspolitik**, die dadurch charakterisiert ist, daß die Heldt-Regierung als erste deutsche Regierung die Einführung der **Friedensmiete gefordert habe**. Er charakterisiert diese Politik der sächsischen Regierung weiter durch die Tatsachen, daß es diese Heldt-Regierung gewesen sei, die den **schärfsten Einspruch gegen die Fürstenenteignung** bei der Reichsregierung erhoben habe, daß unter ihrem Regime die **Gefängnisgesetzlichen** wieder eingeführt und das Schulgebet durch die Maßnahmen dieser Regierung in Sachsen wieder eingeführt worden sei.

Sodann geht der Genosse Böttcher über auf die Konflikte innerhalb der SPD. Der Landesparteitag vom 2. Januar 1924 bewies, daß die Sozialdemokratische **Partei** sich nicht an der bürgerlichen Regierung zu beteiligen habe. **Am 4. Januar 1924** wurde jedoch die Heldt-Regierung unter dem Jubel der Bourgeoisie gebildet und es kam in dieser Zeit zum ersten großen Konflikt zwischen der Minderheit und Mehrheit im Landtag. Dieser Konflikt fand seinen Höhepunkt bei der Abstimmung über die reaktionäre Änderung des Gemeindewahlrechts, in deren Gefolge im Jahre 1923 die 23 Rechten von der sächsischen Landesorganisation aus der Partei ausgeschlossen wurden. **Fünf Landesparteitage der SPD. Dresden und zwei Reichsparteitage der SPD. haben sich mit dem Sachsenkonflikt befaßt, ja waren fast ganz von diesem Sachenkonflikt ausgefüllt. Genosse Böttcher gab dann zur Charakterisierung der Schärfe dieses Konfliktes Auszüge aus Landtagsprotokollen wieder, aus denen zu ersehen war, in welchem Maßstabe diese Auseinandersetzungen in öffentlicher Landtagssitzung vor sich gegangen sind. Alle Landes- und Reichsparteitage der SPD., die sich mit dem Sachsenkonflikt beschäftigt haben, und die immer wieder mit einer „Einigung" endeten, hatten zur Folge, daß die Gegensätze nach kürzester Zeit wieder in verschärfter Form ausbrachen.** Die Gegensätze wurden nicht politisch ausgetragen, weder in den Spitzen, noch in der Organisation der SPD. selbst. Lediglich dadurch sei dieser Konflikt immer und immer wieder in schärferer Form ausgebrochen. **Die SPD.-Arbeiter haben durch ihre linken Führer nie eine politische Aufklärung erhalten.** Was wurde in den Versammlungen der SPD.-Arbeiter von den linken Führern erzählt? Es wurde ihnen auseinandergesetzt, wie die 23 die Anhänger der Minderheit systematisch aus den Staatsstellen entfernt haben, wie die Rechten mit Polizeilupeizeln die Versammlungen der Linken überwachen haben, ja, wie man sogar nicht davor zurückscheute, linke SPD.-Anhänger ins Gefängnis zu werfen.

Aber niemals haben die Linken die Frage der Koalitionspolitik in die Debatte geworfen. Warum nicht? Weil sie ebenfalls für eine Koalitionspolitik eintreten, nur auch für eine Koalitionspolitik, die der Arbeiterschaft etwas geschickter verheimlicht werden soll.

Die Rechten dagegen führen diesen Kampf politisch und Berthes Erklärung im Landtag am 14. April 1926, wo dieser Führer der 23 Rechten klar ausführte, daß **die Krise in der sächsischen SPD. eine Gesamtkrise der SPD.** sei, hat deutlich bewiesen, daß die 23 Rechten ganz genau wissen, daß die Krise innerhalb der sächsischen SPD. und der SPD. im ganzen Reich um die Frage geht: **„Klassenkampf oder Koalitionspolitik?"**

Wenn wir als Kommunisten diesen Kampf politisch führen, die sozialdemokratischen Arbeiter von den Illusionen ihrer linken Führer befreien, dann ist die Stunde nicht mehr fern, wo die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zum Kommunismus kommen. Auf diesem Wege liegen noch eine Reihe von Hindernissen, aber diese können weggeräumt werden, wenn jeder einzelne Kommunist ruhig und sachlich seine Pflicht erfüllt.

Nach dem Referat des Genossen Böttcher sprach noch ein Mitglied der KAP., der in längeren Ausführungen sich als Gegner der Gewerkschaften bekannte. Genosse Böttcher ging kurz auf die Ausführungen des KAP.-Redners ein, und schloß mit einem Appell an alle Anwesenden, die **rote Einheitsfront des Proletariats** zu schmieden, die die Massen in der KPD. zusammenfaßt, damit wir jenes Instrument schaffen, das die Voraussetzung ist für den Sturz des Kapitalismus, für die Durchführung der proletarischen Revolution.

Nachdem der Genosse Härtel noch einige organisatorische Mitteilungen zum 1. Mai bekanntgegeben hatte, schloß er die Versammlung.

Bergarbeiter, heraus aus dem Schacht am 1. Mai!

Demonstriert durch Arbeitsruhe!

Die Grubenherren Deutschlands verbreiten die Nachricht, daß die englischen Bergarbeiter am 1. Mai nicht in den Kampf treten werden. Wenn es trotzdem der Fall sein würde, dann würde dieser Kampf nur von kurzer Dauer sein. Diese Meldung soll den Zweck haben, die deutschen Bergarbeiter über die tatsächliche Situation zu täuschen und einzuschläfern. Es soll verhindert werden, daß am 1. Mai, dem Kampftag des internationalen Proletariats, die Bergarbeiter Deutschlands die Arbeit ruhen lassen.

Der bevorstehende englische Bergarbeiterkampf fordert aber von den Bergarbeitern Deutschlands am diesjährigen 1. Mai eine ganz besondere Pflichterfüllung. Je größer und einmütiger die Arbeitsniederlegung am 1. Mai in den deutschen Bergarbeiterbezirken wird, je größer und machtvoller ihre Demonstrationszüge auf Plätzen und Straßen aufmarschieren werden, desto größer die Siegesaussicht der englischen Bergarbeiter, desto geringer die Hoffnung des Grubenkapitals auf Niederwerfung des Bergproletariats.

Das Internationale Bergarbeiter-Komitee hat in Brüssel unter Zustimmung auch der deutschen Bergarbeiterführer beschlossen, Solidarität zu üben. Die Bergarbeiter Deutschlands müssen durch Arbeitsruhe am 1. Mai bewesen, daß sie Solidarität zu üben wissen. Nur in einer restlosen Arbeitsruhe und mächtigen Demonstrationen kann die Sympathie und die Solidarität des deutschen Bergproletariats mit seinen englischen Brüdern voll zum Ausdruck gebracht werden.

Die deutschen Grubenherren müssen am 1. Mai lernen, daß die Bergarbeiter in Deutschland bereit sind, mit der schrankenlosen Willkürherrschaft der Grubenbesitzer zu brechen.

Darum Bergarbeiter, am 1. Mai heraus aus dem Schacht!

Auf zur Massendemonstration für internationale Kampfessolidarität gegen die Herrschaft des Grubenkapitals!

Gegen den weiteren Abbau bei der Dawes-Bahn

Gegen die Folgen der Dawesierung

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

1. **Der Abbau bei der Reichsbahn wird sofort eingestellt.**
2. **Die bereits erfolgten Kündigungen werden zurückgenommen.**
3. **Die Rechte der Beamten werden ohne jede Einschränkung in vollem Umfange aufrechterhalten.**
4. **Zur Untersuchung der Zustände bei der Reichsbahngesellschaft wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.**

Die Kommunisten für Gehaltserhöhung der Beamten

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Für die Besoldungsgruppen I bis VI wird der Zuschlag zum Grundgehalt von 12½ auf 30 Prozent und für die Besoldungsgruppen VII bis IX von 19 auf 20 Prozent erhöht. Diese Erhöhungen treten mit dem 1. April 1926 in Kraft.

Niedner-Justiz gegen den „Klassenkampf"

Hochverratsprozeß wegen historischer Erörterung der Probleme der Revolution

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat zu existieren aufgehört. Der Ansturm der Arbeiterschaft und der Protest selbst bürgerlich-pazifistischer Kreise hat ihn erledigt. Er ist stillschweigend liquidiert worden, weil es immer peinlicher wurde, ihn als Instrument der Demokratie den Massen präsentieren zu müssen. Wer nun aber glaubte, daß mit dem Ableben dieses Republikschutzgerichts auch die **Niedner-Justiz** ihr Ende nehmen würde, befindet sich in einem grundlegenden Irrtum. **Nur der Name hat gewechselt, die Methode ist dieselbe geblieben, mit einem Unterschied: Sie wurde noch verschärft.** Denn so schnell läßt sich dieser Mann, der der persönliche Freund von Ebert war und eine Abhandlung über die Sozialisierung der Rechtspflege geschrieben hat, nicht kaltstellen, und seine Antwort auf die Entziehung des Staatsgerichtshofes ist eine verstärkte, noch brutalere Handhabung der bürgerlichen Strafgesetze als bisher.

Schon die ersten Urteile, die gestern der an Stelle des Staatsgerichtshofes getretene IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig gefällt hat, beweisen das. Die Verhandlungen gingen gegen zwei kommunistische Zeitungen, die „Hamburger Volkszeitung" und den „Klassenkampf". Ein Redakteur unseres Hamburger Bruderblattes, der Genosse Gähler, erhielt wegen Verantwortlich-Zeichnens **1 Jahr Gefängnis**, ohne Anrechnung der Untersuchungshaft, und Genosse Peter Maslowski erhielt **9 Monate Gefängnis** für einen Artikel, den er für den „Klassenkampf" geschrieben hatte, **zwei Monate mehr, als vom Reichsanwalt beantragt worden waren.**

Wir haben uns hier mit dem Prozeß gegen den Genossen Maslowski zu beschäftigen, der mit aller Deutlichkeit aufzeigt, daß Niedner einen immer schärferen Kurs brutalster Justizwillkür zu steuern gedenkt.

*

Die Anklage geht dahin, daß der Schriftsteller Peter Maslowski, nicht vorbestraft, im November 1925 in Halle und anderen Orten durch ein und dieselbe Handlung: a) das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern, vorbereitet, b) an einer geheimen und staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129, StrGB.), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches zu untergraben, teilgenommen und die mit Rat und Tat unterstützt habe. Unter Anklage steht ein Artikel im „Klassenkampf", der am 7. November, dem Jahrestag der russischen Revolution, erschienen war und der mit vollen Namen des Verfassers gezeichnet ist. Bezeichnend für die Geistesverfassung des Vorsitzenden Niedner ist seine Frage an den Angeklagten, ob er im Felde gewesen ist, an welcher Front, und ob er verwundet wurde. Als das mit Ja beantwortet wird, hellt sich seine Miene auf, um sich sofort wieder zu verdüstern, als er auf weiteres Fragen vernimmt, daß Genosse Maslowski schon im Kriege Spartakus-Anhänger gewesen ist. Es erfolgt die Verlesung des Artikels, der die Ueberschrift trägt: **„Vorst aus der Revolution"**, und dann beginnt Niedner zu fragen: **„Sie wissen, was die Anklage aus diesem Artikel herausliest?"** Genosse Maslowski gibt die Erklärung ab, daß er gar nicht daran denkt, das Ziel der Kommunistischen Partei, die **bürgerliche Gesellschaftsordnung mit Gewalt zu stürzen und die Macht zu erobern, zu verheimlichen. Der Artikel jedoch, auf den sich die Anklage stützt, sei eine Zusammenfassung und Gegenüberstellung von historischen Tatsachen aus den revolutionären Ereignissen.**

Auch das „Kommunistische Manifest", auch der „Bürgerkrieg in Frankreich" und sämtliche andern Werke von Marx, sowie sämtliche Werke von Lenin müßten dann unter Anklage gestellt werden, da sie die **Notwendigkeit der Zertrümmerung des bürgerlichen Staates beweisen.** Es handelt sich hier um die Frage, ob ein proletarischer Schriftsteller das Recht hat, die Probleme der Revolution theoretisch zu behandeln. Niedner erblickt das Strafwürdige hauptsächlich in der Tatsache, daß der Angeklagte in einer Zeitung, die sich ausdrücklich „Klassenkampf" nennt, einen derartigen Artikel schreibt, noch dazu mit der tot gedruckten Ueberschrift „Lernt aus der Revolution". **Das ist doch zu dem Zwecke geschehen, die Klassen gegeneinander aufzuhetzen.** Kurz bevor die Beweisaufnahme abgeschlossen wird, glaubt der Reichsanwalt, ein jugendlicher, bayrischer Herr mit dementsprechender Mentalität, einen Trumpf ausspielen zu können, indem er eine Erklärung zitiert, die auf der letzten Sitzung der Erweiterten Exekutive in Moskau abgegeben und außer mit Urbahns an anderen Namen auch mit „Maslowski" gezeichnet ist. Um so einschneidender ist die **Blamage des Reichsanwalts**, als es sich herausstellt, daß der Angeklagte mit dem Genannten nicht identisch ist.

Das Plädoyer des Reichsanwalts will dem Angeklagten mit seinem Artikel „aktivistisch-politische Ziele" zuschreiben. Und da der Artikel „besonders vorsichtig" abgefaßt sei, müsse er **gerade bestraft** werden. Er beantragt 7 Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

Rechtsanwalt Barbalch, als Verteidiger, weist nach, daß der Artikel nach seiner ganzen Anlage ein historischer Artikel sei. Es handelt sich in diesem Prozeß um die Frage, wie weit man in der historischen Analyse gehen kann. Er verneint die objektive Geschichtsforschung und stellt fest, daß die Auffassung von der freien Willensmeinung, auf die sich der Anklagevertreter stützt, nur eine strafrechtliche Auffassung sei. Wenn man so weit gehen will wie die Anklage, darf der historische Materialismus als Betrachtung geschichtlicher **Ereignisse überhaupt nicht mehr geduldet werden.** Welche Lehre hat der Angeklagte aus seinem Artikel gezogen? Vor allem die, daß die Kommunistische Partei die Organisierung der **Revolution** in die tiefste Konsequenz hinein vorsieht. Auch die kleinste Kleinarbeit gehöre dazu, damit das Ziel verwirklicht werde. Aber diese Kleinarbeit ist ein durchaus legales Ziel. Der Angeklagte hat, selbst nach Auffassung der Reichsanwaltschaft, seinen Artikel „sehr vorsichtig" abgefaßt. Das hat er getan, und er hat den Artikel auch persönlich gezeichnet, weil er glaubte, daß eine derartige historische Analyse erlaubt sei. **Auch das Strafgesetz kann nicht über die Geschichte hinweg,** von der es eines Tages zermalmt werden wird. Wenn Sie sich heute der historischen Geschichtsauffassung verschließen wollen, so beweist jeder Tag, daß sie existiert. Wenn der Vertreter, der Reichsanwalt, beim Angeklagten die frühere Mitgliedschaft des Reichstags und die größere Klarheit als strafverschärfend hervorhebt, so ist zu sagen: die Klarheit kann nicht bestraft werden. **Eine besondere Intelligenzzusatzstrafe ist noch nicht vorgesehen.**

Trotz dieser Darlegungen und trotz der Schlußworte des Genossen Maslowski, in denen er sich nochmals grundsätzlich zu seiner Auffassung bekennt, ergeht nach kurzer Beratung das Urteil

auf 9 Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß das Gericht über den Antrag des Reichsanwalts hinausgegangen ist, weil der Angeklagte besonders intelligent sei, und weil der Artikel in der revolutionärsten Zeitung Deutschlands erschienen ist. Im übrigen bejahte die Urteilsbegründung die typische Niedner-Methode, schon deshalb zu bestrafen, weil der Angeklagte „verantwortlicher Funktionär der Kommunistischen Partei ist", und **„zumindest" der Funktionärkörper der Kommunistischen Partei eine geheime und staatsfeindliche Verbindung sei.**

*

Damit ist in der unverhülltesten Form die ganze Willkür der Niedner-Justiz gekennzeichnet, der es darauf ankommt, **alle verantwortlichen Parteiarbeiter dingfest zu machen,** um so jeder revolutionären Bewegung die Kräfte zu entziehen. Niedner wird die hinter ihm stehende Bourgeoisie wird aber erfahren müssen, daß für einen bestraften Klassenkampfer viele andere aufstehen, und daß die Justiz des bürgerlichen Klassenstaates mit diesem selbst weggefegt werden wird, so wie es auch der Genosse Maslowski in seinem Schlußwort ausdrückte:

Bilden Sie sich nicht ein, daß Sie einen Kommunisten mit Gefängnisstrafen schrecken können. Aus Sie als Klassenrichter sind wie selbstverständlich Hochverräter, und wir werden in unerschütterlicher Treue zu unserer Partei bis zum letzten Atemzuge für den Sturz dieses verrotteten kapitalistischen Systems kämpfen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0003

Jmmer und nur **Rahma**-buttergleich
MARGARINE

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 197 001. Leiter Gämisch, Wagner-Gebhardt. Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 6237

Sitzung der Bezirksleitung unter Hinzuziehung der Unterbezirksleiter am Donnerstag, 29. April, abends pünktlich 6½ Uhr, in Halle im Saale der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Achtung, Zellengruppenleitungsmitglieder von Halle! Am Montag, dem 3. Mai, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft wichtige Sitzung. Alle Zellengruppenleitungsmitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zappendorf. Mitgliederversammlung Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, im Lokal Rade. Alles hat zu erscheinen.

Nietleben. Funktionärsitzung Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne". Das Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist Pflicht. Außerdem haben die früheren Elternbeiträge mit zu erscheinen.

Gennewitz. Mitgliederversammlung Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler". Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mitgliederversammlung Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg". Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Unterbezirk Mansfeld-Hangerhausen

Leimbach. Mitgliederversammlung Sonntag, 2. Mai, vormittags 9 Uhr, im Lokal Tittel. Alle Genossen müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Zellengruppe 3: Mittwoch, 28. April, ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung.

Naumburg. Mitgliederversammlung Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im Parteilokal. Auch die „Klassenkampf"-Leser sind hierzu eingeladen.

Zeitz. Mittwoch, abends 7½ Uhr, „Schuhmacher-Herberge" Sitzung der Stadtverordneten mit den Parteifunktionären. Kreistagsmitglieder und Gemeindevertreter aus den benachbarten Ortsgruppen sind eingeladen.

Droyßig. Mitgliederversammlung Donnerstag, 29. April, abends 7 Uhr, im Gasthof Hirsch. Referent Genosse Gutjahr Zeitz. Alles muß erscheinen.

Zeitz. Stadtdelegiertenkonferenz Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, in der „Herberge". Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Referent Genosse Benkwitz, Zeitz. Alle Mitglieder haben das Recht, als Gast an der Konferenz teilzunehmen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Jugendgenossen! Am Donnerstag, 29. April, abends ½8 Uhr, im kleinen Saale des „Volkspark", findet gemeinsam mit der Roten Jungfront eine Jugendkundgebung statt. Es wird jedem Genossen zur Pflicht gemacht zu erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Bezirksleitung. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr im Jugendsekretariat kurze Sitzung. Stellungnahme zum Bezirksausschuß.
Halle. ½7 Uhr Orgleitung im Jugendbureau.
Neudorf bei Landsberg. Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Schule, findet die Fortführung des Kursus statt, alle Genossen haben zu erscheinen.
Donnerstag, ½8 Uhr im kleinen Saale des „Volkspark" gemeinsamer Filmabend: „Stuppendend". Es wird erwartet, daß die gesamte Mitgliedschaft sich daran beteiligt.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Kameraden, besucht den Film „Sein Vaterruf"

Das Gauleiterstatist Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Teichert, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Ortsgruppe Halle

Kameraden! Nützt zur Teilnahme am Bundestreffen in Berlin München. Fahrpreis einschließlich Versicherung 7.50 Mark. Meldungen bis 30. April. Einzahlung des Fahrgeldes bis 15. Mai. Sparmarken sind bei allen Gruppenführern zu erhalten.
Funktionäre. Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Sitzung. Vorher Abrechnung der Reichstreffen-Marken. Abteilungsführer rechnen Sparmarken ab.
Geschlossener Spielmannszug. Donnerstag, 29. April, abends 7 Uhr, am Hettstedter Bahnhof Antreten zum Üben.
Abteilung 4. Die für Donnerstag angesetzte Versammlung fällt aus.

Jungfront

Funktionäre. Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Funktionärsitzung.
Am Donnerstag, dem 29. April, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine gemeinsam mit dem KJVD. veranstaltete Jugendkundgebung statt. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.
Alle Kameraden, welche Fortbildungsschüler, erwerbslos und Radfahrer sind, treffen sich am Freitag, dem 30. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark".

Untergau Merseburg

Merseburg. Donnerstag, 29. April, in der „Stadt Leipzig" U.-Ausschuß.
Merseburg. Freitag, 30. April, Vollversammlung in der „Stadt Leipzig".

Untergau Schkeuditz

Gieben. Sonnabend, 1. Mai, nachmittags ½3 Uhr, Antreten am Gasthof Kaue. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung einschließlich sämtlicher Funktionäre.
Delitzsch. Freitag, 30. April, 8 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederpflichtversammlung. Tagesordnung: Berliner Fahrt. Jeder Teilnehmer hat 50 Pfennig Versicherungsgebühr mitzubringen.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 28. April, abends ½8 Uhr, Pflichtversammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront Mittwoch, 28. April, Pflichtversammlung. Thema: Die Bedeutung des 1. Mai. Antreten 7 Uhr Kelsitzweg.

Untergau Zeitz

Zeitz. Sonnabend, 1. Mai, vormittags 5 Uhr, Antreten zum Wecken auf dem Schützenplatz. Spielleute zur Stelle.
9 Uhr vormittags Antreten zur Demonstration auf dem alten Markt.
Sonntag, 2. Mai, vormittags 10 Uhr, in der Schuhmacherherberge Untergaukonferenz. Sämtliche Ortsgruppen haben ihre Delegierten zu entsenden.

Untergau Naumburg

Sonntag, 2. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Goldenen Hahn" in Naumburg Untergauconferenz. Sämtliche Ortsgruppen haben ihre Delegierten zu entsenden.

Magdeburg-Anhalt

Zerbst. Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" Mitgliederversammlung. Regelung der Fahrt nach Berlin. Marschsang.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Die Rähstube ist verlegt nach der Lutherschule, Schloßerstraße (Haltestelle der Linie 4). Arbeitsstunden von Montag bis Donnerstag ab 3½ Uhr nachmittags. Weitere Mitarbeiterinnen dringend erwünscht. Meldungen in der Rähstube.

Stadt-Theater
Mittwoch 7½ Uhr
Rabengrin
Donnerstag 8 Uhr
„Mascottchen"
Freitag 8 Uhr
Heimliche Braut wahrt
Sonnabend 8 Uhr
Der einsame Weg

Walhalla
8 Uhr. Tel. 8386
Noch 2 Tage!
Das Mädchen ohne Ehre
Ab 1. Mai:
Der fröhliche Weinberg
Ein heiteres Spiel von Wein u. Liebe
Sonntag, 2. Mai, nachm. 3½ Uhr
Fremden-Vorstellung
Vorverkf. eröffnet
Jugendl. unter 17 Jahr. kein Zutritt

Modernes Theater
Wittenberg Fernsprecher
Nur noch bis Freitag:
Das lustige Programm
mit 1614
Rudolf Sieber
Carl Berkig und dem Berger ulm.
Nach der Vorstellung Eintritt frei
Komm! komm

TAPETEN
von 30 Pf. an
LINOLEUM
qm von 3,75 M. an
WACHSTUCHE
Meter von 90 Pf. an
Karl Rapsilber
Aeltestes und größtes Spezialhaus am Platze
Fernruf 2495 Gr. Steinstr. 82 Gegr. 1859

Aufruf
an die Einwohnerschaft von Wittenberg u. Umg.
Der Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Gau 17, Ortsgruppe Wittenberg und Piesteritz, veranstaltet Pfingsten, den 22. bis 24. Mai, ein
Gausportfest
Da zirka 2000 Quartiere benötigt werden, richten wir die Bitte an jeden einzelnen, so viel wie möglich
Quartiere zur Verfügung zu stellen
Unsere Quartiermacher werden in den nächsten Tagen vorsprechen
Der Festausschuß
487

Konsum- und Produktiv-Verein zu Zeitz, eGmbH.
Sonnabend, den 1. Mai bleiben unsere Geschäfte
geschlossen
Wir ersuchen unsere geehrten Mitglieder ihren Bedarf rechtzeitig zu decken
Die Verwaltung

Von heute an steht ein gr. Transport **ps. Kaunes.**
Ferkel, Läufer- u. Futterschweine
billigst zum Verkauf
H. Richter
Trothaer Str. 80
Telephon 3762

Gebr. Hobelbank
zu kaufen gesucht
Rittersstraße 5 I

Weinflaschen u. andere Flaschen
von 6 ℳ an verkauft jedes Quantum
Ludwig 1399
Schweitzerstraße 14

Möbl. Zimm. frei
Kurfürstenstraße 5 I

Kinderwag. billig
Hermann Heidenstr. XII

Halbb. Kinderwagen
zu verk. Schkeuditz. 13

Jeden Donnerstag:
Schlachtefest
Vis. geschlachtete Speiselarte Rein
R. Hillmann
Zeitz 498
Kalkstraße 12

Morgen
Schlachtefest
Bätz, Weißenfels
Georgenberg 31

Täglich frisch
echte Holländer
Korbbücklinge
echte Kappler
Schleibücklinge
Bratheringe, Gelee-hering, Rollmops u. Sardinen
1 Liter-Dose nur 72 Pfennig
Alfred Hossack
Weißenfels 495

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen
64

Bekanntmachungen

Wir haben Kinder in Pflege zu geben. **Meldungen werden im Zimmer 4 des Rathauses, Rittersstraße 4,** in den Vormittagsdienststunden von 8—12 Uhr entgegengenommen

Delitzsch, den 27. April 1926
*1609 **Der Magistrat**
(Städtisches Jugendamt)

Am schwarzen Brett: Versicherung der Betriebsunternehmer bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

Delitzsch, den 27. April 1926
Der Magistrat *1608

Zoologischer G
Donnerstag, den 29. April, nachmittags 4 und abends
Konzert
des Hallischen Sinfonie-Orchester
Leitung: Bruno
(Bei ungünst. Witterung im

Zentralkranken- u. Sterbekasse Tischler u. and. gewerbl. Berufe Hamburg. Zahlstelle
Freitag, den 30. April, abends im Restaurant Steinert, Wittenberg
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal
Jahresabrechnung 1925
2. Wahl der Ortsverwaltung
3. Kassenangelegenheiten.
Jedes Mitglied muß erscheinen
496 Der Vorstand
NB. Die Auszahlung des Kurzarbeitergeldes sowie die Beitragsgelder von 7 Uhr an statt.

Unseren Sportgenossen **Hermann Zemisch u. Otto Bauer** zu ihrem heutigen Wiegenfest das beste Glückwünsche
Die Ortsgr. der Freien Radler
Es handelt sich nur wegen

Bekanntmachung
Wegen Neuschüttung von Kies werden
1. die Chaussee Eisleben-Polleben der Magdeburger Straße bis zur Grenze des Stadtkreises vom 28. April 1926 an auf voraussichtlich 7 Tage,
2. die Chaussee Eisleben-Polleben von der Magdeburger Straße bis zur Grenze des Stadtkreises vom 28. April 1926 an auf voraussichtlich 14 Tage
gesperrt
Ersatzstrecken zu 1: Chaussee Eisleben-Volkstedt und Helbra-Polleben
Ersatzstrecken zu 2: Chaussee Eisleben-Polleben und Helbra-Polleben
Eisleben, den 26. April 1926
*1604 Der Ma

Sil
zum Bleichen-ohnegleichen
Sil gibt schneeweiße Wäsche in einfachstem Waschen, spart Seife und schont die Wäsche
- Ohne Chlor -

Trauerbriefe und -Karten
liefert sofort die Druckerei der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Bekanntmachung
Pferdeversteigerung
Am Montag, dem 3. Mai, vormittags 10 Uhr werden auf dem städtischen Fuhrpark, Barbarastraße 1
6 bis 8 dienstunbrauchbare Pferde
gegen Bezahlung versteigert. Bedingungen usw. werden bei der Versteigerung bekanntgegeben werden
Halle a. d. S., den 23. April 1926
Der Magistrat

Rote Hilfe Deutschlands
Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Weißenfels. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (obere Räume) Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Klassenkampf und Rote Hilfe.
Leimbach. Sonntag, 2. Mai, vorm. 9 Uhr, im Lokal Tittel, Mitgliederversammlung.
Zeitzfurt-Burgkauer. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, treffen sich alle, welche den Betrieb von Literatur für den 1. Mai mit übernehmen wollen, zu einer Zusammenkunft beim Literaturobmann.
Sonnabend, 1. Mai, vormittags 9 Uhr, Antreten aller Mitglieder im „Hohenzollernpark" zur Teilnahme an der Maidemonstration; abends 8 Uhr Teilnahme an der Maifeier im „Hohenzollernpark".
Sonntag, 2. Mai, vorm. 9 Uhr, Ortsvorstandssitzung beim Genossen Dietz. Unterkassierer und Literaturleute müssen mit erscheinen wegen der Abrechnung.
Merseburg. Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, in „Stadt Leipzig" Funktionärsitzung. Wichtige Besprechung wegen dem 1. Mai.
Geppin. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, Lokal Schmidt, Mitgliederversammlung.

Bekanntmachung
Wegen Neuschüttung von Kies werden
1. die Chaussee Eisleben-Polleben der Magdeburger Straße bis zur Grenze des Stadtkreises vom 28. April 1926 an auf voraussichtlich 7 Tage,
2. die Chaussee Eisleben-Polleben von der Magdeburger Straße bis zur Grenze des Stadtkreises vom 28. April 1926 an auf voraussichtlich 14 Tage
gesperrt
Ersatzstrecken zu 1: Chaussee Eisleben-Volkstedt und Helbra-Polleben
Ersatzstrecken zu 2: Chaussee Eisleben-Polleben und Helbra-Polleben
Eisleben, den 26. April 1926
*1604 Der Ma

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen e
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Moderne Buntdruckmaschinen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Der Aufmarsch der hallischen Gewerkschaften am 1. Mai

Zum Aufmarsch der Gewerkschaften am 1. Mai gibt das Gewerkschaftskartell folgendes bekannt:

1. Es haben noch nicht alle Gewerkschaften ihre Maikarten abgeholt. Die Karten müssen unverzüglich im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Treppen, bei Kollegen Gustav Strehler abgeholt werden. Jede Karte kostet 20 Pf. (Erwerbslose erhalten Karten für 5 Pf. gegen Ausweis). Jeder Gewerkschafter ist zur Lösung einer Karte verpflichtet.
2. Die bis zum Donnerstag verkauften Karten sollen am Donnerstag und Freitag beim Kartellkassierer Kollegen Strehler abgerechnet werden.
3. Die Gewerkschaften haben noch nicht sämtlich ihre Ordner gemeldet. Sie wollen dies unverzüglich nachholen.
4. Bisher sind folgende Sammelplätze der Gewerkschaften bekanntzumachen:
   Es treffen sich am 1. Mai:
   Metallarbeiter: Vormittags 9 Uhr Paradeplatz.
   Graphische Hilfsarbeiter und Buchbinder: Vormittags 9 Uhr Moritzzwinger (gegenüber Joh. Turm).
   Gemeinde- und Staatsarbeiter: Vormittags 9 Uhr Paradeplatz.
   Holzarbeiter: Vormittags 9 Uhr Paradeplatz.
   Baugewerksbund: Vormittags 8 Uhr Harz (Gewerkschaftshaus).
   Steinarbeiter: Vormittags 8 Uhr Harz (Gewerkschaftshaus).
   Zimmerer: Vormittags ½9 Uhr Friedrichsplatz.
   Zentralverband der Angestellten: Vormittags 9 Uhr im hinteren „Volkspark"-Garten.
   Maschinisten und Heizer: Vormittags 9 Uhr im „Volkspark" (Kolonnaden).
5. Die Ordner werden durch rote Armbinden kenntlich gemacht. Ihren Anweisungen ist unbedingt Folge zu leisten.
6. Die Ordner erhalten Anweisungen, Armbinden und Karten am Donnerstag und Freitag während der Geschäftsstunden im Arbeitersekretariat, ferner spätestens am Sonnabend, dem 1. Mai, morgens 8 Uhr, im Arbeitersekretariat.
7. Die Leitung befindet sich am 1. Mai vormittags im „Volkspark".

Maikommission der freien Gewerkschaften.

BAV.-Bottrop fordert Solidarität mit den englischen Bergarbeitern

Wie steht der BAV. in Mitteldeutschland?

Am 18. April fand eine Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes in Bottrop (Ruhrgebiet) statt, die nach Erledigung der Tagesordnung mit dem englischen Bergarbeiterkampf beschäftigte. Hierzu wurde folgende **Entschließung** angenommen, die einstimmig angenommen wurde:

„Die am 18. April tagende Versammlung der Zahlstelle Bottrop des Bergarbeiterverbandes begrüßt das Vorgehen der englischen Kameraden. Die Versammlung fordert von der Bergarbeiterinternationale **tatkräftige Unterstützung der englischen** Kameraden, wenn nötig, durch Streik, und fordert auch in Deutschland einen **Zusammenschluß der Hauptorganisationen nach englischem Muster**, um auch hier gegen die Unternehmeroffensive anfangen zu können. Die Versammlung ist sich dessen bewußt, daß, wenn die englischen Kameraden unterliegen, auch die deutschen Lohnbewegungen eine verlängerte Arbeitszeit fordern werden. Wir fordern Wiedereinführung **des Siebenstundentages, Verbot sämtlicher Ueberschichten und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.** Die Unorganisierten werden aufgefordert, dem Bergarbeiterverband beizutreten, um die Organisation zu stärken."

Die Massenarbeitslosigkeit der Frauen

M. S. Während im Reiche zu Beginn der Krise im November 1925 die Arbeitslosigkeit der Frauen weit hinter der der Männer zurückblieb, hat sie sich im Verlauf der Krise der der Männer immer mehr genähert. Seit Wochen bleibt jetzt die Arbeitslosigkeit der Männer annähernd stabil oder ebbt ein wenig ab, während sie bei den Frauen meist noch zunimmt, mindestens aber stabil bleibt.

In den letzten drei Stichtagen wurden gezählt:

Stichtag:	Hauptunterstützungsempfänger: männlich:	weiblich:	zusammen:
15. Februar 1926	1 772 357	286 055	2 058 412
1. März 1926	1 750 139	306 040	2 056 179
15. März 1926	1 702 541	314 920	2 017 461

Die Steigerung der Frauenarbeitslosigkeit geschah nicht etwa plötzlich auf Grund einer starken Konjunkturschwankung in Industriezweigen mit vorwiegend weiblicher Arbeiterschaft, sondern ganz langsam und kontinuierlich.

Während noch im Dezember die Arbeitslosigkeit der männlichen und weiblichen Mitglieder der Gewerkschaft mit 20,8 zu 14,1 auf je 100 Mitglieder eine starke Differenz zugunsten der weiblichen Mitglieder aufwies, verringerte sich diese Differenz von Monat zu Monat. Im Januar waren auf je 100 Mitglieder 23,8 Männer und 17,6 Frauen, im Februar waren auf je 100 Mitglieder 26,8 Männer und 19,3 Frauen arbeitslos.

Noch viel größer war das Anwachsen der weiblichen Kurzarbeiter. Gab es im November 1925 auf je 100 Mitglieder der Gewerkschaften 14,4 männliche Kurzarbeiter und 22,0 weibliche Kurzarbeiter, so kamen im Februar schon auf 17,7 Kurzarbeiter 36,7 Kurzarbeiterinnen.

Diese Zunahme der Frauenerwerbslosigkeit und Kurzarbeit findet sich fast ausnahmslos in allen Berufszweigen, so in Handel und Verkehr wechselnder Art (Zunk. 12 030), im Spinnstoffgewerbe (Zun. 11 756), Bekleidungsgewerbe (Zun. 9674), in der Berufsgruppe häusliche Dienste (Zun. 8756), bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten (Zun. 8094), in der Metallindustrie (Zun. 7111), in schwächerem Maße auch in der Gast- und Schankwirtschaft, im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, in der Landwirtschaft.

Der Anstrang überstieg zehn Arbeitsgesuche auf je eine offene Stelle in der Metallindustrie, Industrie der Steine und Erden, Textilindustrie, Lederindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, im Bekleidungsgewerbe, in der Lohnarbeit und in den kaufmännischen Berufen.

Das Anwachsen der Frauenerwerbslosigkeit ist um so bemerkenswerter, als es nicht hervorgerufen ist durch einen Rückgang der am Arbeitsmarkt vorhandenen offenen Stellen. Im Gegenteil: Während für männliche Arbeitsuchende das Angebot an offenen Stellen um 4,9 Prozent fiel, stieg es für weibliche Arbeitsuchende um 5,9 Prozent.

Dieses stärkere Angebot an offenen Stellen für Arbeiterinnen wird nicht nur aufgehoben, sondern weit übertroffen durch die **ungeheuer steigende Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden.** So stieg die Zahl der männlichen Arbeitsgesuche um 3,7 Prozent, die der weiblichen um 12 Prozent.

Ob das steigende Angebot von offenen Stellen für Arbeiterinnen zurückzuführen ist auf ein Ersetzen gelernter Arbeiter durch ungelernte junge Arbeiterinnen, als Folge der Rationalisierung, ist aus dem vorliegenden Material noch nicht mit Bestimmtheit zu behaupten.

Ob die wachsende Massenarbeitslosigkeit der Frauen dadurch sich erklärt, daß eben durch die Arbeitslosigkeit der Männer gezwungen, auch ein gut Teil der Arbeiterfrauen wieder oder überhaupt zum erstenmal auf dem Arbeitsmarkt erscheint — auch das geht aus den Zahlen des „Reichsarbeitsblattes" nicht hervor. Das ungeheuer starke Angebot gerade in den Berufsgruppen „Lohnarbeit wechselnder Art" (110 618) und „häusliche Dienste" (128 432) spricht für diese Auffassung.

Das starke Fluktuieren (auf der einen Seite Massenentlassungen gerade von Frauen — auf der anderen Seite stärkere Einstellungen gerade von Arbeiterinnen), das erbarmungslose Hin- und Hergeschubenwerden dieser gedrücktesten Schichten der Arbeiterklasse zeigt, daß eine so tiefe und andauernde Arbeitslosigkeit, wie die gegenwärtige, den neinen Kleinbürgertraum: die Frau dem Haus und den Kindern wiederzugeben — nicht etwa erfüllt, sondern in das Gegteil verwandelt. Statt die Arbeiterinnen ins Haus zurückzuführen, reißt sie auch die Hausfrauen auf den übervollen Arbeitsmarkt — sie ersetzt zwar auf der einen Seite den Arbeiter, schleudert sie aber auf der anderen Seite noch rücksichtsloser als die Männer auf die Straße.

Das ist die Wirtschafts„ordnung" der schwarzrotgoldenen Republik.

Arbeitslosigkeit unter den Technikern

Die schwere Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden Folgen für die Arbeiter hat auch die technischen Angestellten nicht verschont. Neben Abbau der Gehälter unter verstärkter Ausbeutung durch Verlängerung der Arbeitszeit ist besonders eine von Monat zu Monat **wachsende Stellungslosigkeit zu verzeichnen.** Nachstehende Tabelle gibt ein anschauliches Bild davon:

	In öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragen:	Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuche:
November 1925	16 386	1 481
Dezember 1925	20 314	2 397
Januar 1926	29 177	3 465
Februar 1926	32 602	3 509

Wenn man die Bedeutung der vorliegenden Zahlen ganz würdigen will, so muß man bedenken, daß sich immer nur ein Teil der stellungslosen Techniker auf den öffentlichen Arbeitsnachweisen eintragen läßt. Für März liegen noch keine Zahlen vor, aus den Berichten der Verbände geht hervor, daß sie die Zahl der unterstützungsberechtigten Mitglieder, die stellungslos geworden sind, auch in diesem Monat vermehrt hat. **Von den wenigen Technikern, die im März wieder Arbeit bekommen haben, waren bezeichnenderweise nur 24 Prozent über 40 Jahre alt.**

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Unternehmer die Ueberwindung der Krise und die Rationalisierung **ebenso auf Kosten der technischen Angestellten durchführen wollen, wie auf Kosten der Arbeiter.** Wenn es um den Profit geht, dann verwandeln sich die heuchlerischen Redensarten der Unternehmer und ihrer Knechte über den Wert und die Wichtigkeit **„der verantwortungsvollen Tätigkeit des Technikers beim Aufbau der Wirtschaft"** in die brutale Tatsache der Massenentlassungen und der gesteigerten Ausbeutung durch billigere und jüngere Arbeitskräfte. **Der Platz des Technikers ist deshalb nicht in der Arbeits- und Werksgemeinschaft mit und an der Seite des Unternehmertums, sondern der gemeinsame Kampf Seite an Seite mit dem handarbeitenden Proletariat.**

Differenzen im Baugewerbe

Die in Essen unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichskommissars stattfindenden Einigungsverhandlungen für das Baugewerbe mußten nach mehrstündigen Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen werden, da beide Parteien bei ihren Forderungen verblieben. Nunmehr wird sich das Zentralschiedsgericht in Berlin endgültig mit den Differenzen zu befassen haben. Die Unternehmer **fordern einen Lohnabbau von durchschnittlich 23 Pf. pro Stunde.**

Man kann sich vorstellen, daß bei einem derartigen Auseinanderklaffen der gegenseitigen Forderungen ein für die Arbeiterschaft „erträgliches" Kompromiß schwer erreicht werden kann, zumal die Zunahme der Bautätigkeit nicht in dem erwarteten Maße eingetreten ist. Trotzdem gegenwärtig die günstigste Saison für den Bauarbeiter ist, zeigt sich auch in diesem Falle, daß die Aussichten des Bauarbeiterverbandes eine wesentliche Verbesserung am besten **dann erfahren, wenn er mit anderen lebenswichtigen Industriegruppen,** wie namentlich den Bergarbeitern und Transportarbeitern, ein **Gewerkschaftsbündnis** eingeht und mit ihnen als gemeinsamer Verhandlungsgegner den Unternehmern gegenüberträgt.

Der Bericht der letzten DMV.-Versammlung Halle folgt Freitag

Der ADGB. setzt die Essener Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen in Berlin fort!

Geheime Verhandlungen der Gewerkschaftsführer hinter dem Rücken der Arbeiterschaft — Das Ziel: Arbeitsgemeinschaftliche Verkündigung mit den Unternehmerorganisationen — Enthüllungen der bürgerlichen Presse

Als vor etwa zehn Wochen die Tatsache bekannt wurde, daß in Essen zwischen Gewerkschaftsführern und Unternehmervertretern über die Neuschaffung der Arbeitsgemeinschaft verhandelt wurde, da haben die sozialdemokratischen Führer diese Verhandlungen als harmlos hingestellt. Von Arbeitsgemeinschaft sei keine Rede gewesen. Jeder Arbeiter hatte damals das Gefühl, daß die sozialdemokratischen Führer schwindeln. Wir haben unter Hinweis auf den bekanntgewordenen Inhalt der Essener Verhandlungen und die geheimnisvolle Art ihrer Durchführung gezeigt, daß es sich tatsächlich um ernste Verhandlungen zur Wiederherstellung der zentralen Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerorganisationen handelte, mag man das Kind jetzt auch mit einem andern Namen belegen. (Warum man das tut, werden wir später sehen.) Aber die Führer des ADGB. haben dann geschwiegen und taten so, als sei die ganze Angelegenheit im Sande verlaufen.

In Wirklichkeit wurden die Essener Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen in geheimster Weise in Berlin fortgesetzt.

Das „Hamburger Fremdenblatt" berichtete am 18. April in einem Leitartikel über „Wege zur Arbeitsgemeinschaft" folgendes:

„Zu einigem Optimismus für die Zukunft berechtigt die Tatsache, daß die Essener Besprechungen mit einem erweiterten Kreise in den letzten Wochen in Berlin fortgeführt werden und in wesentlichen Punkten der Handels-, Steuer- oder Zollpolitik auch Uebereinstimmung erbringen konnten. Ein Verdienst an dieser Entwicklung ist ohne Zweifel der großen Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie zuzuschreiben, der nicht zuletzt aus Arbeitnehmerkreisen zugerühmt wurde, daß sie frei von jeder aggressiven, den Gegner verletzenden Schärfe den Beginn einer ernsthaften Diskussion überhaupt erst ermöglicht habe. Ist es nicht ein aus dem sozialistischen Lager lange vermißter Klang, wenn **ein Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schrieb: „Die Denkschriften des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der freien Gewerkschaften zeigen, daß bei starker Gegensätzlichkeit in vielen, namentlich den Hauptfragen, gleiche Auffassung in anderen Fragen besteht, die ein Zusammengehen beider Gruppen nicht nur empfiehlt, sondern verlangt."**

(Es handelt sich hier um den Sekretär des Bundesvorstandes des ADGB., Spliedt, welcher dies — sicher im Auftrag des Bundesvorstandes — in einer bürgerlichen Korrespondenz, dem Hamburger „Wirtschaftsdienst", schrieb.)

Diese Meldung des „Hamburger Fremdenblatt" über die Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen in Berlin ist absolut glaubwürdig, denn dieselbe Tatsache wurde bereits am 1. April von der „DAZ." dem gutinformierten Unternehmerorgan, festgestellt. Die „DAZ." schrieb:

„Mag es sich nun bei den Essener Verhandlungen, die kürzlich in Berlin fortgeführt worden sind, um die Keime einer neuen Arbeitsgemeinschaft handeln oder nicht; die einfache Tatsache, daß sich Unternehmer und Gewerkschaften wieder an einem privaten Tisch — nicht nur in offiziellen Körperschaften wie dem Reichswirtschaftsrat — zusammenfinden, um sich über dringende Tagesprobleme auszusprechen, ist ein erfreuliches Zeichen unserer sozialen Entwicklung. Daß es auch für die gesamte innere Politik von größter Bedeutung werden kann, wenn die beiden bisher nur isoliert sich gegenüberstehenden Teile unserer Wirtschaft sich z. B. über die Hauptpunkte der Handels-, Zoll- oder Steuerpolitik einig werden, liegt auf der Hand."

*

Aus diesen Meldungen geht zunächst klar hervor, daß die Essener Verhandlungen der Führer der Gewerkschaften mit den Führern der Unternehmerorganisationen inzwischen tatsächlich in Berlin fortgeführt wurden. **Von dieser wichtigen Tatsache und über den Verlauf der Verhandlungen haben die Führer des ADGB. den Mitgliedern der Gewerkschaften bis heute nicht das geringste mitgeteilt.** Offenbar haben die Gewerkschaftsführer selbst dabei ein schlechtes Gewissen gegenüber der Arbeiterschaft, sie fürchten den Widerstand der Massen gegen einen neuen Verrat der Arbeiterinteressen und führen deshalb die Verhandlungen hinter dem Rücken der Arbeiterklasse. Zweitens zeigt sich ganz klar, **daß es sich hierbei um ernste Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen, um einen Verrat größten Stils an den Arbeiterinteressen handelt.** Schon die dürftigen Angaben über den Inhalt der Verhandlungen (Zoll-, Steuerfragen, Handelspolitik) zeigen, daß es sich um Fragen handelt, über die eine „Verständigung" mit dem Unternehmertum nur möglich ist bei Aufgabe des Klassenkampfes und enger Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. An dieser Tatsache würde auch nichts geändert, wenn die sozialdemokratischen Führer den Abschluß einer öffentlichen, formellen Arbeitsgemeinschaft ablehnen. **Die geheimen Verhandlungen und Abmachungen sind vielmehr noch gefährlicher als eine offene, formelle Arbeitsgemeinschaft,** weil sie der Arbeiterschaft das Durchschauen des Spiels der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erschweren. In dem bereits oben erwähnten Artikel des ADGB.-Führers Spliedt im Hamburger „Wirtschaftsdienst" wird für eine Arbeitsgemeinschaft hinter dem Rücken der Massen eingetreten, indem Spliedt für Zweckverbindungen „von Fall zu Fall" und gegen eine „besondere Organisation", gegen eine offene Arbeitsgemeinschaft eintritt.

Warum die geheimnisvolle Art der Verhandlungen? Warum sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für eine geheime, aber gegen eine offene Arbeitsgemeinschaft? Warum wollen sie die Sache nicht beim richtigen Namen nennen und wehren sich gegen die Bezeichnung Arbeitsgemeinschaft. Das Unternehmerorgan, die „DAZ.", kennt die Nöte der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer aus deren Munde und schreibt über die Notwendigkeit geheimer Verhandlungen folgendes:

„Die Beratungen in Essen hatten hinter verschlossenen Türen stattgefunden, und es war vielleicht der Sache nicht besonders gedient, daß durch vorzeitige und unklare Berichte sofort eine lebhafte Diskussion in der Oeffentlichkeit ausgelöst wurde. **Wurden doch nur die Kommunisten, auf deren Agitation die freien Gewerkschaften einige Rücksicht zu nehmen gewohnt sind,** durch die sich anbahnende Verständigung in ihren geheiligsten Klassenkampfgefühlen getroffen und wutentbrannt **auf den Plan gerufen,** während auf der anderen Seite manche Hoffnungen **geweckt wurden,** die sich zurzeit kaum realisieren lassen."

Hieraus ergibt sich ganz klar, daß durch Geheimverhandlungen, durch Täuschung und Belügung der Massen über den Charakter der Verhandlungen, auch durch Vermeidung des Wortes Arbeitsgemeinschaft der Weg zur Arbeitsgemeinschaft erleichtert werden soll.

*

Die Dinge stehen also sehr ernst. Die Aktionsfähigkeit und Zukunft der Gewerkschaftsbewegung, die elementarsten Klasseninteressen des Proletariats, stehen auf dem Spiel. Die Arbeiterschaft darf sich auch dadurch nicht täuschen lassen, daß sich die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen bisher nur mit wirtschaftspolitischen Fragen (Rationalisierung, Steuerfrage, Zollfrage usw.) beschäftigen und die Lohnfrage, Arbeitszeitfrage, usw. ausgeschaltet wurden. **Es liegt auf der Hand, daß Gewerkschaften, welche in den großen wirtschaftspolitischen Fragen mit den Kapitalisten an einem Strang ziehen (statt Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem) auch in der Lohnfrage, Arbeitszeitfrage usw. auf die kapitalistischen Interessen Rücksicht nehmen müssen.**

Wenn man — wie die Führer des ADGB. — für die kapitalistische Rationalisierung ist, kann man weder den Willen noch die Kraft haben, gegen den Lohnabbau, gegen die Betriebsstillegungen usw. zu kämpfen. Tatsächlich ist das ja auch so. Wir haben heute ein kampfloses Zurückweichen der Gewerkschaften vor der Lohnabbauoffensive. — Siehe die Lage bei der Eisenbahn, im Baugewerbe, in der Holzindustrie, Metallindustrie usw. Auch heute wird trotz der katastrophalen Lage auf dem Lohngebiete nicht das geringste getan, um durch **Einsetzung der gesamten Macht des ADGB.** die Lohnabbauoffensive zum Stehen zu bringen. Mit der Arbeitszeitfrage steht es genau so. Das Ergebnis der Londoner Ministerverhandlungen über die Arbeitszeit ist die Vorbereitung einer weiteren Verschlechterung der Unternehmerverhältnisse in Deutschland. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben sich auch bereits mit dieser Tatsache kampflos abgefunden. Sie vertrösten die Massen auf den Reichstag. Erinnern wir außerdem nur noch an die Bestrebungen der maßgebenden Gewerkschaftsführer zur Schaffung eines abgerundeten **wirtschaftsfriedlichen Programms** unter dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie", so sehen wir klar im Zusammenhang den Weg der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zur dauernden, festen Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum.

Die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen sind ein Alarm für alle Klassenbewußten Gewerkschafter. Nur die Mobilisierung der breiten Massen in den Gewerkschaften und Betrieben kann die Gewerkschaftsbewegung retten, kann verhindern, daß sie von den sozialdemokratischen Führern weiter zu einem Instrument der kapitalistischen Wirtschaftspolitik ausgebaut wird, statt ein Instrument des proletarischen Klassenkampfes zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse zu sein. **Von allen Gewerkschaftsversammlungen und allen Betrieben muß deshalb ein Sturm der Entrüstung über die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen ausgehen und von unten in den Gewerkschaften eine geschlossene Front des Widerstandes gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik geschaffen werden.** Karl Becker.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

An die werktätige Bevölkerung von Halle

Das Gewerkschaftskartell Halle fordert am 1. Mai die gesamte werktätige Bevölkerung zur gemeinsamen Demonstration auf.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Gestaltet durch einen einheitlichen, geschlossenen Aufmarsch die diesjährige Maidemonstration zu einer mächtigen Kundgebung, zu einer ernsten Kampfansage an den internationalen Kapitalismus. Demonstriert für die Ziele des internationalen Proletariats und bekundet durch Euren Massenwillen, daß es Euch ernst ist mit ihrer Verwirklichung.

Deshalb, werktätige Männer und Frauen von Halle, heraus zur gemeinsamen Maifeier!

Die Sammlung zum gemeinsamen Demonstrationszug vollzieht sich in folgender Weise:

Alle im Betrieb beschäftigten Arbeiter treffen sich am 1. Mai, vormittags 9 Uhr, vor den Betrieben; von da aus Abmarsch nach den von den Gewerkschaften festgelegten Sammelplätzen.

Um 3/10 Uhr Aufstellung am „Volkspark" zur Demonstration.

Die Erwerbslosen schließen sich ihren gewerkschaftlichen Organisationen an.

Die erwerbstätigen Mädchen und Hausfrauen treffen sich morgens 9 Uhr auf folgenden Sammelplätzen:

Osten: Roßplatz.
Westen: Weingärten.
Zentrum: Paradeplatz.
Norden: Wettiner Platz.
Süden: Königsplatz.

Die Teilnehmer des Frauenaufmarsches vereinigen sich zu Gruppen, um gemeinsam nach dem „Volkspark" zu marschieren. Die gemeinsame Demonstration beginnt um 10 Uhr durch verschiedene Straßen von Halle, **mit dem Ziel Sandanger**, woselbst Ansprachen gehalten werden über die Bedeutung des 1. Mai.

Die Demonstration der hallischen Arbeiterschaft muß ein gemeinsamer Massenaufmarsch unter roten Fahnen werden.

Arbeiter, Angestellte und Beamte von Halle!

Den Bemühungen der Kommunistischen Partei ist es zu verdanken, wenn der 1. Mai in diesem Jahre durch einen geschlossenen Aufmarsch des gesamten arbeitenden Volkes den Einheitswillen zum Ausdruck bringt. Mußten die Führer der hiesigen Sozialdemokratie schon zu der einheitlichen Vormittagsdemonstration durch Massendruck gezwungen werden, so sabotierten sie die Nachmittagsfeier und Abendveranstaltung dadurch, daß sie sich weigerten, auch wie es vom Gewerkschaftskartell organisiert und durchgeführt werden sollte, mit der Kommunistischen Partei eine gemeinsame Maifeier durchzuführen.

Wer die wirklichen Saboteure der Einheitsfront des Proletariats sind, geht damit einwandfrei hervor. Um die geschlossene Front zu zersplittern, hat die SPD. sämtliche Räume des „Volksparks" für den 1. Mai nachmittags und abends gemietet. Diese schändliche Absicht der SPD. muß von allen Hand- und Kopfarbeitern von Halle durchkreuzt werden.

Die Parole für jeden Arbeiter, Angestellten und Beamten lautet:

Das Proletariat bleibt am 1. Mai dadurch geschlossen, daß es die separate Veranstaltung der sabotierenden SPD.-Führer im „Volkspark" meidet.

Die gesamte werktätige Bevölkerung von Halle beteiligt sich darum an der von der KPD. und allen übrigen proletarischen Organisationen veranstalteten Maifeier auf der

Bischofswiese

Der Aufmarsch für diese Nachmittagsveranstaltung vollzieht sich in folgender Weise:

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen treffen sich auf den bekannten Sammelplätzen des RFB. und zwar:

Süden: Johannisplatz, Abmarsch 3 Uhr;
Westen: Weingärten, Abmarsch ¼4 Uhr;
Osten: Roßplatz, Abmarsch 3 Uhr;
Norden: Wettiner Platz, Abmarsch ¼4 Uhr;
Zentrum: Hallmarkt, Abmarsch 3 Uhr.

Der Aufmarsch erfolgt sternförmig unter Vorantritt von Musikkapellen des RFB. von jedem Sammelplatz.

Auf der Bischofswiese selbst wird ein Programm geboten, bei dem der Arbeiter-Sängerchor, das Arbeiter-Sportkartell, die Proletarische Tribüne, Sprechchöre des JSB. und KJ. mitwirken.

Der Konsumverein Halle hat die Bewirtung auf der Bischofswiese übernommen.

Dem gemeinsamen Abmarsch von der Bischofswiese schließt sich ein Fackelzug durch die Straßen der Stadt an mit dem Ziele Hallmarkt. Die Fackeln selbst sind auf der Bischofswiese erhältlich.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Halle, beteiligt Euch an dieser Maifeier und gebt den sozialdemokratischen Führern die Quittung für ihre Sabotage.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg
Ortsgruppe Halle.

Wie Stahlhelmer provozieren und das Stockverbot einhalten

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Am Sonntag, dem 18. April, abends 9 Uhr, kamen etwa 20 Stahlhelmer in Uniform, mit dem Knüppel über die Schulter, die Burgstraße entlang. Sie sangen, als sie am „Volkspark" vorübergingen, ein Spottlied auf die Internationale, aber die Arbeiter, welche am „Volkspark" standen, fielen auf diese Provokation nicht herein, sondern ließen die verblödeten Uniformträger weiterziehen. Am Café Dietze stand ein Wachtmeister, der anscheinend schlecht sehen konnte. **Dieser ließ die Leute weiterziehen, ohne die Stöcke zu beschlagnahmen**, bis ein vorübergehender Arbeiter den Wachtmeister auf seine Pflichten aufmerksam machte. Da bewegte er sich und hielt diese Gruppe an, die von einem „Oberst" geführt wurde. Wir fragen an, hat der Beamte Anzeige erstattet? Die Stöcke sind nicht beschlagnahmt worden, denn die Meute zog grölend weiter, mit den Stöcken auf der Schulter.

Nun, Herr Dusterkopp, stimmt das!

Herr Staatsanwalt und Sie?

Diesmal waren es keine roten Frontkämpfer, sondern Stahlhelmer.

---

* An alle Mitglieder des RFMB. Heute abend 8 Uhr findet im „Volkspark" im Kartellzimmer Mitgliederversammlung statt, in der Stellung genommen wird zum 1. Mai. Alle Genossinnen haben bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der fällige Landfriedensbruchs-Prozeß

Der Staatsanwalt beantragt gegen Jugendgenossen hohe Zuchthausstrafen — Das Gericht verurteilt das Delikt des Landfriedensbruches

Wenn vor einem deutschen Gericht ein Landfriedensbruch zur Verhandlung steht, dann sind in 99 Fällen klassenbewußte Arbeiter die Angeklagten, obwohl fast immer mühelos festgestellt werden kann, daß die völkischen Organisationen die Urheber solcher Exzesse sind. Selten aber wird diesem Gesindel, das sich zu einem erheblichen Teil aus oft vorbestraften kriminellen Verbrechern rekrutiert, ein Haar gekrümmt. In den meisten Fällen ist es sogar so, daß die Anklagebehörden dieser dunklen „Ehrenmänner" als Belastungszeugen bedienten.

Vor dem erweiterten hiesigen Schöffengericht hatten sich gestern 11 Jugendgenossen wegen des oben erwähnten Deliktes und teilweise auch wegen verbotenen Waffenbesitzes zu verantworten. Der 12. Angeklagte war der 20 Jahre alte Klempner Friedrich Grüber, der ehemals dem Arbeiter-Samariter-Bund angehört hat und in der Voruntersuchung, sowie auch während der gestrigen Verhandlung eine so auffällig schmutzige Rolle spielte, daß jedermann erkennen konnte, daß es sich bei ihm nicht etwa um einen „Naiven" handelte, sondern daß er nur ein Feigling sein konnte, der durch Lügen und Verdrehen der realen Tatsachen versuchte, sich selbst vor einer Bestrafung zu schützen. Grüber, der als erster Angeklagter zuerst zu den der Verhandlung zugrunde liegenden Geschehnissen vernommen wird, schildert den Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der KJ. und solchen der „Kolonial-Jugend", einer nationalen Organisation, folgendermaßen: Er sei als Sympathisierender am Abend des 6. Oktober vorigen Jahres mit der Kommunistischen Jugend nach der Peißnitz marschiert. Als sie am Café Dietze in die Wiese einbogen, bemerkten sie vor sich die gegnerische Organisation, die sich in derselben Marschrichtung nach der Peißnitzbrücke bewegte. Er gibt dann weiter an, daß einige seiner Mitangeklagten vorausgeeilt wären. Am Brückenhäuschen der Peißnitzbrücke habe man das Gros der Kommunistischen Jugend abgewartet, die kräftigsten seien von einem der Angeklagten herausgesucht, um die gegnerische Organisation zu überfallen. Er selbst ist mit diesem Trupp weiter nach der sogenannten Schwanenbrücke gezogen. Er will sich immer in einiger Entfernung von zirka 20 Mtr. vom Trupp gehalten haben. Auf einem Wege, der kurz vor der Schwanenbrücke nach rechts auf die Peißnitzinsel führt, habe man plötzlich die Mitglieder der Kolonial-Jugend entdeckt und sei über sie hergefallen. Dieser mysteriöse Angeklagte belastete dann verschiedene Jugendgenossen auf das schwerste. J. B. will er deutlich einen der Angeklagten erkannt haben, der mit einem Zaunpfahl, an dem sich noch Stacheldraht befunden habe, auf einen älteren Herrn heftig einschlug, so daß dieser zu Boden fiel. Auch andere Angeklagte, die nachgewiesenermaßen gar nicht bei diesem Trupp waren, will er an dieser Stelle gesehen haben. Wie diese Aussagen einzuschätzen sind, geht daraus hervor, daß Grüber, der sich nach seinen eigenen Aussagen **immer in einer Entfernung von den Jugendgenossen befunden haben will, mehr gesehen hat als die beteiligten Mitglieder der nationalen Organisation. Diese schildern den Vorgang ähnlich, nur kann auch nicht ein einziger von ihnen sagen, wer als Täter in Frage kommt, da es so dunkel war, daß man niemand erkennen konnte.**

Auch die angeklagten Jugendgenossen schilderten den Vorgang ähnlich. Sie seien bei Café Dietze nach der Peißnitz eingebogen. Plötzlich sei aus den Reihen der vor ihnen marschierenden nationalen Organisation ein Schuß gefallen. Einige der Angeklagten haben es dann für ihre Pflicht gehalten, die übrigen Jugendgenossen, unter denen sich zahlreiche Mädels befanden, gegen einen vermutlichen Angriff zu schützen und sind aus diesem Grunde vorausgegangen, um zu sehen, wo die gegnerische Organisation geblieben sei. Ihre Vermutung eines planmäßigen Ueberfalls von seiten der Kolonial-Jugend wurde dadurch bestärkt, daß von den Gegnern plötzlich niemand mehr zu sehen war und nur noch die Möglichkeit bestand, daß diese sich in irgendeinem dichten Busch verborgen hielten, eine Annahme, die sich übrigens auch durch die übrigen Zeugen bestätigte. Als die Jugendgenossen dann in den Weg rechts vor der Schwanenbrücke einbogen, tauchten plötzlich die Gegner vor ihnen, in Rotten marschierend, auf. Der weitere Verlauf der Geschehnisse war das Werk weniger Sekunden. Rufe „Heil Hitler" ertönten. Taschenlampen blitzten kurz auf, dann hörten die Angeklagten jemand von der anderen Seite „Hände hoch". Gleichzeitig erhielt einer der Angeklagten Schlag über den Arm, gleich darauf fiel ein Schuß. Die Jugendgenossen machten sich jetzt Luft, indem sie heftig um sich schlugen. Der Jugendgenosse K. macht gar kein Hehl daraus, daß er zugeschlagen habe und auch verspürt habe, daß von seinem Schlag jemand getroffen sei. Erkennen hat er keinen können. Der geklagte L. gibt zu, im Vollbewußtsein, der Angegriffene zu sein, aus Furcht vor mit Schußwaffen bewaffneten Stahlhelmern mit seinem Taschenmesser gestochen zu haben. Seine Ueberlegung ist ihm ja nicht geblieben.

Auch die beteiligten Zeugen des Kolonial-Jugendbundes konnten nichts wesentlich anderes aussagen. Sie selbst haben im Gegensatz zu dem Angeklagten Grüber niemand von den Angeklagten kannt, obwohl sie ja in unmittelbarer Nähe waren. Es ist selbstverständlich an, die Angegriffenen gewesen zu sein. Sie sind aus Furcht vor einem Ueberfall durch die Kommunistische Jugend in diesem dunklen Wege verborgen gehalten haben, erst die Jugend vorbei zu lassen. Keiner von ihnen will im einer Schußwaffe gewesen sein. **Allerdings können sie nicht bestreiten, daß zumindest ein Schuß aus ihren Reihen gefallen.** Es soll sich hierbei aber um einen Knallkorb gehandelt haben, „versehentlich" zur Erde gefallen und durch einen Fußtritt zur Zündung gebracht sei. Aber diese Angaben widersprechen sich, denn verschiedene Zeugen geben zu, auch später noch einige Schüsse gehört zu haben. Einige der Angeklagten beschreiben die Waffe sogar ähnlich wie die eines scharf pfeifenden Pfeifchens. Zur Klärung in dieser ungemein wichtigen Frage war leider nicht zu gelangen.

Zwei der Mitglieder vom Kolonial-Jugendbund wurden bei diesem Zusammenstoß erheblich verletzt, so daß sie in ein Krankenhaus geschafft werden mußten. Da keiner von den Angeklagten der fraglichen Tage erkannt wurde, ist anzunehmen, daß der Angeklagte Grüber auch hier seine Hand im Spiele hat. Es ist auch aus dem Brief eines Angeklagten hervor, der vom Vorsitzenden verlesen wird. Hiernach hat Grüber eines Tages im „Kaiserhof" einem der beteiligten Jugendgenossen gesagt, er solle mal herausgehen, da ihn einige Genossen zu sprechen wünschten. Als der Angeklagte L. vor die Tür kam, wurde er plötzlich von zwei Kriminalbeamten verhaftet.

Bezeichnend ist auch, daß sich Staatsanwalt Parey nicht in seiner sonst gewohnten Weise auf diesen typischen Spitzel berief. Trotzdem forderte er selbstverständlich härteste Bestrafung. Zwei der Angeklagten wollte er mit **3 Jahren, beziehungsweise 2 Jahren 10 Monaten Zuchthaus** bestraft wissen. Außerdem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren. Für die übrigen Angeklagten beantragte er bis auf zwei, Gefängnisstrafen von 2 bis 3 Monaten.

Diesmal schloß sich das Gericht aber nicht so schnell dem Antrag des Staatsanwalts an und **verneinte die Schuldfrage auf Landfriedensbruch.** Die beiden hauptbeteiligten Jugendgenossen wurden zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten bzw. 1 Jahr 1 Woche, ein anderer zu 9 Monaten und ein vierter wegen botswidrigen Waffenbesitzes (man hatte ein altes Gewehr bei ihm gefunden) zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht und dem Angeklagten ein Bewährungsfrist von 3 Jahren zuerkannt. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Es soll anerkannt werden, daß das Gericht diesmal nicht skrupellos den Tatbestand des Landfriedensbruches bejahte, wie es gerade in der letzten Zeit sehr häufig erleben konnten, muß gesagt werden, daß die Strafe für die beiden hauptangeklagten, gemessen an den in der Beweisaufnahme zutage getretenen Tatsachen, zu hoch ist. Denn diese Jugendlichen, die verpflichtet fühlten, ihre noch jüngeren und schwächeren Genossen gegen übliche faschistische Angriffe zu schützen, haben zumindest putativer Notwehr gehandelt und waren demzufolge freizusprechen.

Oberstleutnant Duesterberg, der „Musiker", vor Gericht

Wenn sich zwei Brüder zanken!

Unseren Lesern wird noch in Erinnerung sein, daß zur Zeit des Stockverbots Oberstleutnant Duesterberg, der Stahlhelm-Häuptling, sich deswegen beim damaligen Reichsinnenminister Schiele beklagte, daß das Stockverbot gegenüber dem Stahlhelm zu Unrecht verhängt sei. Unter anderem führte Duesterberg in seinem Telegrammbrief, der durch die ganze reaktionäre Presse ging, folgendes aus: Daß der Stahlhelm sich besonders von dem Roten Frontkämpfer-Bund sowie dem Reichsbanner bedroht fühlte, und daß diese Verbände von Severing, Hörsing und seinem Freunde Grüner begünstigt würden. Er belegte das durch „zahlreiche Ueberfälle auf Stahlhelm-Mitglieder" und zählte „insgesamt fünf Todesfälle und 21 Schwerverletzte" auf, die als „harmlose Spaziergänger von roten Frontkämpfern überfallen, niedergestochen und niedergeschlagen" seien. Zum Schluß bemerkte er, daß, wenn die Reichsregierung nicht sofort eingreifen würde, die Toten und Verletzten auf das Schuldkonto von Hörsing und seinen Gönnern und Freunden Severing und Grüner kämen. Schuld sei übrigens auch die gewissenlose Hetze im „Klassenkampf" und im „Volksblatt"! Der Reichsinnenminister hatte das Telegramm unbeantwortet gelassen. Aber die Staatsanwaltschaft und Grüner als Nebenkläger strengten gegen den wahrheitsliebenden teutschen Mann ein Verfahren wegen Beleidigung und Verächtlichmachung von Regierungsbeamten an. Das Gericht verknackte Duesterberg zu 300 Mk. Geldstrafe, obwohl der Antrag des Staatsanwalts auf 600 Mk. lautete.

Nun hatten der Staatsanwalt, Duesterberg und auch Grüner Berufung gegen dieses Urteil eingelegt, das gestern zum Gegenstand einer Verhandlung wurde.

Eine solche Verhandlung wäre für die Proleten, vor allen Dingen für die Sozialdemokraten und Reichsbanner-Arbeiter, zu empfehlen gewesen. Duesterberg wirft Grüner vor, sich parteilich eingestellt zu haben. Grüner erwidert hierauf, daß er immer als echter Deutscher gehandelt habe. Das bewiesen zur Genüge seine Handlungen im besetzten Gebiete dem Feinde, den Franzosen, gegenüber, was seine Ausweisung zur Folge hatte. Als ihm Duesterberg an der Soldatenehre kitzelt, zeigte Grüner sein wahres Gesicht, indem er prahlte, er sei **auch Oberleutnant gewesen, und er finde es unerhört, von einem Kameraden als Renegat hingestellt zu werden.** Er habe seine Pflichten als Deutscher immer getan, aber Oberstleutnant Duesterberg habe durch seine Handlungsweise sein Vorteipee beschmutzt. Im übrigen wünschte er als Regierungspräsident, daß solche Leute künftig bestraft werden müßten „wegen der Autorität".

Auf Befragen des Vorsitzenden, Landgerichtsrat Thorwest, warum Duesterberg diese Beschuldigungen erhoben habe, erklärte dieser Häuptling, **er müsse auch mal „Musik" machen**, wie der „Klassenkampf" und das „Volksblatt" es täten. Vor allen Dingen hetze der „Klassenkampf" des öfteren, ja fast täglich gegen seine Person. (Größenwahn ist eine schöne Erfindung!) Um allem hätte Grüner ein Schreiben Duesterbergs an den Stahlhelm-Polizeipräsidenten der Presse übergeben. Wir lassen dieses Schreiben hier folgen:

Stahlhelm-Landesverband.
Halle-Merseburg,
Leipziger Straße 17.

Halle, den 12. September 1928.

J.-Nr. 1939.

An das Polizeipräsidium

Berlin.

Mit Rücksicht darauf, daß in nächster Zeit voraussichtlich Vertreter der Entente-Kommission in unserem Regierungsbezirk Halle-Merseburg größere Industrieanlagen besichtigen werden, bitte ich um möglichst baldige gefl. Uebersendung von Photobildern dieser Mitglieder in Uniform usw., damit wir in der Lage sind, bei der berechtigten Empörung jeglichen Ausschreitungen gegen diese Männer zu vorbeugen.

Hochachtungsvoll

Unterschrift.

Jeder unbefangene Leser wird aus diesem Schreiben erkennen, was Duesterberg bezwecken wollte. Wir erinnern nur an die Fememorde, die von den rechtsstehenden Organisationen begangen worden sind. Oder wollte Duesterberg aus „kameradschaftlichem Gefühl" heraus seine französischen Kameraden bei seinen Stahlhelmmitgliedern vorstellen?

Nachdem nun der hallische Polizeipräsident Nexle, ein Stahlhelmer und Grüner selbst als Zeugen vernommen worden sind und sich herausgestellt hatte, daß der „Musiker" Oberstleutnant Duesterberg sich in der Zahl der Totgeschlagenen und Verletzten verrechnet (!) hatte, wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Bemerkenswert wäre noch die Aussage des Regierungspräsidenten Grüner.

Er habe sich nach dem „Ueberfall der Frontkämpfer und Kommunisten im „Volkspark" am 13. März auf Pieper und Leute" veranlaßt gesehen, das Stockverbot einzuführen.

Das sagt der sozialdemokratische Präsident der Regierung in Merseburg, wo durch unparteiische Zeugenaussagen und Urteile festgestellt, daß Pietzker die Versammlungsteilnehmer provozierte und gemordet hat. Wir verstehen gar nicht, warum Duesterberg überhaupt Beschwerde eingelegt hat. Absicht war das bestimmt nicht, denn beide Kläger und Angeklagte sind Offiziere, Kameraden und beide vom reinsten Wasser der Reaktion.

Nach 1½stündiger Beratung gab das Gericht bekannt, daß dem Antrag des Staatsanwalts Dr. Maurer auf 600 Mk. Geldstrafe lautete, die Strafe beim alten Urteil von 300 Mk. Geldstrafe belassen. Die Kosten des Verfahrens für die Staatsanwaltschaft trägt die Staatskasse, die für Grüner er selbst und das Gericht Duesterberg, also in drei Teile.

Duesterberg ist offenbar als Sieger hervorgegangen. Durch die Berufung sogar Grüner einen Teil der Kosten aufbrummt. Und Prolet, zahle Deine Steuern weiter, damit die Staatskasse die Kosten für ihren Teil zahlen kann. Duesterberg kommt mit seinen 300 Mk. nicht herum und muß sie zahlen. Wenn er seinen Prozeß gerecht hätte — wo wir doch so tüchtige Musiker wie Grüner haben — hätte er seine 300 Mk. und kein Pfennig Porepee.

Junge Arbeiter, Lehrlinge, Fortbildungsschüler, auf zur Mai-Jugendkundgebung am Donnerstag, dem 29. April 1928, abends ½8 Uhr im „Volkspark" (kleiner Saal). KJVD., Rote Jungfront.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0006

An alle Ortsgruppen des Bezirks!

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß verhältnismäßig noch sehr viel Ortsgruppen mit der März-Abrechnung im Rückstand sind, fordern wir die säumigen Ortsgruppen auf, die Abrechnung für März sofort an die Bezirksleitung einzusenden. Die Vorsitzenden aller Ortsgruppen sind hiermit beauftragt, sofort mit dem Kassierer ihrer Ortsgruppe die Abrechnung zu machen und für die Absendung Sorge zu tragen.

Bezirksleitung KPD.
Abteilung Kasse.

An die Metallarbeiterschaft Halles!

Die Gewerkschaften Halles haben in einer kombinierten Sitzung der Kartelldelegierten und Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaften beschlossen, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fordert die gesamten Metallarbeiter-Kollegen auf, diesen Beschluß des Kartells restlos durchzuführen und am 1. Mai dem Betrieb fernzubleiben. Besonders in der jetzigen Situation der ungeheuren Wirtschaftskrise, die durch das Unternehmertum benutzt wird, um auf der ganzen Linie die Offensive gegen die Arbeiterklasse zu ergreifen, müssen unsere organisierten Kollegen und darüber hinaus die gesamte Metallarbeiterschaft einmütig den 1. Mai als Kampf- und Ruhetag der Arbeit betrachten.

Darum, Kollegen, sorgt dafür, daß am 1. Mai die gesamte Metallarbeiterschaft an der Demonstration der Gewerkschaften teilnimmt. Kein Kollege darf fehlen. Nur dadurch ist es möglich, den Unternehmern zu zeigen, daß die Arbeiterschaft den 1. Mai als Kampftag in Anspruch nimmt. Besonders fordern wir auch die erwerbslosen Kollegen auf, sich restlos zu beteiligen. Die Maikarten sind erhältlich bei unseren Betriebsräten und Vertrauensleuten. Die erwerbslosen Kollegen erhalten die Maikarten gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausgehändigt.

Wir fordern unsere Kollegen auf, sich betriebsweise des Morgens in ihren Betrieben zu sammeln, von dort nach dem allgemeinen Sammelplatz unserer Organisation, dem Paradeplatz, zu marschieren. Von dort geht es geschlossen nach dem „Volkspark", wo sich alle Organisationen zur gemeinsamen Demonstration durch die Stadt sammeln.

Wir machen darauf aufmerksam, daß um 9 Uhr der Abmarsch vom Paradeplatz nach dem „Volkspark" erfolgt.

Wir erwarten, daß die Kollegen dem Beschluß des Ortsausschusses restlos durchführen und auch die sonstigen Anweisungen genau beachten.

Mit kollegialem Gruß! **Die Ortsverwaltung des DMV.**

Arbeitereltern!

Hiermit entschuldige ich meinen Sohn (Tochter) . . . . . Wohnung . . . . . für Sonnabend, den 1. Mai 1926, da der(die)selbe an der Maifundgebung sich beteiligt!

Arbeiter, dies genügt, um Eure Kinder am 1. Mai nicht zur Schule zu schicken. Kein Kind eines Kommunisten oder Gewerkschafters darf am 1. Mai zur Schule gehen.

Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege

Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Halle (S.) mitteilt, ist das neue Anerkennungsverfahren gegenüber den Jugendpflegevereinen noch nicht durchgeführt. Die Gültigkeitsdauer der für das Kalenderjahr 1925 und der für einen Teil des Kalenderjahres 1926 von der Eisenbahnverwaltung ausgestellten Bescheinigungen (gelbe Karten) wird deshalb weiter bis zur unbestimmten Zeit verlängert. Bescheinigungen werden bis zur Verlegung gegen Gebühr von 1 Mark noch von der Eisenbahnverwaltung ausgestellt.

Beleidigte Streikbrecher

Die Arbeiter Ernestie, Schwetzig, Fritz und Meißner waren im vorigen Jahre während eines Streikes auf der Saline in Stassfurt als Streikbrecher tätig. Als sie eines Tages von der Arbeit kamen, wurden sie auf dem Nachhausewege von streikenden Arbeitern entdeckt. Der Arbeiter Spieß ging auf sie zu und versuchte ihnen das Verwerfliche ihrer Handlungsweise klar zu machen. Hinter Spieß kamen noch mehrere Arbeiter hinzu, unter diesen befand sich auch der Genosse Schmöller, der von ihnen kam. Als Spieß von den Streikbrechern auf seine durchaus sachlichen Ermahnungen, hauptsächlich von Ernestie, nur provozierende Redensarten zur Antwort erhielt, fielen aus den Reihen der nachfolgenden Arbeiter die Worte „Lumpen, Streikbrecher, Ihr müßt ausgeklingelt werden" usw. Die vier Streikbrecher stellten deshalb gegen Spieß und den Genossen Schmöller Strafantrag wegen Beleidigung. In einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Merseburg wurde Spieß freigesprochen, während der Genosse Schmöller zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt wurde. Schmöller hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, weil er keine beleidigenden Worte gesagt hat, und so kam diese Angelegenheit zur Verhandlung vor dem Berufungsgericht in Halle.

Die als Zeugen auftretenden vier Streikbrecher machten auch in der gestrigen Verhandlung so widerspruchsvolle Angaben, daß sich auch diesmal der Staatsanwalt genötigt sah, Freispruch des Angeklagten zu beantragen. Die ganze Verhandlungsführung ließ aber erkennen, daß sich das Gericht diesem Antrag nicht anschließen werde. Trotzdem der Genosse Schmöller hinreichend auf die Widersprüche der Belastungszeugen und damit auch auf ihre Unglaubwürdigkeit hinwies, wurde die Berufung verworfen und das Urteil des Amtsgerichts Merseburg als „zu Recht bestehend" bestätigt.

Natürlich werden durch dieses Urteil die vier Streikbrecher in keiner Weise rehabilitiert. Ein Mensch, der seinen streikenden Arbeitsgenossen in den Rücken fällt, muß es sich gefallen lassen, wenn er als Streikbrecher auch danach behandelt wird. Daß Streikbrecher von einem bürgerlichen Gericht geschützt werden, ist selbstverständlich. Es ist bekannt, daß sich die deutsche Justiz auch vor moralische Lumpen schützend stellt, wenn dies im Interesse der Besitzenden liegt.

In Ammendorf wurden innerhalb acht Tagen 70 neue Mitglieder für die Rote Hilfe geworben. Dieser Erfolg zeigt uns, daß es möglich ist, der Roten Hilfe Tausende von Arbeitern im Bezirke zuzuführen, wenn unsere Mitglieder und Funktionäre ihre Kraft dafür einsetzen und aktiv für unsere Organisation werben.

Hinein in die Rote Hilfe! Das muß gerade jetzt, wo der neue Kampf für die Vollamnestie beginnt, die Losung für jeden revolutionären Arbeiter sein.

Roter Tag in Zscherben

Sammelt Euch unter der roten Fahne der Revolution! Diese Mahnung war der Zweck des Untergauttreffens der roten Frontkämpfer von Halle und dem Saalkreis am Sonntag in Zscherben. Um 10 Uhr vormittags zogen die Ortsgruppen in einer Stärke von über 1200 Mann, von Nietleben kommend, in Zscherben ein. Die Arbeiterschaft von Zscherben war stark beim Empfang vertreten. Um 11 Uhr setzte sich ein Demonstrationszug, wie ihn Zscherben noch nie gesehen hatte, in Bewegung. Das Ziel war der Gemeindesportplatz. 2000 Personen waren an der Kundgebung beteiligt. Die Arbeitergesangvereine Schletau und Zscherben eröffneten die Kundgebung mit einem Lied. Darauf hielt der Vorsitzende des RFB. von Zscherben eine kurze Begrüßungsansprache und erteilte dem Gauleiter Kameraden Richter das Wort. Nachdem Kamerad Richter eine große politische Rede hielt, übergab er im Namen der Gauleitung Halle-Merseburg der Ortsgruppe Zscherben eine Fahne. Die Zscherbener Kameraden gelobten, dieses rote Banner der Revolution bei allen Kämpfen voranzutragen und nicht eher zu ruhen, bis alle Arbeiter sich der roten Front angeschlossen haben. Nach der Fahnenweihe wurde das Kampflied „Lorb Folesjon" vorgetragen, dann hielt ein Genosse aus China, von stürmischem Beifall empfangen, eine längere Rede. Darauf nahm ein Vertreter der Bundesleitung des RFB. aus Berlin das Wort und überbrachte die Grüße der Bundesleitung. Er wünschte der Ortsgruppe Zscherben einen guten Aufstieg. Nachdem die Kundgebung beendet war, ging es wieder zum Lokal Bolze. Nach kurzer Rast nahmen die Ortsgruppe Halle und mehrere Ortsgruppen des Saalkreises Abschied von Zscherben.

Auch die Abendveranstaltung war überfüllt.

Zu bemerken ist noch, daß der Wirt Steinkopf, welcher das größte Lokal am Orte besitzt, seine Räume uns für diesen Tag nicht zur Verfügung gestellt hat. Aber auch diese Sabotage hat nichts genützt. Es waren doch 25 Tische und 150 Stühle zur Verfügung. Aber der Pfaffe hatte große Angst vor den roten Frontkämpfern. Während er sonst mit seinem Kittel von der Wohnung nach der Kirche (200 Meter) geht, ging er diesmal im Straßenanzug nach der Kirche und hatte den Kittel in einer Aktentasche unterm Arm. Der Einmarsch der Frontkämpfer fand während der Kirche statt. Die erschienenen vier Landjäger hatten einen leichten Dienst, keine Gelegenheit bot sich zum Eingreifen, denn es ist gleich zu bemerken, daß sich die Landjäger diesmal vorsichtig bewegt und das Festlokal gar nicht betreten haben.

Der Aufmarsch war in Zscherben sehr notwendig. Selbst Bürgerliche gaben die Disziplin der Roten Frontkämpfer-Bundes zu. Wir glauben, daß dieser Tag auch Früchte tragen wird, und die indifferenten Arbeiter aus ihrer Lauheit erwachen werden, um sich der roten Front anzuschließen. Zscherben war in den Jahren nach 1918 immer eine kommunistische Hochburg und wird es auch wieder werden!

Hallische Tageschronik

Bekanntmachung

Der hiesige Magistrat beabsichtigt, zwischen Ludwig-Wucherer-Straße und Bernburger Straße doppelspurige Straßenbahngleisverbindungen einzubauen. Einsprüche gegen den Plan, der vom 1. bis einschließlich 14. Mai d. J. während der Dienststunden im Polizeipräsidium, Dreyhaupstraße 4, Zimmer 94, zu jedermanns Einsicht offenliegt, können von den Beteiligten im Umfang ihres Interesses während dieser Zeit beim Polizeipräsidium schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

Saale-Personendampferfahrten

finden jetzt wieder fast täglich statt. Der große Personendampfer „Herta-Frieda" und Motorboot „Brunhild" fahren ab Einsteigestelle oberhalb der Peißnitzbrücke, gegenüber Ruderklub Neptun, jeden Sonntag früh 8½ Uhr und mittags 2½ Uhr mit Musik nach Neu-Ragoczy und Wettin, sowie 9½ Uhr und mittags 3½ Uhr nach Neu-Ragoczy. Vom 1. Mai an finden tägliche Fahrten, 2½ Uhr nach Neu-Ragoczy, Wettin und Mittwochs und Sonnabends früh 9½ Uhr mit Musik nach Neu-Ragoczy, Wettin, Rothenburg statt. Vereins- und Schulfahrten werden angenommen am Dampfer und bei A. Schräpler, Hardenbergstraße 1. (Siehe die heutige Anzeige.)

* **Erwerbslose des Saalkreises.** Am Donnerstag, dem 29. April, vormittags 9 Uhr, findet im „Volkspark" in Halle eine Konferenz der Erwerbslosenräte für den Saalkreis statt. Wir ersuchen die Erwerbslosenräte mindestens einen Vertreter zu entsenden. Kreiserwerbslosenrat.

* **Steinarbeiterverband.** Laut Versammlungsbeschluß: am 1. Mai allgemeine Arbeitsruhe. Alle Mitglieder versammeln sich früh 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Die Ortsverwaltung.

* **Reichsversicherung für Angestellte, Ortsausschuß Halle.** Die Geschäftsstelle des Ortsausschusses befindet sich nach wie vor bei Herrn Johannes Herrmann, Landsberger Straße 51 III, wo Anträge wegen Alters-Ruhegeld, Ruhegeld wegen Berufsunfähigkeit, Heilverfahren usw. für Versicherte der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gestellt werden müssen. Auch werden dort Auskünfte in allen, die Versicherung betreffenden Fragen gegeben. Sprechzeit: Sonnabends von 2½ bis 4 Uhr nachmittags; in dringenden Fällen auch außer der Zeit.

* **Proletarische Tribüne.** Sämtliche Mitglieder der Bühne und der Musikabteilung müssen sich heute pünktlich ½8 Uhr im „Volkspark" zur gemeinsamen Probe für die Maifeier einfinden. Musikinstrumente sind mitzubringen.

Ammendorf

Die Elternbeiratswahl der Schule 2 steht vor der Tür. Donnerstag, den 29. April, abends 8 Uhr, findet eine Versammlung für die Eltern der Mittelschulen statt, Freitag, den 30. April, eine solche für die Eltern der Volksschulkinder. Beide Versammlungen werden in der Aula der Schule 2, Radewell, abgehalten, und da es bereits die zweite Versammlung ist, wird der Wahlausschuß, welcher die Vorbereitung zur Durchführung der Elternbeiratswahl zu treffen hat, gewählt. Wir fordern alle Eltern, welche ein Interesse daran haben, über das Wohl und Wehe ihrer Kinder auch in der Schule zu wachen, auf, diese Versammlungen zu besuchen. — Die Versammlung für die Schule 1, Ammendorf, findet am Freitag, dem 30. April, abends 8 Uhr, in Schule 1 statt. Auch hier trifft für die Eltern, welche noch Kinder in die Schule zu schicken haben, dasselbe zu wie oben.

Seeben

Maifeier! Das Ortskartell Seeben, dem alle proletarischen Organisationen angeschlossen sind, ruft zur allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai auf. Die Durchführung der Maifeier findet wie folgt statt: Vormittags eine Stunde vor Antreten in Halle, Abmarsch von Gasthof Glaser zur Beteiligung an der Demonstration in Halle. Abends 7 Uhr Antreten im Gasthof Glaser zum Demonstrationsumzug in Seeben. Nachdem bei Glaser Maifeier unter Mitwirkung sämtlicher Vereine. **Ortskartell Seeben.**

Wirinea

Roman von Lydia Seifullina

VI

Schon das dritte Jahr wird die hiesige Steppe vermessen. Das vierte Jahr bereits werden die Berge durch Sprengungen aufgerissen. Es wird Erde, Sand, Holz, Eisen angefahren. Es wird gegraben, aufgeschüttet, an der Eisenbahn herumgezaubert. Erst im Jahre zwanzig wird man vielleicht auf dieser Bahn fahren können. Die Herrschaften, die die Bahn bauen, fühlen sich hier vor dem Kriege geborgen. Wie es scheint, beeilen sie sich nicht mit dem Bahnbau. Vorläufig haben sie nur für die Ingenieure allerhand Wohngebäude errichtet. Für das arme Arbeitervolk aus der Zahl der Flüchtlinge haben sie trifte, schlecht zusammengezimmerte Baracken und Erdhütten gebaut. Für ihre Schreiber und Rechner aber haben sie in allen Dörfern gute Häuser als Kanzleien aufgekauft. Matwej Fedot sagt nicht umsonst ärgerlich, daß die ganze Sache darauf angelegt sei, den Bauern zu betrügen. Anfangs war mit dem Bau zufrieden. Die Bauern verlangten von dem beim Bahnschlichtigten unerhörte Preise und verdienten gut. Und nicht allein Matwej freute sich damals. Jetzt aber begann nicht nur er, der nur mit einem Arm aus dem Kriege zurückgekehrt war, und darum mißgestimmt und für alles Schlimme empfindlich war, sondern auch die andern soldierten Alten und Jungen zu seufzen. Das Geld der Ingenieure — alle Bauleute, die mehr waren als die Aufseher, gulten in der Umgegend als Ingenieure — bereitete ihnen keine Freude. Schlechtes Geld geht auch einen schlechten Weg.

Verlassenes Städtervolk richtete an den Bahnabschnitten Teehütten ein, mit Grammophonen, mit Apfelmost in Tzekannen, mit deutsch gepfefferten Gerichten, die für den Bauern neu und verwirrend waren. Bei diesen Speisen und herausfordernden Getränken mußte es ihn nach ebenso gepfefferten Weibern. Aus verschiedenen Gegenden versammelten sich in diesen Teestuben liederliche Frauenzimmer. Das Geld war aus einer schlechten Quelle — und ging es einen wieder zum Schlechten hin.

Selbst ältere, gesetzte Bauern ergaben sich dem Trunke. Sie waren sich von der städtischen Bildung verlocken. Von den liederlichen Frauenzimmern aber und von den Herrschaften, die die Bahn bauten, verbreitete sich merklich in der Umgegend die Seuche. In Kriege waren die Weiber weil ihre Männer fort waren, mannsgeworden. Die Mädchen fanden keine Bräutigame. Sie waren bereits in den Jahren, da das Fleisch sein Recht verlangt. Die Leute vom Bau versuchten sie durch Verheißung besonderer Genüsse, durch Geschenke und durch herausfordernde, städtische Unverschämtheit zu verlocken. Und so vertauschte das Bauernweib nicht nur seine Tracht gegen die kurze, anliegende Städterkleidung, sondern auch sein Gewissen. Es wurde ausschweifend und nachgiebig im Sündigen mit fremden Männern. Die Ingenieure ließen sich von ihren Aerzten kurieren. Die Bauernleute aber haben keine Zeit, sich damit zu befassen, solange sie nicht bettlägerig werden. Die Bauernwirtschaft erlaubt es ihnen nicht, sich vom Acker zu trennen und ins Krankenhaus zu fahren. Und so verfaulen die Bauern bis auf die Knochen. Wenn man sie zählen würde, so würde man sehen, daß ihrer viele krank sind. Auch kommen zuweilen verseuchte Soldaten aus der Stadt. Das Bauernvolk flieht vom Kriege und vom Bahnbau hin, außerdem auch noch von der Ausschweifung und Unruhe. In anderen Gegenden hat man die Bauern ganz entwurzelt. Man hat sie ganz von ihrem Bauernhandwerk losgerissen. Nicht umsonst hatte Magara bei seiner Vision Luxuswerke gesehen. Fremdes, blaßgesichtiges, ungefundes, schwerfüßiges Volk aus fernen Gouvernements war hierher geflüchtet.

Wenn es auch im Vergleich zu den Einheimischen ein kümmerliches Volk war, so hatte es doch zu Hause seinen Acker bestellt und war erwerbstätig gewesen. Jetzt aber plagte es sich mit ungewohnter Arbeit, hauste in elenden Winkeln bei den hiesigen Bauern, in Baracken und Erdhütten und ernährte sich kümmerlich von Wasser und Brot. Der Bahnbau gewährte ihnen einen schlechten Unterhalt. Der Krieg hatte sie ins Unglück getrieben, der Bahnbau schadete ihnen. Darum war das Verhältnis der Dorfbewohner, die das Bauernelend kennen, das gleiche, sowohl zum Bahnbau als auch zum Kriege: wenn beide nur recht schnell ein Ende nehmen möchten. Und zu den Ingenieuren, den Leitern des Bahnbaues, verhielten sie sich mit feindseligem Mißtrauen.

Darum hatte auch Wirka einen Widerwillen gegen den schwarzhaarigen, stattlichen Herrn. Er war ihnen, den Bauern, fremd und schädlich. Sein gesundes Begehren wirkte jedoch auf Wirka anziehend. Das Bauernweib, das keine Kinder zur Welt bringt, ist voller Unruhe. Schon zweimal hatte sie geträumt, daß sie in seinen glühenden Liebesumarmungen läge. In den Nächten dachte sie stets an ihn zurück, des Tags aber war sie über die geheimen nächtlichen Gedanken ärgerlich. Sie begann eine Abneigung gegen den Ingenieur zu fühlen. Als sie zum Wasserholen hinausgegangen war und ihn in der Nähe des Dampfbades erblickt hatte, sagte sie darum rauh zu ihm:

„Drück' Dich nicht hier herum, gnädiger Herr, das gehört sich nicht für einen Mann, Du müßtest Dich sogar schämen. Was hast Du hier zu suchen?"

Er streifte mit aufladernden Augen ihren aus dem ausgeschnittenen Hemd mit den kurzen Aermeln herausblickenden schönen Hals von seltener Weiße, die oberhalb der starken Handwurzeln ebenso weißen, schlanken Arme und ihre nackten, unter dem kurzen Unterrock sichtbaren mageren Beine. Dann sagte er mit gedämpfter, aber leidenschaftlicher Stimme:

„Ich habe den Tag, da Du bei mir waschen würdest, wie einen Feiertag erwartet. Ich liebe Dich, Wirinea, ich trage Begierde nach Dir. Höre einmal . . ."

Und er streckte gierig die Hände nach ihr aus und trat näher an sie heran. Mit einem zornigen und schroffen Schrei stieß sie ihn zurück:

„Na? Belästige mich nicht!"

Und sie schritt dicht an ihm vorüber, stolz aufgerichtet und streng, in das Dampfbad. Von der Türe aus sagte sie:

„Laß mich in Frieden! Wenn Du einen Schritt näher trittst, verbrühe ich Dich. Sucht Dir andere Mädchen zum Schlafen aus, die besser mit sich reden lassen. Ich brauche Dich nicht!"

Und sie schlug die Tür fest zu. Als er mit schwankenden, plötzlich wie geschwächten Füßen fortging, begegnete er ihm Hofe zwei Weibern, die im Haushalt beschäftigt waren. Aus ihren Augen und den zusammengepreßten Lippen erkah er, daß sie ihn gesehen und sein ganzes Gespräch mit Wirinea mit angehört hatten. Brennende Röte bedeckte seine Wangen. Mit ärgerlicher Stimme fuhr er sie an:

„Wo ist Pjotr? Ich brauche mein Pferd."

Und er ritt auf den Bau und blieb die Nacht über fort. Das Geld für die Wäsche ließ er Wirinea durch seine Hauswirtin geben.

Zu Ostern aber, als er, vom Most berauscht, auf der Straße umherschlenderte, begegnete er zufällig Wirinea. Er wollte an ihr vorübergehen, aber sie sprach ihn selbst an:

„Warum siehst Du an mir vorbei und grüßt mich nicht? Zuerst hast Du mich gar zu sehr belästigt, jetzt aber bist Du gleich ganz spröde! Komm', schöner Herr, geh' mit mir spazieren!"

Er blickte sie an und blieb stehen. Sie hatte ein helles Baumwollkleid von städtischem Zuschnitt an, war vergnügt und frisch, wie eine Pfingstbirke. Ihre Augen aber blickten drein, als wären sie von einem Rausch benebelt. Ihr Gesicht war gerötet, glühend, sündig, und ihre Stimme trunken.

„Wirinea . . . Wira!"

„Nun, komm' doch, laß uns über das junge, grüne Gras in die Steppe wandern und uns auf den Hügeln ausruhen. Heute hatte ich große Sehnsucht, Dir zu begegnen, und wie ich es mir gewünscht habe, so ist es auch geschehen! . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Turner und Sportler, heraus zum 1. Mai!

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes schickte uns nachstehenden Maiaufruf zu:

„Der 1. Mai ist seit Jahrzehnten der Weltfeiertag der arbeitenden Völker. Uns Arbeiter-Turnern und -Sportlern, die wir neben der Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft der vierte Eckpfeiler der Arbeiterbewegung sind, gebührt die Pflicht, an diesem Tage für die Forderungen der Arbeiterklasse restlos einzutreten.

Was sind ihre hauptsächlichen Forderungen, für die sie am 1. Mai demonstrieren? Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Arbeitstages; Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren; ausreichenden Lohn und geordnete Urlaubsverhältnisse, sowie Taten, die beweisen, daß dem herrschenden Wohnungselend ein Ende gemacht wird.

Warum müssen wir uns diesen Forderungen anschließen? Die Ausmergelung der menschlichen Körper durch eine Berufstätigkeit von mehr als täglich acht Stunden und die Ueberanstrengung durch Nachtarbeit bedingen, daß weder Zeit noch Geist vorhanden sein kann, sich nach der Arbeitszeit der Pflege des Körpers durch sportliche und turnerische Betätigung zu widmen. Ungenügende Entlohnung läßt es nicht zu, die zur Erhaltung des Körpers unbedingt notwendigen Nahrungsmittel zu erwerben. Siechtum muß die Folge sein. Da, wo unsere Arbeitsbrüder und -schwestern in elenden dumpfen Hütten und Löchern hausen, aus denen die schlimmsten Krankheiten und namenloses Elend hervorgeht, muß der Kern unserer Arbeiterbewegung rettungslos zugrunde gehen.

Wir aber wollen eine Arbeiterklasse helfen heranbilden, die stark an Körper und Geist ist, die Forderungen auf das Recht auf menschenwürdiges Dasein zu vertreten. Darum laßt am 1. Mai die turn- und sportliche Betätigung und alle anderen Dinge hintenanstehen und tut als Arbeiter-Turner und -Sportler Eure Pflicht, indem Ihr mit allen anderen Klassengenossen und -genossinnen für die Bestrebungen der Arbeiterschaft demonstriert."

Der Aufruf des Arbeiter-Turn- und-Sportbundes läßt vermissen, daß zur Arbeitsruhe, zur gemeinsamen Kundgebung der Arbeiterklasse aufgefordert wird. Auch fehlt angesichts der imperialistischen Intrigen gegen Sowjet-Rußland, der imperialistischen Feldzüge der Kolonialvölker die vom Pariser Kongreß der LSI. ausgegebene Losung „Krieg dem Kriege".

Es muß Aufgabe der Arbeiter-Sportler sein, wegen der hohen Bedeutung des Achtstundentages für die sportliche Betätigung der Arbeiterklasse zu großen machtvollen geschlossenen Kundgebungen beizutragen und für die Klassenziele des Proletariats zu demonstrieren.

Delegation zum Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes in Hamburg 1926

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes gibt bekannt, daß der Bundestag im Juli d. J. in Hamburg zusammentritt. Gegen 150 Delegierte im Jahre 1924 (Kasseler Bundestag) werden sich dieses Jahr 200 zusammenfinden. Auf die einzelnen Sparten verteilt, entfallen auf Turner 121 (1924: 95), Turnerinnen 25 (16), Fußballer 33 (20), Wassersportler 17 (15), Wassersportlerinnen 4 (1). Eine besondere Entwicklung haben in den verflossenen zwei Jahren die Fußballer und weiblichen Mitglieder zu verzeichnen. Sachsen, das Herz der deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, erhält auf Grund seiner Mitgliederzahl ein Viertel der gesamten Delegierten. 40 männliche und 8 weibliche Delegierte werden auf dem Bundestag den sächsischen Kreis vertreten.

Bundestag der österreichischen Arbeiter-Athleten

Der 4. Bundestag der österreichischen Arbeiter-Athleten ließ eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung erkennen. Die Zahl der angeschlossenen Vereine beträgt 133, die Zahl der ausübenden Mitglieder 2 915. Zählt man die Zöglinge, Schüler und unterstützenden Mitglieder hinzu, erhöht sich die Mitgliederzahl auf 10 000. Von seiten der deutschen Arbeiter-Athleten war Genosse Schütze auf dem Kongreß zugegen.

Wo verbringe ich meine Ferien?

Hunderttausende, vielleicht Millionen von Arbeitern und Angestellten werden dieses Jahr auf eine Reise verzichten müssen, weil sie seit Monaten zum unfreiwilligen Feiern gezwungen sind. Wir wollen denen, die nicht wie die Reichen in die luxuriösen Bäder reisen können, einige Fingerzeige geben. Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde", Jena, Marienstraße 2, unterhält das ganze Jahr eine Anzahl solcher Heime in herrlicher Lage, die gesundmachend und praktisch eingerichtet und neben diesen Vorzügen auch noch äußerst preiswert sind. Genossenschaftsmitglieder zahlen pro Tag und Bett 0,80 bis 1 Mark, Kinder bis 17 Jahre die Hälfte, Mitglieder der freien Gewerkschaften gegen Vorlegung des Verbandsbuches 1 bis 1,20 Mark pro Bett und Tag, Fremde 1,20 und 1,50 Mark. Bettwäsche ist mitzubringen, sonst pro Woche Leihgebühr 1 Mark. Die Beköstigung kann im Heim bezogen werden, auch wird auf Wunsch volle Pension gewährt. Brot, Butter, Käse, Wurst, Getränke usw. sind im Heim erhältlich. Wer besonders billig leben will, kann sich in der Gemeinschaftsküche Speisen und Getränke selbst herstellen. (Für Benutzung pro Tag 20 Pf.) In jedem Heim ist ein Lesezimmer und Aufenthaltsraum. Jedermann, der das Statut anerkennt, kann Mitglied der Genossenschaft werden und hat besondere Vorteile. Das Beitrittsgeld beträgt 1 Mark, der Mitgliederanteil 10 Mark, der aber in Raten von 50 Pf. eingezahlt werden kann. Wer das Heim als Mitglied in Anspruch nimmt, muß mindestens die Hälfte des Anteils entrichtet haben.

Die Genossenschaft besitzt folgende Ferienheime:

1. **Stutenhaus am Ablerberg** (Thüringer Wald), 780 Meter Seehöhe, herrlicher Wald, Aussflüge nach Oberhof, Schmücke, Suhl, Possertal. Große Wiese für Kinder. Eigene Quellwasserleitung. Bahnstation Suhl oder Schmiedefeld (Kreis Schleusingen).
2. **Genossenschaftsferienheim in Friedrichroda,** 450 Meter Seehöhe. Herrliche Ausflüge nach Spießberg, Heuberg, Kühles Tal usw. Inselberg. Bahnstation Friedrichroda.
3. **Eisenhammer, Dübener Heide.** Großer Teich für Badegelegenheit, bequeme Waldwege. Bahnstation Söllichau oder Düben der Bahnlinie Wittenberg-Eilenburg.
4. **Steigerhaus bei Saalfeld/Saale.** Eine halbe Stunde von der Stadt entfernt. Herrliche Wälder. Ausflüge nach dem Schwarzatal, Schwarzburg, dem oberen Saaletal, Leutenberg usw. Bahnstation Saalfeld.
5. **Muldenhaus in Rautenkranz im Vogtland.** 650 Meter Seehöhe. Riesige Waldungen des Erzgebirges und Vogtlandes. Idyllische Lage. Bahnstation Rautenkranz der Bahnlinie Chemnitz—Adorf.

Daneben unterhält die Genossenschaft noch mehrere Wanderheime, wie das „Stehshaus" bei Kahla/Thüringen, das „Finsterbacher Pirschhaus" bei Tambach-Dietharz, das „Spannerhaus" bei Altenburg/Thüringen, der „Auerhahn" bei Ruhla/Thüringen und das „Heideheim" bei Neugraben (Lüneburger Heide). Sie sind alle sehr schön gelegen und die Thüringer Ferien- und Wanderheime bieten für denjenigen, der den Thüringer Wald in seinen Ferien durchwandern will, jägliche Unterkunftsmöglichkeiten.

Behalb, wer es irgendwie ermöglichen kann, fahre hinaus in die „weite Welt", denn der Urlaub erreicht durch zweckerfüllende Ausnutzung erst seinen richtigen Wert für Körper und Geist.

Die Geschäftsstelle der Genossenschaft in Jena, Marienstraße 2, ist zu jeder weiteren Auskunft gern bereit. (Anfragen Rückporto beifügen.)

An alle Mandolinen- und Gitarre-Spieler und -Vereine.

Der Bezirk Halle des Deutschen Arbeiter-Mandolinistenbundes veranstaltet am 9. Mai in Hohenmölsen, „Preußischer Hof", seine 2. Bezirkstagung, verbunden mit Bezirkskonzert.

Es ergeht hiermit an alle Mandolinen- und Gitarre-Spieler bzw. -Vereine die Bitte, zwecks Orientierung über unseren Bund und unsere Bestrebungen, zu dieser Tagung zu erscheinen oder Delegierte zu entsenden. Die Tagung findet am 9. Mai, vormittags 9½ Uhr, im Gasthaus „Preußischer Hof", Begauer Straße, statt mit folgender Tagesordnung: 1. Protokollverlesen, Ein- und Ausgänge. 2. Anmeldung. 3. Bericht von der Bundestagung. 4. Konzertfrage. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

Fußball

Serienspiele am 2. Mai.

4 Uhr Bruckdorf 1. — Viktoria 1. (Wege, Wörmlitz); 4 Uhr Zörbig 1. gegen Sportfreunde 1. (Schubert, Trotha); 4 Uhr Minerva 5. — Kosania 1. (Gnerlich, Teiche); 3 Uhr Radewell 2. — ASC. 2. (Minerva); 3 Uhr Teutonia 2. gegen Dölau 2. (Lettin, Lettiner Platz); 4½ Uhr Trotha 2. — Reinsdorf 1. (Krollwitz); 4 Uhr Brachstedt 1. — Viktoria 2. (Teiche); 4 Uhr Sportfuß 2. — Kosania 2. (Trotha); 4½ Uhr Minerva 2. — Bruckdorf 2. (Giebichenstein); Diemitz und Zörbig 2. sind spielfrei.

4 Uhr Passendorf 1.* — Gröbers 2.* (Viktoria); 4½ Uhr Giebichenstein 2.* gegen Lettin 2.* (ASC.); Teiche, Fichte und Kröllwitz 2. sind spielfrei.

4½ Uhr Radewell 3.* — Brachstedt 2.* (Bruckdorf); 4½ Uhr Trotha Jugend* gegen Fichte Jugend (Lettin); 10 Uhr ASC. Jugend — Giebichenstein Jugend* (Passendorf); 11 Uhr Diemitz Jugend — Sportfuß Jugend (Teutonia); 11 Uhr Radewell Jugend* — Wörmlitz Jugend (Gröbers); 11 Uhr Bruckdorf Jugend gegen Kosania Jugend (Diemitz).

Gesellschaftsspiele am 2. Mai.

5 Uhr Radewell 1.* — Sportfuß 1. (Hübler, ASC.); 4 Uhr Trotha 1.* gegen Giebichenstein 1.* (Schubert, Viktoria); 4½ Uhr Lettin 1.* — Teutonia 1.* (Stärmer, Sportbrüder); 4½ Uhr Lettin 3.* — ASC. 3. (Dölau).

Propagandaspiele am 30. April.

Am Freitagabend 6.15 Uhr findet auf dem Sandanger ein Propagandaspiel gegen

Viktoria 1. — Krollwitz 1.

statt. Schiedsrichter Brandt, Wörmlitz.

Die mit einem Stern (*) versehenen Spiele haben nicht stattgefunden, die betreffende Vereine disqualifiziert sind. Gegner erhält Punkte reg. werden die ausfallenden Spiele nicht wieder angesetzt. J. M.: Walter Kämpfer.

Passendorf wird mit 2 Mark Strafe belegt wegen Nichterscheinen zur gelabenen Sitzung am 26. April.

Dölau wird mit 10 Mark bestraft wegen Nichtantretens der Jugend am 11. April gegen Minerva Jugend; am 28. März gegen Viktoria Jugend.

An den Sonntagen 16. Mai, 6. Juni und 20. Juni 1926 Spielverbot für den ganzen Tag. Die Vereine werden aufmerksam gemacht, keine Spiele nach auswärts anzumachen.

Zum 16. Mai werden in den „Kreisverbänden" gelaben:

Wörmlitz, Minerva — Schiedsrichter Pätz, Viktoria;
Spielvereinigung Ammendorf 2. Giebichenstein 3. bzw. Schiedsrichter Beyer, Teiche;
Spielvereinigung Dölau 3. und Giebichenstein 2.;
Blemana, Trotha — Schiedsrichter Richter, Dölau;
Knapsch, Radewell — Schiedsrichter Kämpfer, Kröllwitz;
Wettin, Reinsdorf — Schiedsrichter Gebhardt, Reinsdorf;
Ilitsch, Kosania — Schiedsrichter Kämpfer, Kröllwitz;
Köhler, Kosania — Schiedsrichter Müller, Lettin;
Spielführer von Bruckdorf 1. — Schiedsrichter Kemig, Diemitz.

Achtung, Vereinsleiter!

Folgende Vereine sind disqualifiziert und können am Sonntag nicht spielen:
Wegen Nichtbezahlens der Schiedsrichterkosten: Ammendorf, Giebichenstein, Passendorf, VfB. Lettin, Bruckdorf, Gröbers, VfB. Trotha.
Wegen Nichtbezahlens der Konferenz: VfB. Lettin, Teutonia, Ammendorf, Reinsdorf, Passendorf.

Das Spiel Passendorf 1. — Fichte 2. wird neu angesetzt. Termin wird noch bekanntgegeben. Fr. Pabl.

Spielberichte vom Arbeiter-Turn- und Sportverein 1893 Weißenfels.

Am 24. und 25. April feierte 93 das 33. Stiftungsfest. Am Sonnabend, den 24. April, spielte 93 2. — Spielvereinigung Apolda 2. Resultat 4:3 für 93. Es war ein wahres Verbeißel für den Arbeitersport. Am andern Morgen spielte nochmals 93 2. — Neuen 2. 1:1 (1:0). Turnmann und Berteidiger bewahren Union vor einer Niederlage. 93 Jugend — Union Jugend 3:0 für 93. Ein anständiges, körperliches Spiel. 93 liegt verdient. 93 1. — Viktoria Halle 1. 3:4 (2:3). Gegen 11:8 Punkte 4:3 über gibt der Sportgenosse Kiette (Union) den Ball frei. Nach einer Viertelstunde fällt Nr. 1 für 93. Halle zapft darauf innerhalb 20 Minuten dreimal den Ball ins Tor. 93 schießt Nr. 2 Halle. Nach Halbzeit scharfes Spiel. 93 erzielt den Ausgleich. Kurz vor Schluß schießt Viktoria Nr. 4. Ein Oktan beeinträchtigte das Spiel sehr. Sonnabend, 1. Mai, spielt 93 1. gegen Union 1. 93 2. — Langendorf 1. Eisterte auf Weißenfeln, 2. in Langendorf.

Handball

Die Mitteldeutsche Handballmeisterschaft in Halle

Kaum sind einige Wochen seit dem großen internationalen Handballtreffen vergangen, da hat sich die hallische Arbeitersschaft bewiesen hat, daß auch die Arbeitersportveranstaltungen mit einem Massenbesuch aufwarten können, so steht Halle schon wieder vor neuen Ereignissen im Handballsport.

Am 16. Mai steigen im städtischen Stadion die Spiele um die Mitteldeutsche Handballmeisterschaft. Im Gegensatz zu den Spielen am zweiten Feiertag sind diese anders zu bewerten. Hier stehen sich die Kreismeister vom 2., 4., 5. und 13. Kreise gegenüber, und jeder wird versuchen, bei Aufbietung aller technischen und taktischen Feinheiten, den Titel „Mitteldeutscher Meister" mit nach Hause zu nehmen. Die Kreisspiele beginnen 8 Uhr vormittags und enden um 12 Uhr. Die Sieger dieser Spielen von nachmittags ½3 Uhr an die endgültige Meisterschaft aus. Es versteht sich von selbst, daß die Vormittagsspiele dieselbe Anziehungskraft haben werden, da es sich hierbei um erstklassige Mannschaften handelt. Der hallische Arbeitersport wird also wiederum seinen großen Tag haben, und es sollte niemand versäumen, sich die spannenden Kämpfe anzusehen. Die Eintrittspreise sind den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt. Ueber die Mannschaften selbst wird später berichtet, da die Kreismeister noch nicht alle feststehen.

*

Berbindlich! Am 9. Mai finden die verteilnarten Spiele der Städtemannschaften Leipzig — Halle in Leipzig statt.

Die Sportlermannschaft Halle fährt in folgender Aufstellung: Mühlmann 2 (Ammendorf), Voigt 2 (Wörmlitz), Meinhardt 2 (Sportfuß), Hinnig (Schwimmer), Schaaf, Mey (Wörmlitz), Lehmer, Schellenbeck, Fritz Böhme (Fichte), Dietrich (Sportfuß), Dietring (Schwimmer), Erlaß Mühlmann 1 (Ammendorf), Worch (Ciholla).

Die Sportlerinnenmannschaft führt wie folgt: Böhme (Kröllwitz), Deller (Giebichenstein), Grosser (Sportfuß), Kittig, Knothe (Fichte), Bieler (Giebichenstein), Bachmann (Schwimmer), Mey (ASC.), Stolze (Giebichenstein), Kehnert (Sportfuß), Neubauer (Fichte), Erfen Buch (Minerva), Wiesner (Minerva). Dringend beteiligte Abfagen bis spätestens Montag, den 3. Mai. Im übrigen wird auf die Bundes-Spielordnung verwiesen.

Die Disqualifikation von Fichte Halle, Achilles, Deller (Giebichenstein), Henze (ASC.), Meinhardt 2 (Sportfuß), Schanze (Fichte), Wiesner (Wörmlitz) ist aufgehoben. Wegen Nichtstellens von Schiedsrichtern sind folgende Vereine mit je 1 Mark bestraft: ASC. (am 2. April Ammendorf Jugend — Ciholla Minerva (am 11. April Lettin 1. — Wassersportverein Ammendorf 1). Wegen unentschuldigten Fehlens zur Schiedsrichterstrafung am 14. April folgende Gespielen ist je 0,50 Mark bestraft: Hennicke (Fichte Halle), Meinhardt (ASC.), Fuchs (Passendorf), Bott (Merseburg), Korn, Schäfer, Kein, Herold (Wörmlitz), Schubert (Fichte Halle), Geißler (Giebichenstein), (Sportfuß). Letzter Zahlungstermin 14 Tage nach der Veröffentlichung. Die Nichtleben hat an Richter Ammendorf 5,40 Mark Fahrgeld zu zahlen.

Die Geschäftsstunden finden nur noch Montags beim Genossen Paul Freitmüeler Straße 9, von 6 bis 9 Uhr statt. Sämtliche Zuschriften sind an denselben, oder Große Brunnenstraße 43.

Die Adresse des Börsenleiters ist R. Rehnert, Merseburger Straße 9 Sonnabend.

Dölau 1. Jugend ist ab 26. April disqualifiziert. Der Spielausschuß.

Turner

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe

Kinderturnwarte! Sonntag, den 2. Mai, vormittags 9 Uhr, in Halle (Volkspark") Vorturnerstunde für Kinderturnen. Genossen, es gilt, das Kreisfest einem würdigen zu gestalten. Darum erscheint restlos! Besonders die Vereine Lettin, Diemitz, Naundorf, Nietleben werden hierdurch eingeladen.

Willi Grube, Kinderwart.

2. Kreis, 6. Bezirk, 5. Gruppe

Sonntag, den 2. Mai, mittags 1 Uhr, findet im Gasthaus Ferl zu Dölau zweite Vorturnerstunde statt. Jeder Verein muß unbedingt vertreten sein. Es werden die Uebungen zur unteren Veranstaltungen getrennt. Anschließend findet eine wichtige Sitzung statt, zu der besonders der Vertreter des Friedrichsschmerz und Gutenberg geladen werden. Der Wichtigkeit halber sind jeder Verein zur Pflicht machen, vertreten zu sein. Auf, nach Dölau!

Der Gruppenwart.

2. Kreis, 6. Bezirk. Spielleiter!

Achtung! Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag, den 2. Mai, vormittags 9 Uhr, unsere Bezirksübungsstunde mit anschließender Sitzung in Nietleben „Zur Sonne" stattfindet. Wir machen es nochmals zur Pflicht, daß unbedingt Sonnabend, den 1. Mai, schon anwesend zu sein, da wir schon vormittags 6 Uhr, einen Meister veranstalten wollen. Quartiere sind vorhanden. Also nochmals, alles restlos dort erscheinen. J. M.: Paul Schmidt.

Schwerathletik

Kraft- und Ringsportklub „Eiche", Wittenberg

Vergangenen Sonntag fand hier der 2. Bezirkstag des 2. Bezirks in Form eines Kampfsportfestes statt. Sämtliche Vereine waren zur Stelle, lediglich fehlte entschuldigt. Der Bezirksvorstand war mit Ausnahme des Kassierers vertreten. Gerade die einzelnen Stellungen des technischen Leiters, wohl die wichtigste Person innerhalb des Bezirks ist, kann nicht genug gewürdigt werden. Das kann so nicht weitergehen. Wir wollen ein Spezialist, der pünktliche nicht vergessen. Als Gau wählte der technische Kreisleiter Genosse Paul Kretschmann, unter uns. Der Bezirksmeisterschaft wurde auf der 2. Bezirkstagung eingehend und in offen für alle Bundesmitglieder. Die offene Bezirksbeigeordnete wurde erledigt durch die Wahl des Sportgenossen Wittenberg, Glückenstraße 24, und sind alle Anfragen und Meldungen zu Meisterkreise usw. innerhalb des Bezirkes an ihn zu richten.

Der Sportsicherung in Spandau ist folgendes zu sagen 14. bis 19. Juni. Es handelt als Sporten Schwerathletik, Leichtathletik und Boxen. Anfrage ist bei neuen Meisterschaftsbestimmungen im Heben, Boxen und Ringen zur Durchführung Durchgeschnitten und folgendes werden. Kollege Kretschmann hat die Abschaffung eines Bezirksfunktionärs und hofft davon eine bessere Leistung innerhalb des Bezirks. In Vorschlag wurde der Sportgenosse Kretschmann gebracht. Jedenfalls wurde auf den Bezirkstage wieder praktische Arbeit gemacht, daß sich nun die Bezirksgruppen innerhalb des Bezirks freundschaftlich gestalten.

Nach Schluß der Tagung fand unter der Leitung des Kreisleiters die Kampfrichter im Ringen und Heben statt. Die machte sich zu Kampfrichter, die wir wohl hier im Bezirk die einzigen sind, die nach keine Kampfrichter. Die Prüfung fand wohl für alle Teilnehmer als gut bezeichnet werden. Sonntag, den 2. Mai, Schluß 7 Uhr.

Boxer

Boxklub International

veranstaltet am Sonntag, den 2. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Kolbsport" nationalen Boxwettkampf. Da gute Meldungen von anderen Leiten vorliegen, darf man auf hochinteressante Boxkämpfe aufgefaßt sein. Es kommen 8 Kämpfen auf die Kasbauer und übrigtes Boxen jedes einzelnen Boxers. Wenn die beiden Boxer, welche Aussicht auf den 1. Preis haben, wollen sich Kämpfe bestehen. Auf jeden 1. Sieger in sämtlichen Klassen fällt ein Preis. Wir wünschen an alle Arbeitersportvereine und Boxinteressenten den Kampf der Arbeiter-Boxsport! Es ist jedem möglich, diese Veranstaltung zu besuchen, die Eintrittspreise sehr niedrig gehalten sind.

Radfahrer

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Halle

Die erste Radball-Mannschaft der Ortsgruppe Halle war am Sonntag, den 24. April, nach Leipzig-Möckern zu einem Radball-Wettkampf gegen Chemnitz. Weiter im Zweier-Radball von Oesterreich zu einem Spiel zu verpflichten. Sieger von Chemnitz — Halle war ausersehen, gegen Oesterreich den Ausschlag. Der Saal das Ergebnis, der auf Grund dieser Kämpfe den letzten Platz belegt. Das Kunst- und Reigenfahren stand auf großer Höhe, die Radball-Kämpfe wurden mit großer Spannung erwartet. Der Chemnitz — Halle nimmt seinen Anfang. Chemnitz hat sich viel vorgenommen, Halle ist aber dem Spiel der Chemnitzer überlegen und gewinnt mit 1:0. Ende der sportlichen Darbietungen folgt der Endkampf Oesterreich — Halle. Es geht bestritt zuerst den Saal, freudig begrüßt von allen. Der Kampf um Oesterreich scharf durchgeführt, aber auch Halle hält seinen Mann. Es mag der Kampf, Halle führt mit 3:1. Immer greift Oesterreich wieder an. Nummer 2 fällt im Kasten von Halle. Es werden die Seiten gewechselt. Der Kampf beginnt neu. Ein gut eingeleiteter Angriff von Halle und Nummer 3 bei Oesterreich. Ein Schuß hin und her, und halb stehen sich Halle in Führung. Ein kurzer Durchbruch von Halle und das Spiel ist entschieden: mit 5:3 hat Halle gewonnen. Herzlich drücken sich die Spieler die Hände, ohne Groll in Gesinnung. Dem Wunsche, daß die Arbeiter-Sportbewegung auf der ganzen Welt ein Ganzes werden möge.

Tagung des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität", Gau 17

Der Gautag fand am 18. April in Halle („Volksport") statt. Nach Begrüßung durch den Gauleiter Bandermann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Diese lautete wie folgt: 1. Bericht des Kreisleiters. 2. Vortrag des Bundesvorsitzenden. 3. Anträge zum Bundestag. 4. Wahl der Zweigleiter. 5. Wahl des Gauleiters und Gaupressleiters. 6. Verschiedenes.

Nach kurzer Aussprache wird die Leitung dem Gauvorstand übertragen. Punkt 1 erhält der Genosse Bandermann das Wort. Er gibt einen Rückblick über die letzten vier Jahre. Den Rückgang führt er auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten zwei Jahre zurück. Es müsse durch intensive Arbeit der Genossen versucht werden, dies wieder wettzumachen. Der Gaulisport hat Fortschritt gehabt; 1927 Reigenfahrer seien im Gau vorhanden. Das Bundesfest, welches er nicht als Sport bezeichnet, sei extremsicherweise nicht so auf der Bahn. Er sprach dann über die Arbeit der Bezirke, gab einige Mißstände der Ortsgruppen bekannt und erläuterte, wie in Zukunft gearbeitet werden soll, um unten Gau wieder auf die Höhe zu bringen.

Den Kassenbericht gab der Genosse Hufenreuter. Die Einnahme betrug 5880,50 Mk., die Ausgabe 2095,20 Mk., Kassenbestand 3784,30 Mk.

Der Gaupressleiter Genosse Paul Jähnisch berichtet über die Arbeit der Bezirks-Gau- und Gaubund-Bundes-Meisterschaft und über die Gau-Meisterschaft, unser Gau dabei erzielt hat. Bei der letzten Gaubund-Meisterschaft hat unser Gau sieben Meisterschaften. Den Bezirkssportleitern gab er an, wie sie zu gestalten und was noch, um Eintrag zu erzielen.

Die Diskussion ergab, daß man mit der Arbeit des Gauvorstandes zufrieden ist.

Hierauf erhielt der Genosse Zimmermann das Wort zu seinem Referat. Er führte aus, daß die Mitglieder die neuentgefährte Raddiebstahl- und Versicherung nicht nicht ausnutzen. Es gebe Beweis dafür sei, daß nur 3 Mitglieder ihren Beitrag von 1 Mk. bezahlt hätten. Der Sport sei auf der Höhe, daß 100 000 Mk. seien im letzten Jahre ausgegeben. Es gebe jüdische Veitragsschulden bei Mitglieder, die sich bewährt und möchte beschließen, die Rückerstattung an die Gaue soll auf 18 Prozent erhöht werden. Der Gesamtbestand des Fahrradhauses war ein sehr guter.

Anträge waren 45 eingegangen; davon wurden 18 angenommen und davon 27 verschieden. Alle Delegierte zum Bundestag müssen die Gaubundsleitung Jähnisch und Jäkring gewählt. Als Gauleiter wird der Genosse Bandermann, als Gaupressleiter der Genosse P. Jähnisch gewählt.

Verantwortlich: Max Lodemann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Krod, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 2.

Sonntag, den 2. Mai, vormittags 10 Uhr im „Volksparl"

Nationaler Box-Wettstreit

Interessante Boxkämpfe

Arbeiter-Sportvereine bestellt eure Drucksachen bei der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0008

Rot Front

Einheitsfront im Geiste Hans Klaffserts

Ein sozialdemokratisches Urteil über unseren ermordeten Kameraden

Das „Volksblatt" pflegt in der letzten Zeit vielfach religiöse Artikel des sozialdemokratischen Pfarrers Bleier abzudrucken. Diese Artikel, die dem Proletariat gefährlich sind wegen ihrer duldenden, passiven Einstellung gegenüber der kapitalistischen Unterdrückung, sind von uns aufs schärfste abgelehnt worden. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil jene Artikel durch ihre christliche Tendenz in die Arbeiterbewegung jene Bresche schlagen, durch die dann der Trotz der künftigen Pfaffen nachzudringen sucht.

Während aber das „Volksblatt" die christliche Grundeinstellung der Gewaltlosigkeit zur kapitalistischen Seite hin zulässt — sein Ton gegen die Kommunisten und roten Frontkämpfer ist noch nie „christlich" gewesen —, zeigt der Pfarrer Bleier wenigstens Konsequenz. Wir möchten darum einige Ausführungen des Pfarrers Bleier über unseren Kameraden Hans Klaffert wiedergeben, der bekanntlich am 27. Januar d. J. beim Kampf für bedrohte Reichsbannerkameraden von Faschisten ermordet wurde. Das „Volksblatt" hat für diese Seite des Pfarrers Bleier doch nichts übrig. In der letzten Nummer des „Das andere Deutschland" vom 17. April schreibt dieser sozialdemokratische Pfarrer:

„Auch kam Hans Klaffert in die Arbeiterbewegung. Denn er lud von klein an das Elend der Kriegsopfer, wie seine Mutter erfahren hatte, trotzdem sie nicht arbeiten konnte, wie sie entmutigt waren, trotzdem ihnen der Dank des Vaterlandes gewiß nicht sein sollte. Da erkannte er: gegen dieses Unrecht muß man aufstehen. Die Welt der Unterdrückten und Gepeinigten muß abgeschafft werden durch ein neues Reich der Gerechtigkeit.

Bei dem Gedanken blieb es nicht. **Er setzte, wenn es sein muß, auch sein Leben ein. So stellte er sich mir zur Verfügung, als vor Jahren die Völkischen mich bedrohten.** So bot er sich an, als das Gerücht kam, daß eine unserer Versammlungen gesprengt werden sollte, mit seinen Kameraden den Schutz der Reichsbannerleute zu verstärken.

Der Wille, einem eingeseilten Reichsbannermann zu helfen, der ihm den Tod gebracht. **Die Kugel, die den Reichsbannermann treffen sollte, hat ihm den Darm an sechs Stellen zerrissen.**

Ganz spontan halfen deshalb auch Reichsbannerleute bei dem Transport ins Krankenhaus. Der Verwundete erkundigte sich in seinen Schmerzen lebhaft danach, wie die Reichsbannerleute davongekommen seien. Es war also ganz natürlich, daß ein großer Teil des Reichsbanners sich in diesem Falle den roten Frontkämpfern verbunden fühlte, daß sie das Bedürfnis hatten, sowohl an den Demonstrationszuge der roten Frontkämpfer wie an der Schattungsfeier in Uniform teilzunehmen. Sie taten das unter dem Beifall der sozialistisch empfindenden Bevölkerung, ja sogar eines großen Teiles der Demokraten . . .

Wenn die Gauleitung des Reichsbanners beides verboten hat, sowohl die Teilnahme an dem Demonstrationszug wie an der Schattungsfeier, zunächst alle Teilnehmer an der Demonstration ausschließen wollte, den Ausschluß dann auf die Führer beschränkte, so hat sie sich damit schlecht beraten gezeigt."

*

Dieser ehrliche und würdige Nachruf aus dem Munde eines politischen Gegners zeigt uns, wie alle jene Schwätzereien der sozialdemokratischen Presse von „unnützlichen Einheitsfrontmanövern roter Frontkämpfer" gegenüber den proletarischen Reichsbannerkameraden elende Machwerke sind, lediglich dazu berechnet, den Geist der Feindschaft zwischen roten Frontkämpfern und proletarischen Reichsbannerkameraden immer wieder erneut aufzureißen. Angesichts des Todes des Kameraden Klaffert, der sein Leben für die Rettung von proletarischen Reichsbannerkameraden eingesetzt hat, wagte die Führung des Reichsbanners, jene Kameraden aus dem Reichsbanner auszuschließen, die an der Beerdigung des Kameraden Klaffert und an der Demonstration gegen seine Ermordung sich beteiligt haben. Es sollte uns nicht wundernehmen, wenn von dem Ausschluß **gerade derjenige betroffen worden ist, der den mutigen Zugreifen des Kameraden Klaffert** sein Leben verdankt. Dieser Ausschluß zeigt die ganze zynische Skrupellosigkeit der Reichsbannerleitung, die nur darauf bedacht ist, ein gemeinsames Zusammenwirken von RB. und RFB. zu verhindern, um so **ungestörter zusammen mit den vaterländischen Verbänden Hindenburg-Paraden und ähnlichen nationalistischen Klimbim** zu begehen. Vervollständigt wird dieses Bild nur noch dadurch, daß der faschistische Mörder des Kameraden Klaffert **vor wenigen Tagen freigesprochen wurde unter der Aegis des Reichsbannerkameraden und Reichsjustizministers Wilhelm Marx.**

Den proletarischen Reichsbannerkameraden aber wird dieser Tod des Kameraden Klaffert für die Einheitsfront zwischen roten Frontkämpfern und proletarischen Reichsbannerkameraden immer ein Symbol bleiben, trotz aller Schikanen und reaktionären Maßnahmen der Reichsbannerleitung, die kämpfende Einheitsfront zwischen RFB. und RB. herzustellen und zu vertiefen.

Ein roter Frontkämpfer schreibt aus Afrika

Eine „Begegnung" mit Sollmann und Löbe in Marseille

Folgender Brief eines roten Frontkämpfers aus Halle wurde uns zur Verfügung gestellt:

Afrika, im Januar 1926.

Lieber Karl! Wenn Du und mit Dir alle Gesinnungsfreunde diese Zeilen erhalten, so wundert Euch bitte nicht und werft mir einen Stein nach, daß ich diesen Schritt getan habe. Seit Euch aber gewiß, daß ich meine Gesinnung so hier, wie ich es in der Heimat getan habe, weiter hochhalten werde. Der Geist, der Euch beseelt, faßt auch hier immer mehr Wurzel, und der Tag ist nicht mehr fern, wo . . ." An Freund . . . Gerberstraße, hätte ich auch einmal geschrieben, auch meine Photographie legte ich dem Briefe bei, habe aber bis heute keine Nachricht erhalten. Vielleicht ist er nicht angekommen, da die Zensur ihn nicht durchgelassen hat. Von meinem Vater habe ich noch keine Nachricht. Wenn Du ihn von mir grüßen willst, wäre ich Dir dankbar. Schreibe mir auch, wie es im allgemeinen in Halle aussieht. Daß Euch wieder tapfer geschlagen, habe ich selbst hier in Afrika erfahren. Bormann und den anderen viele Grüße. Vielleicht kommt er mir ein paar Zeitungen und Broschüren schicken, sie wären mir dienlich. Aber nicht direkt, sondern z. B.: „Mit Gott für Kaiser und Reich". Auch ein paar Erzählungen, wie Panzerkreuzer 149, oder irgendein paar schöne, der Sache dienende Bücher wären willkommen. Sollter Ihr Euch dazu bereit finden, so bitte sie in gut fest verschlossenem Paket. Auch einige Zeitungen dazu. Unsere Zeitung bitte ich mir im Abonnement schicken zu wollen. Ihr würdet mir damit große Freude machen. Meine Photographie lege ich diesem Briefe bei. Ich beende hiermit meinen Brief in der Erwartung und der Hoffnung, daß Dich, lieber Karl, dieser Brief bei voller Gesundheit antrifft und erwarte sehnlichst Nachricht. Erfülle auch meine Bitte bezüglich Zeitungen und Bücher. Mit Rot Front verbleibe ich Euer Freund . . .

NB. In der Hafenstadt Marseille traf ich **Sollmann und Reichstagspräsidenten Löbe (SPD.)**, welche dort zum Internationalen Kongreß waren. Ich habe Sollmann und Löbe angesprochen und ihnen sehr deutlich die Meinung gesagt, so daß sie so schnell wie möglich machten, in ein Auto zu kommen. Wir waren mehrere Kameraden, es wäre ihm schlecht ergangen, denn hier hatte er keine mit Karabinern bewaffnete Pleiger-Bande um sich.

*

Wir freuen uns darüber, daß der betreffende Kamerad auch in Afrika unter den Fremdenlegionären seine Gesinnung und seinen Kampfgeist nicht eingebüßt hat. Trotzdem sind wir der Meinung, daß, wenn es ihm auch hier in Deutschland schlecht gegangen ist, er die Reisen der deutschen Arbeiterschaft nicht hätte verlassen sollen. Wir können hier in Deutschland jeden Klassenkämpfer gebrauchen und wir hoffen, daß es dem Genossen möglich sein wird, bald wieder nach Deutschland zurückzukehren.

Aufmarsch der roten Front in Zscherben

Am Sonntag, dem 25. April, fand in Zscherben die Bannerweihe der dortigen Ortsgruppe des RFB. statt. Sie war zugleich verbunden mit einer internationalen Kundgebung. Wohl selten hat Zscherben einen so gewaltigen Aufmarsch gesehen. **Ueber 1200 uniformierte Frontkämpfer** mit mehreren Kapellen und Tambourkorps waren bereits im Laufe des Vormittags aus dem gesamten Saalkreis und den angrenzenden Mansfelder Gebieten erschienen. Um 11 Uhr setzte sich der imposante Zug in Bewegung, voran die Ortsgruppe Halle mit ihrem gesamten Spielmannszug. Man merkte den Landarbeitern an, wie sie erleichtert aufatmeten nach der jahrelangen Unterdrückung durch die dortigen Großagrarier und Pfaffen. Der Zug bewegte sich durch alle Straßen des Ortes bis zum Gemeindesportplatz. Hier ergriff der **Kamerad Richter** von der Gauleitung Halle-Merseburg das Wort zu seiner Ansprache, in der er besonders die heutige politische Situation streifte und auf die Gefahren hinwies, die der Arbeiterschaft drohen, wenn sie es versäumt, in der heutigen Situation sich nicht fester zusammenzuschließen. Im Anschluß daran übergab er der Ortsgruppe Zscherben **die rote Fahne mit der Faust**, das Symbol des Klassenkampfes, mit der Aufforderung, nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte Proletarier in Zscherben unter dieser Fahne mit uns in einer Front vereinigt ist. Anschließend an die Ausführung des Kameraden Richter, ergriff, mit ungeheurem Jubel begrüßt, **ein Vertreter der Kommunistischen Partei in China, der Dr. Chi-Kai-Chi, das Wort.** Er schilderte die ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen heute noch das chinesische Proletariat durch die kapitalistische Unterdrückung, vor allem durch das internationale Kapital, welches dort ausschlaggebend ist, zu kämpfen hat. Er endet mit der Aufforderung an alle Kameraden und Proletarier, alles daranzusetzen, um mit Hilfe des gesamten internationalen Proletariats im Verein mit Sowjet-Rußland für die endgültige Befreiung des chinesischen Proletariats zu kämpfen. **Ein Vertreter der Bundesleitung überbrachte brüderliche Grüße aus Berlin.**

Roter Tag in Wollen

Wohl selten hat unser Ort einen derartigen Aufmarsch gesehen wie am 18. April. Wir können konstatieren, daß auch hier in den Gefilden **des chemischen Großkapitalismus** die rote Front wächst und gedeiht. Wie unser Aufmarsch gewirkt hat, beweist das hysterische Gekreische des Schmierfinken im „Bitterfelder Tageblatt". Wenn dieser glaubt, daß durch den Krach der zahlreich erschienenen Tambourchöre die Ratten und Mäuse weggelaufen sind, so können wir konstatieren, daß Wolfen kein Zufluchtsort für Ratten und Mäuse ist, weil nämlich die Brosamen, die von den Tischen der Chemiekumpels fallen, so **wenige** sind, auch hier die Ausbeutung durch die Chemiegewaltigen so groß, die Entlohnung so minimal ist, **daß für Ratten und Mäuse nichts übrig bleibt.** Aber feststellen können wir, daß **von dem ganzen faschistischen Gesindel**, das sonst hier neben den Schloten der Chemiebarone die Luft in den Straßen verpestet, **nichts zu sehen war.** Und das Wichtigste ist, daß bis weit in den Mittelstand hinein **große Sympathie für uns vorhanden war.** Zu Beginn der Veranstaltung hatten wir kein Lokal. Noch im Laufe des Tages wurde uns das **Lokal von Henze** zur Verfügung gestellt. Auch ein Erfolg des Tages. Und wenn der Berichterstatter der „Bitterfe der Tante" glaubt, daß uns vielleicht an dem Lokal von **Klinkig** etwas gelegen ist, so irrt er sich gewaltig, denn wir wissen zu gut, daß es Gastwirte gibt, die vor Gericht jagen, daß sie mit solchem Gesindel wie uns nichts zu tun haben wollen. Wir überlassen gern derartige Gaststätten **der faschistischen Gesellschaft.**

Darum, Kameraden, weiter in diesem Sinne gearbeitet, alle Kraft angespannt und der Sieg wird unser, der roten Front!

Bekanntmachung der Gauleitung

Wir müssen feststellen, daß trotz aller Rundschreiben noch keine Klarheit über die neue Beitragszahlung herrscht. Wir ersuchen deshalb die Ortsgruppenleiter in Verbindung mit den Kassierern und sämtlichen Funktionären, die Rundschreiben besser zu verfolgen. Des weiteren ersuchen wir, baldigst die Adressen der neuen Werbebezirke und der dazugehörigen Ortsgruppen zu melden. Sofort einzusenden sind sämtliche alten und blauen Beitragsmarken und die alten Eintrittsmarken. Eine Kassierung findet nur noch mit den braunen Wochenmarken statt. Zeitungsbestellungen zum Straßenvertrieb gehen alle über die Gauleitung. Die Belieferung mit Pflichtzeitungen an die Mitglieder geschieht nur noch in Höhe der zuletzt abgerechneten Beiträge.

Gauleitung des RFB. Halle-Merseburg.

Heraus zum roten Kampf-Mai!

Kameraden!

Zum zweitenmal seit Bestehen des Roten Frontkämpfer-Bundes demonstrieren wir rote Frontkämpfer und Jungfrontkameraden mit der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands gegen die imperialistischen Räuber, gegen die Bourgeoisie, für die rote Einheitsfront des Proletariats.

Millionen Werktätiger befinden sich in tiefstem Elend. Nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Kurzarbeiter und elend bezahlten Vollbeschäftigten hungern in Dawes-Deutschland. Gegenüber den Angriffen der Unternehmer gilt es, die geschlossene Front der Arbeiter zu schaffen, die Gewerkschaften zu stärken und sie mit dem Geist des Klassenkampfes zu durchdringen.

Der in England bevorstehende Kampf der Bergarbeiter macht uns den internationalen Charakter der Kämpfe der Arbeiterklasse klar. Darum gilt es, unermüdlich an der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale zu arbeiten.

Der 1. Mai muß die deutsche Arbeiterklasse in dem festen Willen vereinigen, alle Kräfte für die Rückeroberung der verlorengegangenen Positionen und für den Vormarsch auf breitester Front zu sammeln. Der Kampf für die täglichen Forderungen der Werktätigen, der Kampf für die **Enteignung der Fürstenhäuser** erfordert die Anspannung aller Kräfte, um

die Luther-Regierung zu stürzen,

den Reichstag zur Auflösung zu bringen!

Wir als rote Frontkämpfer müssen am 1. Mai besonders die Losungen

gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Reaktion

in die Massen tragen.

Die Gefahr neuer imperialistischer Kriege ist groß. Die fieberhaften Rüstungen in allen Ländern sind Beweis genug. Sie zeigen gleichzeitig die verlogenen pazifistischen Phrasen der 2. Internationale und der Macher des Völkerbundes als Lügen auf.

Der Völkerbund ist nicht ein Instrument des Friedens, sondern ein Bund der kapitalistischen Staaten, der der Ausplünderung der unterdrückten Völker, der unterjochten Nationen, der Arbeiterklasse der Welt und der Vorbereitung des Krieges gegen Sowjet-Rußland dient.

Darum kämpfen wir gegen den Völkerbund!

Wir kämpfen für das Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Am 1. Mai gilt es, alle Arbeiter in gewaltigen gemeinsamen Demonstrationen zu vereinigen. Deshalb:

Verlaßt die Betriebe, heraus auf die Straße!

Verlaßt Fabriken und Bergwerke, verlaßt den Pflug und die Maschinen! Heraus aus den Warenhäusern und Kontoren, aus den elenden Mietskasernen und Massenquartieren!

Der 1. Mai muß Zeugnis ablegen von der ungebrochenen Kraft und dem eisernen Willen der Millionen Werktätiger, in geschlossener Front für die Beseitigung des Kapitalismus zu kämpfen.

Für die Geschlossenheit und Einheit der Arbeiterklasse!

Rot Front dem 1. Mai 1926!

Mit Rot Front an die Spitze der proletarischen Massen!

Bundesleitung des Roten Frontkämpfer-Bundes:
Thälmann. Leow. Olbrich.

Kameraden vom Reichsbanner, soll für Euch die Maifeier verboten sein?

In der sozialdemokratischen „Freien Presse" finden wir unter Gruiten folgende Notiz:

„Entgegen den Richtlinien des Gauvorstandes hat die Ortsgruppe Gruiten des Reichsbanners zu einer Maifeier aufgefordert. Wir verpflichten die Kameraden des Reichsbanners, dieser Veranstaltung fernzubleiben. **Der Gauvorstand.**"

Dieses Maifeier-Verbot der Reichsbannerführer gibt besser als ellenlange Artikel das wahre Wesen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wieder. Die Führer des Reichsbanners verbieten ihren Mitgliedern die Beteiligung am 1. Mai selbstverständlich nur aus dem Grunde, weil sie nicht Anstoß erregen wollen bei ihren bürgerlichen „Kameraden", bei den Zentrumsleuten und den Demokraten. Die Reichsbannerführer gehen zu jeder Zeit lieber mit dem Bürgertum zusammen, als daß sie dulden, daß die Arbeiter sich zu gemeinsamen Kämpfen, und wenn auch nur zu einer Meidemonstration, zusammenfinden.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die proletarischen Elemente des Reichsbanners nicht nur in dem Orte Gruiten, sondern überall, wo etwa dieses Verbot der Beteiligung an der Maifeier ergangen sein sollte, die freche Anmaßung ihrer Führer, am 1. Mai der Bourgeoisie zuliebe von der gemeinsamen Demonstration fern zubleiben, ablehnen und in einer geschlossenen Front mit den roten Frontkämpfern aufmarschieren werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0009

Leben · Wissen · Kunst

Wir klagen an!

Als Verfasser nachstehenden Gedichtes zeichnet eine Gruppe Kinder proletarischer politischer Gefangener, die auf acht Wochen zur Erholung im Rote-Hilfe-Kinderheim Worpswede weilen.

Unsere Väter sitzen im Zuchthaus.
Unsere Väter vergossen ihr Blut unter roten Fahnen.
Unsere Väter kämpften für die Freiheit!

Ihr habt sie geschlagen, gequält, gemartert, erschossen, gehenkt.
Ihr nahmt uns den Vater.
Ihr fragt nicht, ob wir hungern,
Ob wir in Fetzen und Lumpen gehen.
Es rührt Euch nicht, wenn kleine Kinder immer wieder fragen:
„Wo ist mein Vater?"
Ihr grinst, wenn unsere Mütter schluchzend zusammenbrechen.

Heute noch könnt Ihr uns verhöhnen,
Wenn wir vor Wut mit den Zähnen knirschen.
Doch einst wird die Stunde des Gerichts
Für Euch alle kommen, die Ihr schuldig seid.

Zittert vor dem roten Richter!

Ihr Reichen, Ihr habt Millionen Menschen ausgebeutet,
Um Riesensummen in Eure Scheckbücher einzutragen.
Ihr Richter, Ihr habt das Recht gebeugt,
Weil Ihr dem Unrecht dient.
Ihr Spitzel, Ihr habt Menschen für Judaslohn verkauft,
Ihr Pfaffen habt zum Mord gehetzt
Und habt vergessen, daß Gott die Liebe sein soll.
Ihr Soldaten, Ihr habt die Gewehre gegen Eure Brüder erhoben,
Statt mit ihnen zusammen zu kämpfen.
Ihr Proletarier, Ihr duldet noch immer unser und Euer Elend!

Euch alle klagen wir an!
Euch alle sprechen wir schuldig!

Gedichtet von den Pionieren des 12. Transportes im Rote-Hilfe-Kinderheim Worpswede.

Tage, die man nicht vergessen wird

Von A. A . . nie

Mein älterer Bruder Vittorio kam nicht von der Front zurück. Es war spät am Abend — es war im Jahre 1919 —, als Giuseppe Buß, ein Regimentskameraad meines Bruders, an unsere Tür klopfte. Er begrüßte sich mit meiner Mutter, drückte kräftig meine Hand, blickte dann wieder auf die Mutter, trat schnell ans Fenster und sagte, ohne die richtigen Worte zu finden:

„Das Wetter ist schön, man rüßte ins Meer hinaus . . . ich will morgen mit . . . jetzt . . ."

Mehr konnte er nicht sagen: leise, jedoch mit einer Unruhe, die deutlich eine böse Vorahnung schlechter Nachrichten vom Sohne fühlen ließ, so daß mein Herz kalt erzitterte, fragte die Mutter:

„Und . . . und . . . Vit . . . Vittorio . . .?"

Giuseppe wandte sich um, schwieg eine Weile und sagte dann mit jener Zärtlichkeit, die auch damals in der Stimme meines Bruders zitterte, als er sich von der Mutter verabschiedete:

„Vittorio hat mitzuteilen, daß . . . er mit dem Gedanken an seine Mutter stirbt . . ."

Die Mutter schrie leise auf, ihr Gesicht wurde von furchtbarem Entsetzen verzerrt; anfangs weinte sie lautlos, dann wurde das Zimmer von ihrem lauten Schluchzen erfüllt. Ihr Schluchzen wuchs an, ging in Schreien über, und es klang darin eine derartige hoffnungslose Verzweiflung, eine so hilflose und grenzenlose Trauer, daß ich mich aus dem Zimmer hinausslehnte. Und als die abgezehrten Hände der Mutter sich zum Kruzifix emporstreckten, Giuseppe sein Käppi aufsetzte und etwas lahmend zur Tür ging, da warf ich mich hinter ihm her und faßte ihn wie ein Kind an der Hand.

Unten, vor der Toreinfahrt, blieb Giuseppe stehen, stopfte seine Pfeife und rauchte sie an. Dann sagte er, meine Hand in der seinen haltend:

„Gehen wir, Celeste . . ."

Ich war damals siebzehn Jahre alt. Es war dies der Abend des 1. Mai im Jahre 1919 . . .

Schweigend schritten wir über den Platz Risorgimento.

•

Es gibt Worte, die vom Bewußtsein so leicht eingelogen werden, die so natürlich und unvermeidlich aus dem menschlichen Herzen wachsen, wie es natürlich und unvermeidlich ist, daß die feuchte und sonnenbestrahlte Erde das üppige Grün der Felder und der Weiden trägt; es sind dies die Worte der nackten, reinen, aufregend prächtigen und zum Kampfe rufenden Klassenwahrheit.

Ich begriff diese Worte, ich sog sie für immer in mein Herz und in meinen Willen ein, schenkte ihnen mein Leben bis zum letzten Atemzuge. Dies geschah an jenem Maiabend des Jahres 1919, in jenen Stunden, als ich, gemeinsam mit Giuseppe, die Worte des Protestes und des Werdens von der Bühne des Stadttheaters hörte.

Ich begriff plötzlich an jenem Abend, warum mein schwindsüchtiger Vater seinem schweren Leiden erliegen mußte, er, der der beste Notarbeiter der Eisenbahnwerkstatt war; warum meine vom schweren Leid gebrochene Mutter bei den Nachbarn sich das Geld zusammenborgen mußte, um einen Sarg und weiße Leinwand für die Leiche ihres Mannes kaufen zu können; warum mein Bruder Vittorio auf den fernen Feldern Bulgariens sterben mußte und warum meine Mutter ihre abgezehrten Hände — auf denen blaue Adern dicke Knoten bildeten — dem schweigenden, ohnmächtigen und überflüssigen Kruzifix entgegenstreckte.

Von der Bühne wurde der Aufruf der Kommunistischen Partei verlesen; er enthielt ungefähr folgende Worte:

„Proletarier, Arbeiter, Kolonialsklaven. Durch wessen Willen, für wessen Interessen wurde das Blut Eurer Väter, Söhne und Brüder vergossen? Hört! Im Kabinett des Versailler Schlosses sitzen vier Männer. Die Bourgeoisie Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas hat sie dorthin gesandt. Sie teilen die Beute, sie führen neue Grenzen über die Weltkarte des Erdballs, sie schachern mit Völkern, wie Zigeuner mit Pferden . . ."

Das weitere hörte ich nicht mehr, ich konnte nicht hören, denn vor mir öffnete sich eine neue Welt, wo alles so klar und einfach und gleichzeitig so unsäglich niedrig und gemein war, wo die Aufgaben eines jeden anständigen Menschen mir als völlig selbstverständlich und unvermeidlich erschienen. Ich konnte nicht weiter hören, aber auch die übrigen Anwesenden, die 3000 Teilnehmer der Versammlung, wollten nicht weiterhören, denn nun geschah folgendes:

Ich sprang von meinem Platze auf, ich warf mich an die Logenbrüstung und rief:

„Wir müssen sie alle richten . . ."

Ein Sturm des Beifalls war die Antwort auf diese Worte. Dies war meine revolutionäre Taufe.

•

Es war im Frühling des Jahres 1923. Der Körper des werktätigen Italiens lag bereits in den Ketten des Faschismus. Eine Bande, die sich das Ministerkabinett nannte, schändete alltäglich und allnächtlich die Arbeiterviertel und die Dörfer armer Bauern. Die Gefängnisse waren überfüllt; die Revolutionäre wurden hundertweise auf Grund gerichtlicher Urteile hingerichtet oder von gedungenen Banditen auf den Straßen gemeuchelt.

Es war derselbe Frühling, wo Matteotti, den später die Faschisten zu Tode quälten, sein Buch über den weißen Terror in Italien schrieb; die Namen allein füllten 150 Seiten seines Buches, es zeigte sich aber, daß dies nur ein Teil der Opfer des Faschismus war, daß die Namen aller erschossenen und gemordeten Revolutionäre niemandem bekannt sind.

Die Dörfer litten unter den unerhörten Steuerlasten und der Gewalttätigkeit der Machthaber. Aus der Provinz kamen Nachrichten, daß die faschistischen Gendarmen die Bauern für rückständige Steuern zu Tode peitschten. Der reiche faschistische Bauer kaufte für einen Lappenstiel das Bauernland und die Geräte in den Dörfern auf. Auf Feldern, wo nach unsäglich moderne landwirtschaftliche Maschinen arbeiteten, quälten sich die Bauern mit veralteten Geräten ab.

Der Statthalter Christi auf Erden — der Papst — rief Gottes Segen auf die Faschisten herab, erteilte ihnen Mandate (sogenannte Indulgenzen) auf das Himmelreich, streute den Massen mit seinen

Denkt immer daran!

Kunststücken Sand in die Augen, indem er beispielsweise mit einem silbernen Hämmerchen die Tür öffnete, bei deren Durchschreitung den Kapitalisten sämtliche Sünden erlassen werden.

In den Schaufenstern und Empfangsräumen erschienen besondere Aufrufe der päpstlichen Kanzlei an alle Katholiken, in welchen zu lesen stand:

„Ketzer und Abtrünnige suchen sowohl in der Presse als auch auf öffentlichen Versammlungen die gegenwärtige Regierung Italiens zu verleumden, indem sie unerhörte Dinge über sie vorbringen. Wir bitten und empfehlen dringendst, heiße Gebete für diese Regierung zu verrichten; wir bitten auch, für die Zuckerfabrikanten zu beten, die unverantwortlich angeklagt werden, für ihre Waren zu hohe Preise zu fordern."

Es fanden die heißen Kämpfe des Jahres 1923 statt.

Luigi Zampa trug das rote Banner durch die Straßen Roms; hinter ihm her ging die glühende junge Garde in blauen Blusen. Wir strömten nach dem Herzen Roms.

Wir feierten den 1. Mai des Jahres 1923.

Aus voller Brust sang der blonde, lachende und von uns geliebte Bannerträger die ersten Worte der internationalen Hymne:

„Macht auf, Verdammte dieser Erde . . ."

Wie ein Mann fielen wir in die Worte des Liedes ein und marschierten vorwärts — nach dem Herzen Roms . . .

. . . Wir kamen nicht bis hin. Faschistische Kugeln kreuzten unseren Weg, als erster fiel der Fahnenträger, hellblond, freudig und von uns geliebt — Luigi.

Ich wurde zusammen mit sieben Arbeitern von einem schnellen und grausamen Gericht abgeurteilt.

Man verurteilte mich für Beteiligung an der Maidemonstration zu fünf Jahren Gefängnis . . .

Ich schreibe einen Film für Amerika

Ich machte mich auf die Weise daran, einen Film zu schreiben, daß ich mit sämtliche Monumental-, Gesellschafts-, Groteskt- und Burlesk-Filmstücke ansah.

Ich stimmte mit dem Publikum darin überein, daß die Stücke blödsinnig sind.

Ich schrieb dann ein Kinostück und ging damit zum amerikanischen Filmagenten.

Er empfing mich freundlich, inmitten seiner Koffer, welche mit Filmstücken gefüllt waren.

Wir setzten uns und er las mein Filmstück.

Ein großartiges Stück, sagte der Agent, aber das amerikanische Publikum braucht so was nicht.

Entschuldigen Sie, mein Herr, ich habe hier in Europa solche blödsinnige amerikanische Filme gesehen, daß mein Stück im Vergleich zu diesen ein wundervolles Kunstwerk ist.

Pardon, sagte der Agent, die blödsinnigen Filmstücke macht Amerika eigens für Europa. Amerika stellt sich Europa so vor.

Also dann erzählen Sie mir, was für einen Film das großartige Amerika haben will.

Der Agent übergab mir eine Tabelle, aus welcher ich ersehen konnte, was für soziale Handlungen in einem amerikanischen Filmstück nicht vorkommen dürfen.

Tabelle.

Mord und Einbruch, wenn ihn Reiche verüben. Selbstmord, welcher infolge Armut verübt wird. Langer Kuß, zu kurzer Rock. Ehebruch, wenn ihn Arme begehen. Geldfälschung, wenn sie durch Reiche begangen wird. Trunkbruch, Defraudation, außereheliche Geburt, Trunksucht, bei Reichen. Streit, wenn ihn Arme machen. Revolution darf vorkommen, aber nur so, daß ihn diese Schurken die Proletarier machen. Es ist ausgeschlossen, daß in einem amerikanischen Film die eigentlichen Urheber der Revolution — Reichen vorkommen dürfen. Ueberhaupt: in einem amerikanischen Film darf nichts vorkommen, was die Reichen in ein schlechtes Licht bringt.

Aber was darf eigentlich in einem amerikanischen Film vorkommen, wenn ich ein moralischer Schriftsteller werden will? ... ich, nachdem ich die Tabelle durchgelesen hatte.

Wissen Sie, er soll so künstlerisch sein, ein bißchen kitschig, ... er soll tief klingen, er soll zart heiter sein, es tut nichts, wenn manchesmal herzzerreißend düster ist, aber nur vorsichtig. Armut zeigen sie in einem sympathischen Feiertagsgewand, Lumpen dürfen zwar vorkommen, aber die Risse placieren Sie womöglich an lächerliche Stellen, z. B. auf den Hinteren. Im Stück ist unbedingt notwendig ein reicher, sympathischer junger Mann, der anfangs schlecht ist, aber dessen Herz später so weich wird, wie Fette in 35 Grad Wärme. Nur sympathisch! Also so ... ungefähr derartig müssen die Filme sein. Der Reiche soll immer sympathisch sein, pompös wohnen, leben, daß dem Proletarier der Speichel rinnen soll.

Ich dachte ein wenig nach.

Hopp, schrie ich. — das Filmstück für die Amerikaner ist fertig.

Ich nahm ein Stück reines Papier und zeichnete ein dunkles, ein helles Viereck darauf.

Auf das helle Viereck schrieb ich: Lustspiel, auf das andere Drama.

Der Agent war von meinem Einfall entzückt.

Sehen Sie, das ist etwas! Das braucht Amerika! So etwas versteht Amerika ausgezeichnet. Jetzt schreiben Sie über die Filmecke die Titel der Akte.

Ich tat es.

Ich zitiere gerne einige der Titel:

„Was machst Du lieber Hans beim Tanz?"
„Ehen werden am besten vermittelt."
„Das Hinausbeugen ist verboten."
„Das Rauchen ist verboten."
„Spucken darf man nur auf den Plafond."
„Rechts fahren!"
„Müller ist das beste Leihamt."
„Ich kaufe falsche Zähne."
„Nur den Kopf, daß er nicht hinken soll!
„Sicherheits-Schloß."
„Verbotene Operationen zu billigen Preisen."

Der Agent drückte mir gerührt die Hand.

Der Erfolg ist sicher! Was für ein Genie! Sie haben mit einem Schlag das transatlantische Seelenleben verstanden. Die Titelschriften sind vollkommen, keine einzige von ihnen gegen die Tabelle.

So geschah es, daß ich den ersten europäischen Film an Amerika verkaufte. Nächstens werde ich die Preise einer Speisekarte eines großen Restaurants nach Neuyork schicken mit der Aufschrift „soziales — bald — Lustspiel, — bald Drama in unzähligen Abfügen."

Maria Szaczki

„Aus diplomatischen Fälscherwerkstätten"*)

Von P. F.

Je mehr die Sowjetunion wirtschaftlich erstarkt und gedeiht, ... mehr sie sich der feindlichen kapitalistischen Welt zum Trotz bewährt, ... jetzt, je mehr sie Sympathie und Vertrauen breiter Massen — bis in bürgerliche Mittelschichten hinein — erringt, um so raffinierter und durchtriebener wird seitens der kapitalistischen Mächte der Kampf gegen sie ins Werk gesetzt. Der bürgerlichen Diplomatie fällt dabei eine wichtige Rolle zu. Und diese greift dabei zu allen Mitteln, das so alt ist wie sie selbst: zur Dokumentenfälschung. In den letzten Jahren operiert sie in wachsendem Maße mit dieser niederträchtigen, tückischen Methode, die einerseits wohl ein Zeichen ihrer inneren Schwäche, andererseits wohl ein Symptom dafür ist, wie sie unter pazifistischer Maske neue Angriffe gegen die Sowjetunion vorbereitet. Denn die falschen Dokumente sollen nicht nur in Schichten, die sich vielleicht der Sowjetunion zuneigen können, eine feindliche Stimmung gegen sie erzeugen, sondern auch Forderungen zur Forderungen, ja Ultimaten gegen den verhaßten Arbeiter- und Bauernstaat liefern. Ueberdies sollen sie die billige Möglichkeit geben, im eigenen Lande — unter Hinweis auf Unsittlichkeit und Umsturz, sei es durch die Komintern, sei es durch die Sowjetunion — gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vorzugehen und im Sinne der Proletarier, insbesondere ihrer kommunistischen Vorkämpfer zu waten.

Das im „Neuen Deutschen Verlag" soeben erschienene Buch ... in die diplomatischen Fälscher werkstätten hineinleuchten, ... daher den wichtigen Zweck, der Bourgeoisie und ihrer Tätigkeit in diesem Gebiete entgegenzuwirken. Denn es ist Tatsache, daß ... vielen falschen Dokumente, die in den letzten Jahren gefertigt wurden, trotz ihrer schreienden Ignoranz und Albernheit, trotz ihrer primitiven Unkenntnis der Struktur und Ordnung der Sowjetunion einerseits, des Aufbaues, Programms und der Taktik der Komintern andererseits, dennoch einen gewissen Eindruck auf unsichere, schwankende Teile der Arbeiterklasse, ganz zu schweigen von ängstlichen Kleinbürgern, gemacht haben. Man erinnere sich ... falschen „Sinowjew-Briefes", dieser konservativen Wahlbombe ... vor den englischen Wahlen. Man erinnere sich der Curzon-Note ... Herbst 1921, die der Auftakt einer britischen Intervention gegen ... Sowjetunion sein sollte. Man erinnere sich ferner der vielen Fälschungen, die den blutigen weißen Regierungen Ungarns, Bulgariens, Polens, Rumäniens („Rakowski-Brief") als Vorwand dienten, um ihre scheußlichen Metzeleien und Folterungen an ... Massen zu veranstalten.

Die wörtliche Wiedergabe zahlreicher falscher Dokumente, ... allem aber die photographische Reproduktion der Fälschungen ... Briefbogen, Stampiglien, Wappen, Unterschriften usw. im ... Buche wirken an und für sich als die verblüffendste Entlarvung ... Dokumente. Erfundene „Generalsekretäre" der Komintern, ... zeichnung der Komintern als „Dritte Kommunistische Internationale", erdichtete „Auslandsdelegationen" der Komintern, ... wirdige Wappen (!) auf den Briefbogen der Exekutive (auf ... es niemals Wappen gegeben hat), tolle Mobilisierungsbefehle ... befehle zu Individualaktionen wie Attentate usw., erscheinen ... zu grotesk!

Es werden die Fälschungsfabriken von Druzhelowski und ... manski in Berlin, von Jakubowitsch und Gawrilow in Wien ... gangspunkt der verhängnisvollen Balkanfälschungen!), von ... ton in London — dort wurden geradezu pantastisch-lächerliche Stücke gemacht — geschildert. Es werden die wichtigsten Fälschungen von „Roten" und „Briefen" analysiert.

Es versteht sich von selbst, daß das Buch — mit seiner ... Material — große Verbreitung verdient, auch besonders unter ... kommunisten, um zur Behinderung neuerlicher Düperungen ... Kreise und zur Erschwerung des diplomatischen „Feldzuges" ... die Sowjetunion beizutragen.

*) „Aus diplomatischen Fälscherwerkstätten", eine dokumentarische Darstellung des Lügenfeldzuges gegen Sowjet-Rußland. Neuer Deutscher Verlag", Berlin NW 7. 1926. 180 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260428-17/fragment/page=0010